Montag, 14. Mai 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 112 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitskampf: In den beiden großen Tarifkonflikten beginnt eine kritische Woche. Mit Schwerpunktstreiks von 13 000 Arbeitern in wichtigen Zulieferbetrieben der Autoindustrie eröffnet die IG Metall heute den Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche. In den Druckereien wird mit weiteren Arbeitsniederlegungen gerechnet. Von der Seite der Arbeitgeber drohen Aussperrungen. (S. 12)

Bahr: Der SPD-Abrüstungsexperte wird neuer Direktor des Instituts für Friedensforschung in Hamburg. (S. 5)

Bundespost: Beamte können in Ausnahmesituationen, etwa bei Streiks, auch zu „unterwertigen" Beschäftigungen wie zur Leerung von Briefkästen herangezogen werden, entschied das Bundesverwaltungsgericht.

Führerschein auf Probe: Die Bundesregierung will noch in diesem Monat ein Verkehrssicherheitsprogramm behandeln, das auch die Einführung von Probeführerscheinen für Autos und Stufenführerscheinen für Motorräder vorsieht.

Zivilschutz: Jeder Bauherr soll künftig zum Einbau von Schutzbauten für Katastrophen- und Spannungsfälle verpflichtet werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird von der Bonner Koalition vorbereitet.

Syrien: Der Machtkampf hat sich so verschärft, daß der kranke Präsident Assad es nicht wagt, zu einer dringend erforderlichen Herz-Operation in die Schweiz zu reisen. Protagonisten sind der jüngere Assad-Bruder Rifaat und hohe Armeeoffiziere. (S. 12)

Zypern: Der einseitig proklamierte türkisch-zyprische Separatstaat ist vom Weltsicherheitsrat für illegal erklärt worden.

El Salvador: Christdemokrat Duarte wurde offiziell zum Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt. Er erhielt bei der Stichwahl 53,59, sein Rivale d'Aubuisson 46,40 Prozent der Stimmen. Duarte will mit der liberalen Demokratischen Aktion koalieren.

Libanon: Bei schweren Kämpfen in Beirut wurden am Wochenende mindestens 19 Menschen getötet. Ausgelöst wurde der neue Waffengang durch Streit im Allparteien-Kabinett über die Führung der Armee. (S. 12)

Namibia: Die Namibia-Konferenz in Lusaka stand gestern aufgrund der starken Gegensätze in den Positionen Südafrikas und der Swapo vor dem Scheitern.

Heute: Parlamentswahlen auf den Philippinen. – Sitzung des EG-Ministerrats in Brüssel. – Bayerns Umweltminister Dick reist in die „DDR".

ZITAT DES TAGES



„Die Überwindung der Arbeitslosigkeit setzt die Kenntnis ihrer Ursachen voraus. Es sei an die Abhängigkeit der exportintensiven deutschen Wirtschaft von den ausländischen Märkten erinnert"

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, in einem Beitrag für das Bonner Wirtschaftsmagazin „trend" FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Europa: Die Währungs- und Kreditpolitik der EG-Staaten soll nach den Willen der EG-Finanzminister stärker harmonisiert werden, um Europa gegenüber der Dollar-Hausse und den hohen US-Zinsen unabhängiger zu machen. (S. 13)

Bauwirtschaft: Mit einer Steigerung der Bauproduktion um vier bis fünf Prozent rechnet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie für 1984.

Computer: Auch in der UdSSR wird es in Kürze einen Heimcomputer, den mit einfachen Systemen im Westen vergleichbaren AGAT, geben. Er wird aber so teuer sein, daß für Privatpersonen nur die Miete in Frage kommt.

KULTUR

Philharmonisches Orchester: Die Solo-Klarinettistin Sabine Meyer, nach der Geigerin Madeleine Carruzzo die zweite Frau in dem Berliner Orchester, will nach Ablauf ihres Probejahres ihren Platz zur Verfügung stellen. (S. 21)

Sacharow: Die auf dem Duisburger Kongreß „Verteidigt die Kultur" versammelten Schriftsteller, Filmemacher, Journalisten und Politiker haben in einem Schreiben an die sowjetische Führung appelliert, das Problem des verbannten Friedensnobelpreisträgers Sacharow großzügig und human zu lösen.

SPORT

Hockey: Bei den Europameisterschaften der Damen in Lille belegte die deutsche Nationalmannschaft den dritten Platz. Im entscheidenden Spiel schlug sie England mit 1:0 (0:0). (S. 17)

Leichtathletik: In Modesto (Kalifornien) lief die Amerikanerin Evelyn Ashford mit Windunterstützung 100 Meter in 10,78 Sekunden.

Nürburgring: Verkehrschaos bei der Neueröffnung. 20 000 Notkarten mußten gedruckt werden, doch 20 000 Karteninhaber blieben im Stau stecken oder fanden keine Parkplätze mehr.

Tennis: Der Spanier Aguilera wurde internationaler Tennismeister von Deutschland. Er bezwang den Schweden Sundström mit 6:4, 2:6, 2:6, 6:4, 6:4. (S. 19)

AUS ALLER WELT

In drei Tagen gute Manieren: Um aus rüden Taxifahrern Gentlemen am Steuer zu machen, verlangt New York von den „Cabbies" künftig die Absolvierung eines dreitägigen Kurses, in dem ihnen gute Manieren beigebracht werden. Gedacht ist die Taxi-Schule zunächst nur für Neuzugänger im Gewerbe und für Fahrer, deren Lizenz abgelaufen ist. (S. 22)

Wetter: Die Eisheiligen machen ihrem Namen alle Ehre. Statt zur Maibowle sollte man lieber zum Glühwein greifen. Überall in Deutschland ist es für diese Jahreszeit viel zu kühl. Und am Dienstag steht uns noch die „kalte Sophie" bevor. Erst zur Wochenmitte könnte es milder werden. Das Wetter heute: Bewölkt, vereinzelt Regen, 7 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Amnestie: Kanzler erwartet jetzt Klarheit von der FDP

Strauß zur WELT: CSU hat sich auf Zusage von Kohl und Genscher verlassen

M. SCHELL/S. HEYDECK, Bonn

Die immer deutlicher werdende Abkehr der FDP vom angestrebten Amnestiegesetz wird zur Belastungsprobe der Bonner Koalition. In der Umgebung von Bundeskanzler Helmut Kohl hieß es gestern, wenn dieses Gesetzesvorhaben zurückgezogen werden müsse, stelle sich die Frage nach der Verläßlichkeit der FDP. „Es kann ja nicht so sein, daß die FDP-Führungsetage zuerst zustimmt und dann die Segel streicht", hieß es.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erklärte der WELT: „Die CSU hat sich auf die feste Zusage von Kohl und Genscher verlassen." Er, Strauß, lege Wert auf die Feststellung, daß Kohl „die Formulierung dieses Gesetzes gemeinsam mit Genscher in Auftrag gegeben hat und das fertige Ergebnis uns als übereinstimmende Meinung der beiden vorgelegt worden ist. Ich bleibe dabei, daß ich loyal und solidarisch bin. Aber das setzt voraus, daß es alle sind".

Bundeskanzler Kohl erwartet, daß der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher ihm heute Klarheit über die Haltung der FDP gegenüber dem Amnestiegesetz gibt. Von dieser Mitteilung will der Kanzler sein weiteres Vorgehen abhängig machen. Jedoch war schon gestern die Tendenz zu erkennen, daß die Koalition den Gesetzentwurf, der am 24. Mai in erster Lesung debattiert werden sollte, zurückziehen wird. Keinesfalls werde die Koalition den Entwurf in der sicheren Erwartung debattieren, daß ihn der FDP-Parteitag Anfang Juni in Münster ablehen wird.

Genscher hat gestern die geplante Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden verteidigt, aber klargestellt, daß die Abstimmung eine Gewissensentscheidung bleibe, die jeder mit sich selbst abmachen müsse. Der FDP-Vorsitzende zeigte zugleich Verständnis für die Bedenken vieler seiner Parteifreunde. Auch er habe sich seine Entscheidung nicht leicht gemacht. Genscher äußerte sich vor der Sondersitzung des FDP-Präsidiums, das für Sonntagabend nach Bonn einberufen worden war.

SEITE 3:
Schuldenberg

Die Stimmung in der FDP hat sich eindeutig gegen eine Amnestie entwickelt. Bisher haben allein sieben der elf Landesverbände die Vorlage abgelehnt. Besonderes Gewicht hat dabei das Votum der nordrhein-westfälischen FDP-Führung, deren Vorsitzender Jürgen Möllemann sich zunächst für eine Amnestie ausgesprochen hatte. Bisher sind zehn der 35 FDP-Bundestagsabgeordneten bekannt, die eine Amnestie ablehnen. Sie werden weitere Unterstützung erhalten, wenn heute die sieben baden-württembergischen FDP-Abgeordneten ihre Haltung beraten.

Zwei der drei Stellvertreter Genschers, Gerhart Baum und Jürgen Morlock, haben sich am Wochenende öffentlich gegen die Amnestie ausgesprochen. Auf dem Landesparteitag der schleswig-holsteinischen FDP in Damp sagte Baum am Wochenende, eine Ablehnung der Amnestiepläne müsse nicht zum Bruch der Regierungskaolition mit der CDU/CSU führen. Es sollte möglich sein, auch nach einer Absprache in den Spitzengremien noch zu einem anderen Ergebnis zu kommen und die FDP müsse dieses Ergebnis dem „Partner dann auch sagen können".

Durchaus, so meinte Baum, gebe es Motive für ein Amnestiegesetz, die Solidarität etwa mit denen, die Spenden gegeben und genommen haben oder die Frage, ob es richtig sei, wenige dafür zu bestrafen, was viele angerichtet hätten. Die Amnestie, und das sei für ihn entscheidend, müsse den

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Bitterer Weg

MANFRED SCHELL

Dem Bundeskanzler bleibt jetzt wohl nur eines: Er muß das umstrittene Amnestiegesetz aufgeben. Denn die Koalition, das zeichnet sich nach dem Aufstand in der FDP ab, hat in dieser Diskussion kein sicheres Fundament mehr. Die Mehrheit im Parlament für eine solche Amnestie schmilzt dahin. Das Risiko einer Abstimmung wird für den Kanzler unkalkulierbar.

In dieser Lage gibt es für die Koalition, die sich völlig unnötigerweise in eine Belastungsprobe hineinmanövriert hat, theoretisch nur zwei Fluchtwege:

Helmut Kohl, der die Amnestie zu seiner persönlichen Sache gemacht und noch auf dem CDU-Parteitag dafür mit durchaus achtbaren Argumenten gekämpft hat, könnte mit dem Gesetz die Vertrauensfrage verbinden. Vermutlich würde ein solcher Schritt CDU / CSU und FDP, das Schicksal der Koalition vor Augen, wieder zusammenführen. Aber um welchen Preis? Die so geknebelte FDP würde einem Zerreißprozeß unterworfen. Und auch die Union, der in dieser Diskussion unwohl ist, würde einen solchen Zwang nur schwer ertragen können. Helmut Kohl wird also die Vertrauensfrage nicht stellen.

So bleibt für ihn nur der zweite Weg: Schadensbegrenzung durch die Zurücknahme des Gesetzentwurfs. Da werden zwar viele Unionspolitiker wieder die Faust ballen gegen die „umgefallene" FDP. Aber was hilft's. Zumindest aus der Sicht des Bundeskanzlers und der meisten Teile seiner Partei, übrigens auch der CSU, gibt es eine Alternative zu dieser Koalition und zum FDP-Vorsitzenden Genscher nicht.

Daß dieser das Abstimmungsverhalten ausdrücklich freigegeben hat, macht deutlich: Er glaubt nicht mehr, daß er die Diskussion noch kanalisieren oder gar in seinem Sinne herumreißen könnte. Genscher wird, wie es aussieht, heute den bitteren Weg zu Kohl gehen müssen.

Unabhängig davon stellt sich die Frage nach der Stabilität der Koalition. Unbestreitbar ist, daß die FDP nach dem Umschwung in der Amnestiediskussion als Partei und als Fraktion nur noch bedingt als zuverlässig gelten kann. Das schränkt zwangsläufig die Operationsmöglichkeiten der Regierung ein. Der Kanzler wird künftig Zusagen der FDP-Führung mit Mißtrauen beurteilen müssen. Man denke nur an das schwierige Feld der Innen- und Rechtspolitik. Es ist auch abzusehen, daß Franz Josef Strauß nicht zur Tagesordnung übergehen wird. Und Helmut Kohl wird Mühe haben, seine Koalition wieder in ruhigeres Fahrwasser zu bringen.

Der Kreml läßt Samaranch warten

Olympia-Boykott: Kaum Hoffnung auf Einlenken Moskaus / China sagt zu

DW. Bonn/Moskau

Die Hoffnungen auf ein Einlenken Moskaus beim Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles sind fast auf den Nullpunkt gesunken. Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, wartete am Wochenende vergeblich auf eine Einladung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko zi einem Gespräch in Moskau.

Der Spanier, der bislang das Wohlwollen der Sowjetunion zu haben schien, verkündete bereits andere Reisepläne: Er will am Dienstag und Mittwoch an einer Konferenz europäischer Sportminister auf Malta teilnehmen. Zwar würde Samaranch diese Reise „natürlich sofort absagen, wenn bis dahin ein Gespräch mit Tschernenko vereinbart werden kann". Doch dies gilt als unwahrscheinlich.

Tschernenko hat nach Darstellung der spanischen Zeitung „Pais" König Juan Carlos, der sich im Kreml aufhielt, auf dessen Frage nach einer Vermittlerrolle Samaranchs erklärt: „Das IOC hat mit unserer Entscheidung, nicht nach Los Angeles zu gehen, nichts zu tun."

Dagegen wird Moskau seinen Sportminister Gramow zur Krisensitzung des IOC am 18. Mai nach Lausanne schicken. Gramow wird heute in Moskau auf einer Pressekonferenz möglicherweise auch über die Ergebnisse eines Treffens von Sportspitzenfunktionären der kommunistischen Länder berichten. Den Sowjets

SEITE 6:
Kreml: Wieder Militärs am Ruder?
SEITE 20:
Mehr deutsche Athleten nach USA

ist es dabei, wie bekannt wurde, nicht gelungen, die anderen an dem Boykott teilnehmenden Länder für „Alternativ-Spiele" zu gewinnen. Solche Spiele seien kein Thema mehr, hieß es in mehreren osteuropäischen Hauptstädten. An dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles beteiligen sich bislang außer der Sowjetunion Bulgarien, die „DDR", die CSSR, Vietnam, die Mongolei und Laos. Der Prager Außenminister Chnoupek sagte: „Wir müssen Solidarität zwischen den sozialistischen Ländern zeigen, weil es die Amerikaner waren, die den Sport politisiert haben." Anderer Meinung ist offensichtlich Peking. Es wird Athleten nach Los Angeles reisen lassen. Erstmals seit 32 Jahren ist damit die Volksrepublik China wieder bei Olympischen Spielen vertreten.

Als Indiz für eine politische Kursänderung der UdSSR unter Tschernenko gilt auch die Bemerkung des Organisationschefs der Sommerspiele, Peter Ueberroth, die Beziehungen des von ihm geleiteten Komitees zu den sowjetischen Funktionären hätten sich verschlechtert, als der Nachfolger Jurij Andropows sein Amt angetreten habe. Der Sowjetologe Wolfgang Leonhard sprach von einer Unsicherheit Tschernenkos in der Außenpolitik. Die zunehmenden Bestrebungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen im Ostblock führten zu Irritationen in Moskau. „Der Kreml will jetzt die innere Entwicklung unter Kontrolle bekommen", bemerkte Leonhard zu dem härteren Kurs. Der Westen müsse Ruhe bewahren.

Barzel plant Erhöhung der Diäten

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) wird noch in diesem Monat eine Erhöhung der Grunddiäten für die Bundestagsabgeordneten und der Kostenpauschale vorschlagen, die den Parlamentariern für besondere Aufwendungen gezahlt wird. Nach WELT-Informationen will Barzel am 24. Mai den Ältestenrat des Bundestages über seinen Vorschlag unterrichten. Danach ist davon auszugehen, daß der Bundestagspräsident eine Erhöhung der Diäten um rund drei Prozent und der Kostenpauschale um drei Prozent empfehlen wird. Dies würde bedeuten, daß die Grunddiäten von jetzt 7820 Mark um 156 Mark und die Kostenpauschale von 4700 Mark um 140 Mark aufgestockt werden. Der Bundestag ist vom Gesetz her gehalten, bis zum 1. Juli über diese Empfehlungen zu entscheiden.

Seit der Gesetzesänderung aus dem Jahre 1983 ist der Bundestagspräsident verpflichtet, jährlich bis zum 31. Mai einen „Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung" vorzulegen und gleichzeitig aufgrund wirtschaftlicher Daten Vorschläge zur Anpassung dieser Entschädigung und der Kostenpauschale zu unterbreiten. Er muß also einen Vorschlag unterbreiten, wobei er freilich bei der Nennung der Prozentsätze Ermessensspielraum hat.

Als Orientierung ist im Abgeordnetengesetz festgelegt, daß die „Angemessenheit" zum Beispiel aufgrund der Bruttostundenverdienste der Arbeiter, der Bezüge im öffentlichen Dienst, der Renten und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten berechnet werden soll.

BDI: Deutscher Export an zweiter Stelle

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Den Pessimisten, die der deutschen Industrie drastische Wettbewerbsnachteile mit der Folge technologischer Abhängigkeit prophezeien, tritt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) entschieden entgegen. „Die breite Angebotspalette und die international anerkannte Qualität deutscher Produkte waren und sind die Stärke der deutschen Exportwirtschaft", heißt es in dem BDI-Jahresbericht.

Mit einem Anteil am Weltexport von 10,5 Prozent im ersten Halbjahr 1983 lag die Bundesrepublik Deutschland wie seit Jahren hinter den USA, die es auf 12,2 Prozent brachten, an zweiter Stelle der Welthandelsnationen. Mit einem Anteil am nominalen Weltexport mit Industriewaren stand 1982, den jüngsten Vergleichszahlen, die Bundesrepublik Deutschland mit 15,6 Prozent unverändert an der Spitze vor den USA mit 14,3 Prozent und Japan mit 13,7 Prozent.

„Auch beim Export technologisch hochwertiger Produkte gehört die deutsche Industrie nach wie vor zur Spitzengruppe", schreibt der BDI.

Die Zukunftsorientierung wird nach Ansicht des Verbandes auch durch die steigenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) belegt. 1983 seien hierfür 46,8 Milliarden Mark oder 2,8 Prozent des Bruttosozialprodukts ausgegeben worden. Knapp 68 Prozent der FuE-Vorhaben entfielen auf die Wirtschaft. 1975 habe dieser Anteil noch bei rund 60 Prozent gelegen.

Seite 13: Schlüsselwort Innovation

ARD stellt sich auf Konkurrenz ein

NDR-Rundfunkräte: „Tagesschau" früher senden / Anstalten wollen mehr Geld

GERNOT FACIUS, Bonn

In der ARD konkretisieren sich Überlegungen, wie die öffentlich-rechtlichen Fernsehsysteme der erwarteten bundesweiten Konkurrenz durch Private begegnen können. Ergebnis dieses Nachdenkens ist auch die einstimmige Empfehlung des Rundfunkrats des Norddeutschen Rundfunks (NDR), die Sendezeiten der „Tagesschau" des Deutschen Fernsehens total zu verändern. Die „Tagesschau" soll, so forderten die Rundfunkräte, schon um 18.45 Uhr ausgestrahlt werden. Dieser Sendung soll eine umfassendere um 21.30 Uhr folgen. Effekt: Das Hauptabendprogramm der ARD könnte vorverlegt werden. Das Spätprogramm würde bereits um 22.00 Uhr beginnen.

Das von einem Verleger-Konsortium angekündigte Programm, das vom 1. Januar 1985 an über den Europäischen Kommunikationssatelliten ECS 1 ausgestrahlt werden soll, wird täglich gegen 16.15 Uhr starten. Das Programmschema sieht eine Reihe von aktuellen Informationssendungen („News Shows") vor. Unter anderem auf diese Pläne will die ARD reagieren. Die Intendanten der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bereits einen „Tendenzbeschluß" gefaßt, an den der NDR-Rundfunkrat jetzt anknüpft. Beim NDR, der zweitgrößten Anstalt der ARD, ist die „Tagesschau" angesiedelt. NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Räuker ist zur Zeit Vorsitzender der ARD.

Räuker hat sich, wie seine Vorgänger auch, Gedanken gemacht, wie das Deutsche Fernsehen seine Einnahmen weiter verbessern kann, um attraktiv zu bleiben. Eine Art „automatische Gebührenerhöhung", die sich jeweils an der Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik Deutschland orientiert, verbunden mit einer Ausdehnung der Werbesendungen ins Hauptabendprogramm, schwebt der ARD-Spitze vor.

Unter den Ministerpräsidenten der Länder gibt es dafür keine Mehrheit. Der Kieler Regierungschef Uwe Barschel brachte die Meinung seiner Amtskollegen zum Ausdruck, als er sagte: „Undenkbar. Eine automatische Gebührenerhöhung ist völlig ausgeschlossen." Die Länder, insbesondere ihre Landtage, lassen sich das Recht, über den Gebührenstaatsvertrag zu beschließen, nicht nehmen. Eine „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs" der Rundfunkanstalten arbeitet seit mehreren Jahren im Auftrag der Ministerpräsidenten.

Erst vor einem Jahr waren die Gebühren erhöht worden: von 13 auf 16,25 Mark. Der Einwand von Intendantenseite, die öffentlich-rechtlichen Anstalten müßten „wettbewerbsfähig" bleiben und sich finanziell auf gewaltige Innovationen einstellen können, wird von den Regierungschefs der Länder nicht ernst genommen. Denn in die erhöhten Rundfunk- und Fernsehgebühren war bereits ein „Innovationszuschlag" eingebaut worden.

Warschau äußert wieder Vorbehalte gegen Westhilfe

Alarmierende Meldungen über Gesundheit freier Bauern

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Ohne Einigung ging in der vergangenen Woche eine Sitzung der polnischen sogenannten Gemischten Kommission Kirche–Staat über die bereits vom Sejm gebilligte Westhilfe für die polnische Landwirtschaft in Warschau zu Ende. Die Regierungs- und Parteivertreter haben nach Auskunft oppositioneller Kreise die bisher vereinbarten Modalitäten beanstandet. Sie würden die Stellung der Kirche stärken und den Einfluß des Westens weiter vergrößern, wurde argumentiert. Der Einfluß des Staates sei zu gering berücksichtigt worden. Ein neuer Sitzungstermin ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Inzwischen haben neben Arbeiterführer Lech Walesa andere prominente Personen dem von westeuropäischen Bischofskonferenzen initiierten Fonds für die Agrarhilfe Geld zukommen lassen. Der Geiger Yehudi Menuhin stiftet dafür seine in Polen erhaltenen Konzert- und Plattenhonorare.

In Pulawy hat die erste freie polnische „Bauernuniversität" ihren wissenschaftlichen Betrieb aufgenommen. Die Hochschule trägt sich vorerst selber. Zu den Dozenten gehören namhafte polnische Agrarprofessoren, die über modernen Ackerbau und Viehzucht dozieren. Sie nehmen keine Honorare. Ein Lehrgang dauert meist eine Woche. Die Bauern kommen für die Kosten auf.

Gleichzeitig schlug das polnische „Statistische Hauptamt" wegen des katastrophalen Gesundheitszustandes und der mangelnden medizinischen Betreuung der Bauern Alarm: Die Sterbequote – teils auch verursacht durch überalterte Maschinen und Mangel an jeglichen Schutzvorrichtungen – ist bei den 20- bis 45jährigen freien Bauern doppelt so hoch wie bei gleichaltrigen Industriearbeitern. 50jährige polnische Bäuerinnen sähen im Vergleich mit Kolleginnen im Westen meist wie „hochbetagte Greisinnen" aus.

In der Pariser „Kultura" zeigte der bekannte Regimekritiker Jan Jozef Lipski Verständnis für die elf Oppositionellen, die kürzlich eine Ausreise aus Polen abgelehnt haben.

Privatsekretär in Soho entgleist

wth. London

Keith Hampson, der parlamentarische Privatsekretär des britischen Verteidigungsministers Michael Heseltine, ist in einen Sex-Skandal verwickelt und ist von seinem Amt zurückgetreten. Das britische Verteidigungsministerium versicherte am Wochenende, daß Hampson, der als Abgeordneter für den Wahlkreis Leeds-Nordwest dem Unterhaus angehört, keinen Zugang zu Staatsgeheimnissen hatte. Dennoch hat die britische Labour Party bereits beantragt, die möglichen Sicherheitsrisiken dieser Affäre überprüfen zu lassen.

Hampson, Historiker und hochrespektierter Unterhausabgeordneter, ist am 3. Mai dieses Jahres in dem Homosexuellen-Lokal „Gay Theatre" in Soho, in dem vorwiegend männliche Striptease-Tänzer auftreten, wegen eines angeblichen Notzuchtversuchs von einem Beamten von Scotland Yard, der in Zivilkleidung in diesem Lokal war, verhaftet und nach einem Verhör wieder freigelassen worden.

Premierministerin Margaret Thatcher wurde erst acht Tage später über diesen Fall informiert. Gegen Hampson ist vorläufig noch keine Anklage erhoben worden.

Hampson bestätigte am Wochenende, daß er in der fraglichen Nacht am 3. Mai persönliche Probleme hatte und bei weitem zu viel Alkohol getrunken hatte. Seine Frau, eine ehemalige Journalistin der „Financial Times", dementierte, daß ihr Mann irgendwelche homosexuellen Neigungen habe.

Hampson ist zum zweiten Mal verheiratet. Seine erste Frau starb im Jahre 1979 nur drei Monate nach der Hochzeit bei einem Verkehrsunfall.

Als parlamentarischer Privatsekretär begleitete Hampson den britischen Verteidigungsminister auf allen Reisen und zu allen öffentlichen Auftritten.

Er ist in dieser Eigenschaft zugleich der Verbindungsmann des Ministers zur eigenen Unterhausfraktion. Parlamentarische Privatsekretäre erhalten für ihre Arbeit keine finanzielle Entschädigung.

Hampson war zuvor ein enger Mitarbeiter des ehemaligen Premierministers Edward Heath und dessen Wahlkampfassistent bei den Unterhauswahlen 1966 und 1970. Er hat bisher nicht zu erkennen gegeben, ob er auch seinen Unterhaussitz aufgeben wird.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Im Spiel bleiben

Von Thomas Kielinger

Betrachtet man die Machtverteilung im Repräsentantenhaus, wo die Demokraten – also Präsident Reagans Opposition – die klare Mehrheit besitzen, dann war das Ja dieser Kammer für bedingungslos gewährte Militärhilfe für El Salvador im laufenden Haushaltsjahr ein bedeutsamer politischer Sieg für das Weiße Haus. Aber es geht hier nicht um Schönheitswettbewerbe, wie sie von Abstimmung zu Abstimmung innerhalb des langwierigen amerikanischen politischen Prozesses anstehen. Es geht auch nicht um die Popularität Reagans oder gar die Popularität seiner Zentralamerikapolitik.

Die Abstimmung – 212:208 für El Salvador-Hilfe – ist wie die Augenblicksbelichtung einer andauernden, fundamentalen Debatte, die seit langem das Land und seine politische Führung gefangenhält. Einer Debatte, in der die Hauptargumente sich allmählich herauszukristallisieren beginnen.

Diese lauten: Die öffentliche Meinung und die Vertreter der vox populi, die Abgeordneten und Senatoren im Kongreß, wollen weder eine weitere kommunistische Machtübernahme in Amerikas „Hinterhof", noch wollen sie erneute amerikanische militärische Verstrickung dort, gar mit US-Bodentruppen. Kurz: Bitte keine weiteren Kubas mehr, aber auch keine neuen Vietnams.

Indem somit die Wegmarken der Ausschließlichkeit abgesteckt werden, gibt das Volk ein eindeutiges Signal seines politischen Willens an die Führung (Administration und Legislative): Man möge einen Mittelweg finden, der weder zum Verlust weiterer Verbündeter der USA an „die andere Seite" führt, noch zu militärischer Intervention der USA selber.

Ob die jetzt im Vermittlungsausschuß anstehenden 61,7 Millionen Dollar Militärhilfe für El Salvador garantieren, daß dieses Land nicht an die Guerrilla verlorengeht, kann niemand vorhersagen. Aber jedermann weiß jetzt, daß die USA „im Spiel" bleiben, auch wenn sie nicht zu tief in die Partie verwickelt werden möchten. Es ist der heikle Weg zwischen Mutlosigkeit und Draufgängertum, wie ihn Nationen begehen, die ihrer Mitverantwortlichkeit gerecht werden wollen.

Wahlen ohne Resultat

Von Günter Friedländer

Die Panamaer sollten nach sechzehn Jahren zum ersten Mal wieder ihren Präsidenten wählen. Aber eine Woche danach wissen sie immer noch nicht, wen sie gewählt haben. Sie werden es vielleicht nie erfahren.

Ein neues Wahlgesetz übergibt das Zählen der Stimmen einer „Auszählzentrale", in der die Parteien vertreten sind. Nach fünf Tagen sah sich diese Zentrale vor einem schwer lösbaren Problem: Von 615 000 abgegebenen Stimmen war die Gültigkeit von 100 000 angefochten worden. Die Untersuchung der Legitimität von mehr als 16 Prozent der abgegebenen Stimmen ging über die Kraft der Mehrheit der Auszuzählenden. Sieben Vertreter der torrijistischen Parteien konnten mit Hilfe der Stimmenthaltung von zwei Splittergruppen die fünf Vertreter der Opposition überstimmen und den Auszählungsversuch als beendet erklären.

Nun liegt die Entscheidung darüber, wer die Wahlen gewonnen hat, bei einem von der Regierung ernannten Wahlgericht, in dem die Opposition nicht vertreten ist. Man kann kaum erwarten, daß er der Opposition den Sieg zusprechen wird.

Drohungen werden ausgetauscht. Der Kandidat der Opposition, Arnulfo Arias, sagt: „Wenn sie einen Bürgerkrieg haben wollen, werden sie ihn bekommen." Nicolas Ardito Barletta, Kandidat des Torrijismus, meint gelassen, man könne in Panama nur eine Demokratie haben, wenn „der Präsident das Machtzentrum der Nation anerkennt", und das ist die seit kurzem „Verteidigungsheer" genannte Nationalgarde. Ihr Kommandant, General Noriega, sagt: „Wir hoffen, daß niemand Rachewünsche hegt oder Bitterkeit empfindet."

Das dürfte etwas zu viel verlangt sein, wenn die Vertreter der Opposition die Beweise dafür zu haben glauben, daß sie die Wahlen gewonnen hatten, die ihnen nach ihrer Ansicht nun gestohlen werden sollen. Die Entwickung ist im Rahmen der panamaischen Wahlgesetzgebung zwar ganz legal, und das wird auch für den Spruch des Wahlgerichtes gelten. Aber gleichzeitig werden die abgehaltenen Wahlen zu einer demokratischen Übung, die sich als zwecklos erwies.

Noch nicht richtig

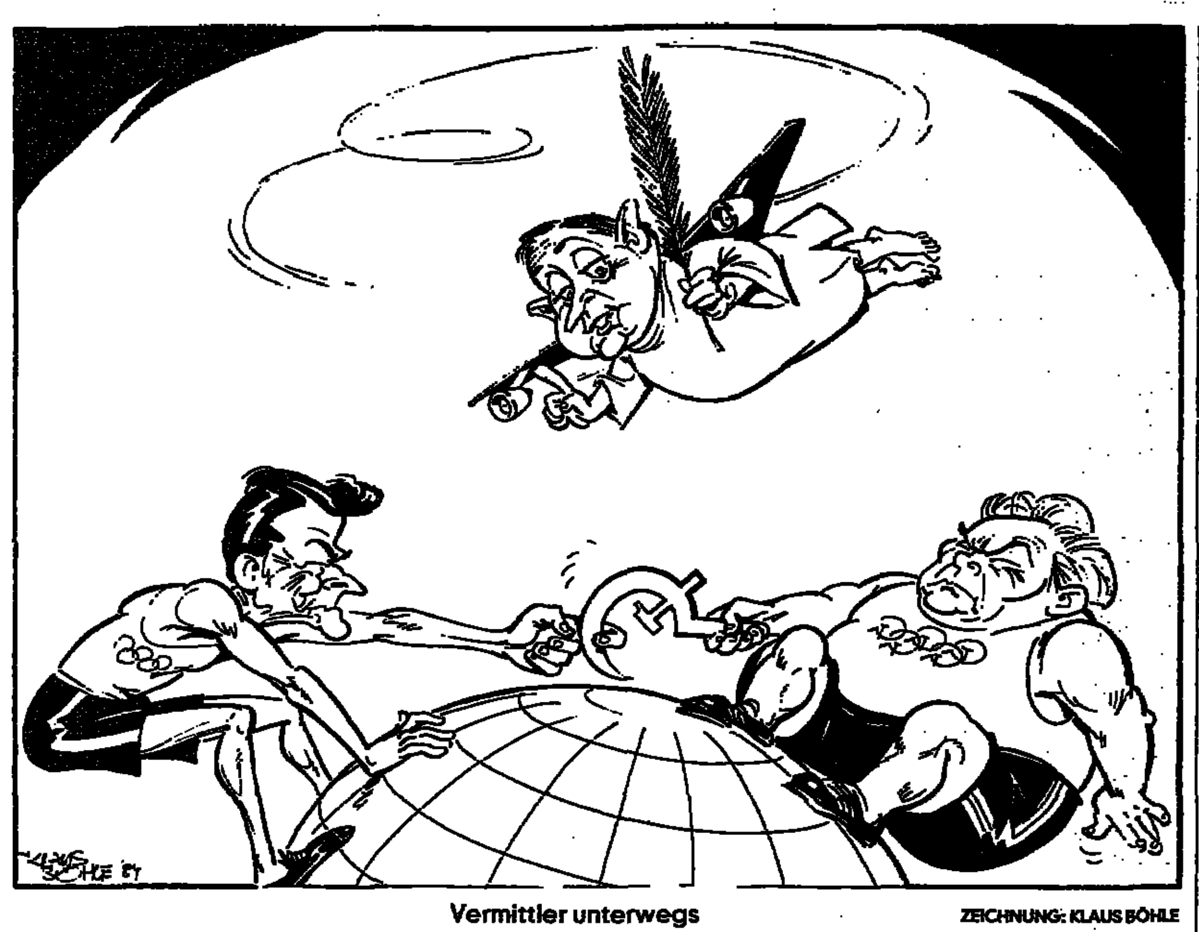
Von Enno v. Loewenstern

Zum Thema Heuchelei und Selbstbegünstigung der Parteien der neueste Stand, zu dem der sonst so tief erschütterte Hans-Jochen Vogel sich noch nicht geäußert hat: Egon Bahr (SPD) ist dem Hamburger Senat (SPD) vom Kuratorium des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg mit knapper Mehrheit als neuer Direktor vorgeschlagen worden. Damit hat der Genosse den vom Steuerzahler fett dotierten Job im Sack. So macht man das, während man Tränen über die Rolle des Geldes in der Politik vergießt.

Und erst Hamburgs Tugendwächter vom „Spiegel"! „Rechtsbeuger", „Lügner und Betrüger" – man sieht bewegt, welch Labsal ihnen die Spendenaffäre spendet. Dann freilich räumt das Blatt gegenüber Dregger ein, daß „die Staatsanwaltschaft heute einen anderen Standpunkt einnimmt als vor zehn Jahren". Aber, so der „Spiegel": Die Staatsanwaltschaft sei „den Praktiken damals noch nicht richtig auf die Spur gekommen". Unsere Noch-nicht-richtig-Staatsanwälte! Man würde es nicht glauben, hätte man's nicht schriftlich. Und Dreggers Hinweis auf die anstandslosen Betriebsprüfungen beantworten die Interviewer: „Dann müßten Sie eigentlich Ihren Vorwurf auch an die Beamten der Finanzämter richten."

Hier geht es aber doch nicht um die Beamten, sondern um die Spender. Konnten sie, mußten sie wissen, daß strafbar sei, was die Betriebsprüfer duldeten und die Staatsanwaltschaft „noch nicht richtig" kapierte? Als Rudolf Augstein vor genau zwanzig Jahren von Strauß in Sachen Fibag usw. verklagt wurde (und nicht wenig für seine Unwahrheiten zahlen mußte!), trat der Chef einer „Staatsbürgerlichen Vereinigung" namens Job Zimmermann als Zeuge auf. Hat Augstein damals auch „noch nicht richtig" geschaltet?

Bei alledem bleibt natürlich die Frage, ob Kohl und Genscher die Amnestie so stupid aufziehen mußten und ob sie nicht besser daran täten, angesichts der Mehrheitsprobleme in der FDP ihren taktischen Fehler zu- und das Projekt aufzugeben. Wie Genscher sich dann parteiintern aus der Affäre zieht, ist seine Sache; die Amnestie ist jedenfalls den Aufstand in der Koalition nicht wert. Aber die fromme SPD, der edle „Spiegel" – die miterlebt zu haben, das war es wert.



Vermittler unterwegs ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Auch ein Ost-Politikum

Von Dankwart Guratzsch

Der Handlungsbedarf im Umweltschutz ist groß. Noch größer und dringender aber scheint gegenwärtig der Verhandlungsbedarf zu sein. Jüngst trafen sich in München Umweltpolitiker der Industrieländer zu einer „Vorkonferenz", die das große Ministertreffen im Juni vorbereiten sollte. Diese von der Bundesregierung ebenfalls nach München einberufene internationale Konferenz wird mit bis zu dreißig teilnehmenden Umweltministern eine der höchstrangig besetzten Umweltkonferenzen aller Zeiten sein.

Hauptthema ist – wie in Nairobi 1982 und in Ottawa im Herbst 1983 – erneut die Luftverschmutzung. Die Bundesregierung hat, alarmiert durch das Wäldersterben, den Stein- und Betonfraß und offensichtliche Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung, ein vitales Interesse an diesem Thema. Vierzig Prozent aller Schadstoffe werden aus dem Ausland importiert. Alle einschneidenden nationalen Maßnahmen, von der Umstellung auf bleifreies Benzin bis zur Rauchgasentschwefelung, müssen letztlich versagen, wenn es nicht gelingt, die Staaten zu strikt solidarischem Handeln zu bewegen. Allem Anschein nach hat die Münchner Vorkonferenz dafür wichtige Vorentscheidungen gebracht.

Zum erstenmal auf einer multilateralen Konferenz wurde das deutsche Verursacher- und Vorsorgeprinzip anerkannt. Die Politiker der vertretenen Länder waren sich auch in der Absicht einig, bleifreies Benzin einzuführen und die Schwefeldioxidbelastung der Luft drastisch zu reduzieren. Die internationale Zusammenarbeit soll verstärkt werden.

Auch bei der Haltung der einzelnen Länder gab es Bewegung. In der Frage der Luftreinhaltung traten die Italiener überraschend auf die Seite der Deutschen, Niederländer und Skandinavier über und sagten zu, bei der Abgasreduzierung der Autos voll mitzumachen. Die „DDR" brachte sogar einen eigenen Formulierungsvorschlag zur Einführung von bleifreiem Benzin und zum Einbau von Abgaskatalysatoren ein – auch wenn sie, mit Rücksicht auf die mitteldeutsche Braunkohle, die angestrebte dreißigprozentige Reduzierung des Schwefeldioxidausstoßes als einziges Land nicht mitzutragen bereit war.

Es wäre aber bei weitem verfrüht, schon von einem Durchbruch bei der Lösung der grenzüberschreitenden Umweltprobleme zu sprechen. Der Osten war nur durch Ungarn und die „DDR" vertreten, und über Fristen, Umfang und Technologien der Schadstoffminderung wurde keine Einigung erzielt. Techniker äußerten sich „maßlos enttäuscht", und Politiker sahen die Gefahr von internationalen Erpressungsversuchen mit dem Druckmittel grenzüberschreitender Emissionen noch längst nicht ausgeräumt. Allein, gerade das Münchner Treffen hat gezeigt, wie rapide diese Waffe abstumpft.

Die Sorge, als Umweltmörder an den internationalen Pranger zu geraten, machte selbst die Amerikaner nervös, die mit den Kanadiern einen Konflikt über das nordamerikanische Seen- und Wäldersterben austragen. Noch gravierender wirkt sich in anderen Ländern, und zwar zunehmend auch im Ostblock, der Druck von innen aus.

Anders als bei der Friedensbewegung geht es dabei um konkrete, erlebbare Dinge: den Tod der Natur, die Schädigung der Bausubstanz (und volkswirtschaftlichen Infrastruktur) und nicht zuletzt die Gesundheit der Menschen. Folgerichtig reicht die Unruhe, die sich ausbreitet, im Osten bis in die Funktionärskader hinein. Dabei wird die Ideologie ausgerechnet von der naturwissenschaftlichen Betrachtung angekränkelt, die sonst der materialistischen Weltauffassung als Stützkorsett dient.



Umwelt als ideologie-übergreifendes Problem: sterbender Baum FOTO: MOENKEBILD

Vielleicht sind dies die tieferen Beweggründe für den Wandel der Anschauungen, der sich in München angedeutet hat. In der Umweltpolitik wächst die Einsicht, daß die Probleme bumerangartig auf die Verursacher zurückfallen. Die Bundesrepublik hat es am Beispiel der „Dreckschleuder"-Kraftwerke von Borken und Buschhaus erfahren, die nicht nur die Luft verpesten, sondern auch die deutsche Verhandlungsposition schwächen; die „DDR" an den scharfen Attakken westdeutscher Umweltschützer, die noch in den letzten Wahlkampf mit dem antikapitalistischen Slogan auszogen: „Der Wald stirbt – die Industrie macht Kasse", die heute aber dem angeblichen Arbeiter-und-Bauernstaat vorwerfen: „An den Folgen der DDR-Luftverschmutzung sind tausendmal mehr Menschen zugrunde gegangen als an Mauer und Stacheldraht."

In München zweifelte kaum jemand daran, daß das Interesse des Ostblocks an der Junikonferenz noch wachsen wird. Immer deutlicher wird der Anteil des Umweltschutzes an der Absicherung der Existenz ganzer Wirtschaftsbranchen (Kohle, Holz), an der Schonung und Wertsteigerung der Infrastruktur und der Ressourcen, an der Stabilisierung der psychologischen Grundlage der gesamten Wirtschaftstätigkeit erkennbar. Ökologisches Wissen und Umwelttechnologien gewinnen Bedeutung als Know-how für politische Strategien und als Exportgüter.

Dahinter steht die einfache Erkenntnis, daß die Handlungsspielräume in allen Ländern schrumpfen. Mit der Natur gibt es keine Tarifverhandlungen. Diese unbequeme Einsicht könnte zum Ausgangspunkt der neuen internationalen Umweltpolitik werden. In ihr liegt die Chance für eine engere Zusammenarbeit der Völker.

IM GESPRÄCH Yves Béchu

Kommando in Tschad

Von Achim Remde

„Operation Manta", die Intervention französischer Truppen in Tschad, ist die zweite Operation mit Raubfischnamen in Afrika. Als der zentralafrikanische Kaiser Bokassa 1979 unhaltbar geworden war, stellten eilends eingeflogene französische Truppen sicher, daß der Staatsstreich gegen ihn gelang. Das nannte man „Operation Barracuda". Aber noch ehe die Interventionstruppe wieder abziehen konnte, stellte sich ihr eine neue Aufgabe, die ihr Ausharren und sogar ihre Verstärkung erforderlich machte. In N'djamena, der Hauptstadt des benachbarten Tschad, standen libysche Truppen, die, falls sie die Absicht hatten, weiter vorzudringen, nur von französischem Militär aufgehalten werden konnten.

Es war Yves Béchu, damals noch Colonel, der als Kommandant der „Operation Barracuda" von 1980 bis 1981 am Ubangi und Schari im einstigen Kaiserreich die Wacht gegen ein weiteres Vordringen der Truppen Khadhafis hielt. Hochgewachsen, schlank und urban, trug er den gefleckten Kampfanzug und das rote Barett mit lässiger Eleganz und verstand es, Kritikern der französischen Präsenz in Afrika seine Mission als philanthropisch hinzustellen. Mit traumwandlerischer Sicherheit schien er sich auf dem schwierigen Terrain innerafrikanischer Konflikte zu bewegen, ein Elitesoldat, offenbar bereit, mit einer Truppe ausgesuchter Leute überall in Afrika einzugreifen, wo es erforderlich sein könnte.

Aber das will natürlich keiner. Präsident Mitterrand hat sich, solange es ging, gegen eine militärische Intervention in Tschad gesträubt. Seit ihrem Beginn im August 1983 sind dort bereits elf französische Soldaten ums Leben gekommen. Als die Franzosen intervenierten, war die Teilung Tschads schon besiegelt, und es galt nur noch Schlimmeres – ein weiteres Vordringen libyscher Truppen nach Süden – zu verhindern. Das ist Frankreich gelungen. Aber Libyen ist es gelungen, den Norden Tschads zu annektieren.



Erfahrung schon im Fall Bokassa: Béchu FOTO: REMDE

Der Konflikt in dem entlegenen Wüstenstaat könnte westlichen Friedensdemonstranten als Lektion dafür dienen, daß ohne militärische Stärke kein Frieden denkbar ist. 1980 standen libysche Truppen in N'djamena, weil der damalige Präsident Tschads, Goukouni Weddei, sie zum Sieg über seinen Gegner Hisséne Habré gebraucht hatte. Kaum hatte er sie – unter wachsendem Druck des Auslands – weggeschickt, wurde er seinerseits von Habré vertrieben. Goukouni suchte und fand Zuflucht und Hilfe bei Libyen, das ihn nur allzu gerne als Alibi für die Besetzung des Nordtschad benutzte. Heute ist er nicht nur eine Marionette, sondern ein Gefangener der Libyer.

Ob es stimmt, daß Habré nur mit Unterstützung des US-Geheimdienstes in der Lage war, Goukouni zu vertreiben, ist eine andere Frage. Amerikanisches Eingreifen ist allemal verpönt, Frankreich dagegen wird als Garant politischer Stabilität in Afrika weit weniger kritisiert. Frankreich verfügt allerdings auch über besondere Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien in Afrika. Und manchmal sieht es so aus, als ob gerade Frankreich über Männer verfügt, die sich ihrer virtuos zu bedienen verstehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Mit dem Hungerstreik Sacharows befaßt sich das New Yorker Wirtschaftsblatt:

Unmittelbarer Anlaß für sein Fasten war eine typisch schäbige sowjetische Machenschaft, in welcher auf Enspannung erpichte amerikanische Wissenschaftler eine nicht sehr glaubwürdige Rolle gespielt haben. Im Februar hatte Dr. Sacharow den sowjetischen Präsidenten Tschernenko schriftlich gebeten, seiner Frau einen Besuch Italiens zu gestatten, ... damit sie dort die Behandlung eines Augen- und eines Herzleidens fortsetzen und Familienangehörige wiedersehen könnte ... Am 30. März ... wurde ihm von der Visumabteilung mitgeteilt, daß über sein Ersuchen nach dem 1. Mai entschieden werde. Die Bedeutung dieses Datums wurde Ende April ersichtlich. Die Akademie der Wissenschaften der USA kündigte an, daß sie den wissenschaftlichen Austausch mit der UdSSR, der vor mehr als zwei Jahren wegen der Verbannung Sacharows eingefroren worden war, wiederaufnehmen werde. Eine Delegation der amerikanischen Akademie beabsichtigt, im nächsten Monat Moskau zu besuchen. Mit dieser Trophäe in der Tasche erteilte der Kreml Dr. Sacharow seine Antwort, indem er ein nicht näher bezeichnetes polizeiliches Vorgehen androhte. Die sowjetischen Wissenschaftler (die sich zu einem Besuch in den USA befinden) haben Washington verlassen, ohne Fragen nach ihrem früheren Kollegen in Gorki zu beantworten. Somit müssen wir diese Fragen an den Präsidenten der US-Akademie, Dr. Frank Press, und dessen Kollegen richten. Wollen sie wirklich über den dahinschwindenden Leib Dr. Sacharows hinweg nach Moskau reisen?

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt klagt über Kartell-Hürden:

Innovationen und moderne Technologien müssen auch in Europa Vorrang haben, wenn nicht Japan und USA den alten Kontinent endgültig überrunden sollen. Kein Politiker in der EG, der dies nicht lauthals beschwört. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Zahlreiche Pionierprojekte der Wirtschaft in Form von Gemeinschaftsunternehmen kommen gar nicht an den Start. Sie scheitern in Brüssel, wie jetzt der Bundesverband der Deutschen Industrie beklagte, an einer „uferlosen Anwendung" des im EG-Vertrag festgeschriebenen Kartellverbots. Dieses Schicksal droht auch dem Berliner Glasfaser-Projekt von fünf deutschen Elektrokonzernen. Das Bundeskartellamt, das in seiner Rechtsphilosophie nicht gerade von der europäischen Aufbruchsstimmung beflügelt ist, will das Projekt aus kartellrechtlichen Gründen untersagen. Auch aus Brüssel wurden Bedenken signalisiert, obwohl die EG-Wettbewerbsbehörden noch gar nicht gefragt waren.

Wie Libanon fast über Nacht zum Satelliten wurde

Bald ist wieder mit Terror aus den alten Zentralen zu rechnen / Von Jürgen Liminski

Die Entwicklung lief schneller ab, als der libanesische Präsident Amin Gemayel es sich wohl vorstellte, als er vor rund zwanzig Monaten sein Amt antrat. Damals besaß er nahezu volle Handlungsfreiheit sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Syrien, geschwächt, war bereit, abzuziehen. Israel wünschte Frieden und den Rückzug aus dem Nachbarland. Moskaus Botschafter Soldatow ging nach Hause zurück. Im Innern war auf der Grundlage eines neuen Nationalbewußtseins ein Konsens greifbar nahe.

Heute ist von den vielen Optionen des Herbst 1982 nicht mehr die Rede. Heute ist Amin Gemayel der libanesische Babrak Karmal der Syrer und Sowjets.

Auch im Westen hat man den raschen Gang der Ereignisse in dieser strategisch so bedeutsamen Kante der Weltpolitik noch nicht in ganzer Tragweite erfasst. Die libanesische Regierung gehört nicht mehr in den Kreis prowestlicher oder auch neutraler Regierungen. Als syrischer Mond zieht sie ihre Kreise im Orbit der Sowjetunion.

Dafür lassen sich Tatsachen anführen. Zu den ersten Beschlüssen des neuen Kabinetts Karame zählt eine „Reform" der Armee, das heißt, die libanesische Armee soll von antisyrischen Elementen gesäubert werden. Eingriffe solcher Art hatte der prosyrische Vorgänger Gemayels, Elias Sarkis, immer zu verhindern versucht. Außenpolitisch nachgiebig, wollte er sich in die inneren Verhältnisse, insbesondere der libanesischen Armee, nicht hineinreden lassen, auch wenn es ihm nicht immer gelang, die Vorstöße abzuwehren. Ferner: Die diplomatischen Beziehungen zu Costa Rica werden abgebrochen, die zu Libyen wieder aufgenommen; die Neubesetzung der iranischen Botschaft soll bald folgen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann Gemayel und Karame offen für eine Nahost-Konferenz unter gleichrangiger Beteiligung Moskaus und Washingtons eintreten.

Wie Damaskus in die Interna Beiruts eingreift, zeigen zwei weitere, in Europa kaum wahrgenommene Vorgänge: Es war der syrische Vizepräsident Khaddam, der Beirut den „Vorschlag" unterbreitete, Schiitenführer Berri zum Staatsminister für Südlibanon zu ernennen und somit die Bildung des Kabinetts Karame unter (Syriens) Dach und Fach zu bringen. Und jener Berater des libanesischen Präsidenten, der prinzipiell eine prowestliche Politik befürwortete und für das mittlerweile einseitig annullierte Abkommen mit Israel warb, der Technokrat Haddad, ging wieder zur Weltbank zurück, von der Gemayel ihn im Herbst 1982 geholt hatte. Die zwei Hauptberater des Präsidenten sind heute Mohammed Shukeir und Jean Obeid. Beide leiteten die Unterwerfungspolitik unter das Diktat von Damaskus mit ein, beide begleiteten den Präsidenten auch auf seinen politischen Pilgerreisen nach Syrien.

Die Eingliederung Beiruts in den Verband der radikalen und friedensfeindlichen Regime Irans, Syriens und Libyens ändert prima vista freilich nicht viel an den militärischen und machtpolitischen Gegebenheiten in der Region. Die Bedeutung Libanons für diese Länder und für Moskau liegt auf einem anderen Gebiet. Das Land an der Levante ist wegen der Unkontrollierbarkeit und der Verbindungen mit dem Westen ein ideales Aufmarschgebiet für terroristische Aktivität in aller Welt.

Gerade die PLO fühlt sich hier wohl, weil sie in Beirut nicht so scharf überwacht und in ihren Umtrieben begrenzt wird wie in fast allen arabischen Ländern. Da ist es nur folgerichtig, daß das Rinnsal der in den Libanon einsickernden PLO-Kämpfer wieder anschwillt. Täglich treffen zehn bis zwanzig bekannte Gesichter aus den Tagen vor dem israelischen Einmarsch in den Beiruter „Flüchtlingslagern" ein. Erstmals sind auch wieder PLO-Plakate in den Straßen Beiruts zu sehen. Das Gros der Rückkehrer gehört zu der prosyrischen Gruppe um Abu Musa. Israel schätzt die Lage offenbar richtig ein. Das Kabinett Shamir hat beschlossen, die Beziehungen zu den libanesischen Christen aufzuwerten. Am 17. Mai, dem Jahrestag der Unterzeichnung des israelisch-libanesischen Abkommens, soll in Jerusalem offiziell ein Verbindungsbüro der christlichen Milizverbände (Forces Libanaises) eröffnet werden. Dem Leiter des Büros sollen Privilegien eingeräumt werden, die sonst Diplomaten vorbehalten sind. Das bedeutet auch eine Neuorientierung der israelischen Libanon-Politik. Offenbar hat man in Jerusalem auch erkannt, wie ernst es der Drusenführer Dschumblatt meint, wenn er die sowjetische Hilfe im Libanon preist.

Sollte sich die härtere Gangart der Sowjets auch auf den Nahen Osten erstrecken, können die Europäer demnächst wieder mit Terroranschlägen rechnen. Und nicht allein im arabischen Raum und gegen Israel.



Der Disput über die Größe eines großen Deutschen

„Neues vom Alten?" hieß die Frage bei den 7. Aschaffenburger Gesprächen. Die Prominenz der Zeithistoriker war aufgeboten, um Neues zutage zu fördern über jenen Konrad Adenauer, den heute noch in der Bundesrepublik 39 Prozent vor Bismarck für den größten Mann der deutschen Geschichte halten. Es gab Streit und Kontroversen, aber es waren die alten Kontroversen.

Von JOACHIM NEANDER

„Adenauer und die deutsche Einheit" und „Adenauer und die Demokratie" hießen die beiden Themenkomplexe der jeweils in Zweier-Streitgespräche aufgelösten Tagung. Aber sind das erregende Themen? Zum erstenmal seit Jahren waren bei diesen Gesprächen die Zuhörerreihen im Rathaussaal nur lükkenhaft gefüllt. Wenig Jugend, viel schweigende Ratlosigkeit.

Rudolf Morsey (Speyer), der Herausgeber der Adenauer-Briefe, warnte gleich vor negativer Überinterpretation: „Am Anfang stand nicht Adenauer, am Anfang waren die Alliierten." Der erste Kanzler habe fest geglaubt, daß die Westbindung und eigene Festigkeit Voraussetzungen für eine Entspannung und diese wiederum unerläßlich für eine Aufhebung der deutschen Teilung war. „Erst im Rückblick ist deutlich geworden, daß es damals keine Chance für eine Wiedervereinigung gab."

Arnulf Baring (Berlin), eigentlich als Adenauer-Kritiker aufgeboten, überraschte mit dem Satz: „Ich halte Adenauer für viel größer, als Sie es tun." Es habe gerade die Größe des Kanzlers ausgemacht, daß er in nüchterner Einsicht in die tieferen Schichten der Realität jeden Gedanken an eine Wiedervereinigung von vornherein fallenließ. „Er hat die eigenen Leute hinters Licht geführt, wenn er behauptete, die Wiedervereinigung sei das oberste Ziel seiner Politik. Er gaukelte ihnen sogar vor, die Stalin-Note vom März 1952 sei der Beweis dafür, daß man mit Geduld und Festigkeit noch viel mehr erreichen könne – die reine Unwahrheit. Aber gerade das war Adenauers Größe, daß er als erster begriff, daß es keine Chance für eine Wiedervereinigung in Freiheit gab und eine Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands den politischen Selbstmord bedeuten würde.".

Morsey widersprach fast leidenschaftlich: Eine solche Lüge in einer zentralen politischen Frage sei nicht jahrzehntelang durchhaltbar.

Natürlich biß die Debatte sich konkret an der berühmten Stalin-Note von 1952 fest, von der Baring etwas sarkastisch sagte, ihre eigentliche Bedeutung bestehe in dem, was später in sie hineininterpretiert worden sei.

Für Rolf Steininger (Innsbruck) – unter den Professoren der einzige Nachgeborene, der die Adenauer-Ära nicht als Erwachsener miterlebt hat – ist 1952 das Datum der großen vertanen Chance. Damit steht er in seiner Generation nicht allein. Er zitiert den italienischen Sozialistenführer Nenni, dem Stalin gesagt habe, daß dieses sein Angebot, ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland zuzulassen, ernstgemeint gewesen sei. Er zitiert eine „Geheimstudie" des State Department, nach der die USA von einem solchen neutralisierten Deutschland keinesfalls das Abgleiten in den Kommunismus befürchtet haben, sondern auch in der Neutralität eine bürgerliche Mehrheit erwarteten. Aber Adenauer habe dies alles gar nicht gewollt und sei von den Alliierten hinters Licht geführt worden.

Aber sofort zeigt sich ein Grundproblem der Zeitgeschichtsschreibung: Die Jüngeren kennen die Zeit nur aus Geschriebenem. Der Kontext des Miterlebens fehlt ihnen. Die Diskussion wird gereizt. Adenauer-Anhänger und Adenauer-Kritiker formieren sich plötzlich wie ungewollt zu einer geheimen Koalition: Nein, so wie in den Akten war es damals nicht.

Fast noch mit milder Nachsicht Wilhelm Grewe (Bonn), der als Botschafter und Staatssekretär jahrelang unter dem ersten Kanzler arbeitete: Ob Stalin es 1952 ernst gemeint habe, sei eine wahrscheinlich nie beweisbar zu beantwortende Frage. Auch künftige Akteneinsicht (etwa in der Sowjetunion) werde keine Klarheit bringen. Durchaus denkbar sei eine Art Doppelgleisigkeit der Stalinschen Politik. Entscheidend aber sei, daß das Stalin-Angebot – selbst wenn es ernstgemeint war – für den freien Westen nicht akzeptabel war: Es schloß die Freiheit der Entscheidung aus, sich nach Westen oder Osten zu orientieren. Ein wiedervereinigtes, neutrales, womöglich sogar begrenzt bewaffnetes Deutschland, das frei zwischen den Fronten der beiden Blöcke hin- und herpendelt, sei weder für die Sowjets, noch für die Westmächte diskutabel gewesen.

War Adenauer ein Demokrat? Christian Graf Krockow (Göttingen), als Anwalt der Kritiker, zählt die Liste der Vorwürfe auf, die heute viele der *Jüngeren erheben: „Adenauer war si*cher ein großer Mann und – was in Deutschland besonders selten ist – ein großer Mann mit Selbstbewußtsein und Mut." Aber: Man müsse den Außenpolitiker trennen vom Innenpolitiker. Und da sei doch manches anzukreuzen: Er habe um sich herum „Handlanger wie Globke" gehabt; sein Umgang mit der Opposition („der Untergang Deutschlands")sei von Intoleranz geprägt gewesen; wirkliche Demokratie sei verzögert und gehemmt worden – die Spätfolgen habe man 1968 erlebt: Muff und Mief hätten teilweise das kulturelle Leben bestimmt; die Verzögerung bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen sei ein nicht wieder einholbares Versäumnis, dessen symbolhafte Wirkung genau wie bei Adenauers Festhalten an Globke, dem Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, dem Ansehen der jungen deutschen Republik schwer geschadet habe.

Wieder entbrennt ein gereizter Disput, zunächst über die Person Globkes. Konrad Repgen (Bonn): „Adenauer ist der bedeutendste demokratische Staatsmann der deutschen Geschichte." Daß er Globke berief, habe gerade nicht auf Gleichgültigkeit oder Instinktlosigkeit beruht, sondern habe sich auf eingehende Beschäftigung mit der Frage gegründet, wie Globke sich wirklich im Dritten Reich verhalten habe. Leidenschaftlicher Widerspruch, zum Teil sogar aus dem Publikum (dessen anderer Teil Repgen ostentativ beklatscht). Dann greift Morsey ein: Globke sei nicht von Adenauer entnazifiziert und eingestellt worden, sondern vom damaligen nordrhein-westfälischen Innenminister Menzel (SPD). Verblüfftes Schweigen.

Krockow gerät in die Defensive. Er muß Adenauers große Verdienste um den sozialen Frieden und Fortschritt einräumen. Merkwürdigerweise vergißt er das KPD-Verbot von 1956 anzuführen. Wilhelm Grewe widerspricht der These von den „Handlangern und Kreaturen" in Adenauers Umgebung. Der Kanzler habe im Gegenteil nur Leute geschätzt, die eine eigene Meinung vertraten. Repgen beschreibt die geschmähten 50er Jahre als Epoche einer „großen geistigen und kulturellen Offenheit".

Am Ausgang sagt ein junger Mann zu seinem Nachbarn: „Ich weiß nicht, manchmal habe ich das Gefühl, dieser Adenauer habe in Wirklichkeit gar nicht gelebt, sondern sei nur eine Märchenfigur – für seine Anhänger wie für seine Gegner."



Umstrittene Berufung: Adenauer und sein Staatssekretär Globke
FOTO: UPI

Vor den Liberalen türmt sich ein Schuldenberg auf

Nicht nur um ihre politische Zukunft muß die FDP bangen. Mit großer Sorge blickt die Partei obendrein auf einen Schuldenberg. Ihn abzutragen wird immer schwieriger, denn Spenden fließen kaum noch – nicht zuletzt wegen der unsicheren Rechtslage.

Von STEFAN HEYDECK

Gegenwärtig hat die Bundes-FDP Schulden von mehr als fünf Millionen Mark. Dieser Betrag entspricht der Summe, die die Arbeit der Bonner Parteizentrale in diesem Jahr erfordert. Dabei ist es nur mit einem Kraftakt gelungen, die Kosten auf gut fünf Millionen Mark zu begrenzen. So mußte die gesamte Personalstärke des Thomas-Dehler-Hauses (vom Boten bis zum Generalsekretär) in den letzten Jahren von fast 60 auf knapp 20 Mitarbeiter reduziert werden. Außerdem wurden aus Ersparnisgründen und wegen einer größeren Effektivität Serviceleistungen an zwei private, von ehemaligen FDP-Angestellten geführte Unternehmen vergeben. Trotz aller selbstverordneten Sparsamkeit kann aber bei bestimmten Großausgaben nicht gekürzt werden. Allein die „Neue Bonner Depesche", das FDP-Organ für die etwas mehr als 70 000 Mitglieder, kostet im Jahr fast 1,5 Millionen Mark. Parteitage schlagen zudem mit sechsstelligen Summen zu Buche.

Dabei haben die Bundes-Liberalen, *die immer wieder den Gürtel enger* schnallen müssen, den finanziellen Engpaß nicht allein zu verantworten. Denn im Gegensatz zu den Volksparteien CDU und SPD erhalten sie bisher keinen Pfennig aus den Landesverbänden oder von den Mitgliedsbeiträgen. Sie bekommen ihre Mittel bisher vielmehr ausschließlich von Spendern und durch die Wahlkampfkostenerstattung.

Das hatte bereits in den 70er Jahren schon einmal dazu geführt, daß die Bonner FDP mehr oder weniger vor einem Finanzdebakel stand. Damls hatte es aber der später ermordete Bundesschatzmeister Hans-Herbert Karry geschafft, mit einer umfangreichen Umschuldung für Luft zu sorgen. Dessen Rettungsaktion ist jedoch inzwischen ins Zwielicht geraten. Unter anderem mit ihr wie auch mit den Spendensammlungen des verstorbenen früheren SPD-Schatzmeisters Alfred Nau befaßt sich seit Monaten der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre.

Zu neuen Engpässen kam es dann wieder in den letzten Jahren. Sie werden zum einen damit begründet, daß für die Bundestagswahl 1980 und die außerplanmäßigen Neuwahlen 1983 jeweils rund 15 Millionen Mark aufgebracht und daneben für zwei Landtagswahlkämpfe in Hessen und in Baden-Württemberg Kosten übernommen werden mußten. Allerdings kam die FDP bei den Bundestagswahlen vom 6. März letzten Jahres mit ihrem Sieben-Prozent-Ergebnis mit einem blauen Auge davon: Aufgrund ihres Abschneidens (ein Prozent der Wählerstimmen bringt etwa 1,5 Millionen Mark) mußte sie nichts zurückzahlen. Außerdem konnte sie sogar wegen *der Ende 1983 vom Bundestag nur* gegen die Stimmen der Grünen beschlossenen Erhöhung der Erstattung von 3,50 auf fünf Mark je Stimme ein Plus von etwa einer Million Mark verbuchen. Negativ könnte sich jetzt auswirken, wenn die Liberalen bei den Europawahlen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden.

Zum anderen heißt es, daß schon seit längerem die „echten Spendenbrocken" ausbleiben. Allenfalls kämen Beträge bis zu 20 000 Mark, weil diese nach dem Gesetz nicht mit Angabe des Spenders im Bundesanzeiger veröffentlicht werden müssen. Die Zurückhaltung wird aber auch auf die inzwischen eingetretene Rechtsunsicherheit zurückgeführt. So hat die Staatsanwaltschaft gegen FDP-Sympathisanten – wie auch gegen die von anderen Parteien – Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Erste Gerichtsverfahren gegen die „Sünder" könnten im Herbst beginnen.

Dies hat zur Folge, daß der Spendenfluß allgemein gestoppt wurde. „Sorgt erst *einmal für Klarheit*", haben sich Politiker wiederholt sagen lassen müssen. Da hatte im Wahlkampf 1980 ein Mittelständler ohne steuertaktische Hintergedanken die FDP mit 5000 Mark unterstützen wollen. Sein Freund, ein damals nichts von „Geldwaschanlagen" wissender Bonner Parlamentarier, leitete nach parteiinternen Rückfragen Adresse und Konto einer steuerbegünstigten politischen Vereinigung an den Spender weiter. Das Ergebnis: Gegen den Mittelständler laufen Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung. Die Freundschaft ist geplatzt. Der Abgeordnete zur *WELT*: „Ich verstehe, daß er mir nicht glaubt, daß ich nichts davon gewußt hatte."

Wie groß in der FDP-Spitze die Sorge um die Finanzen ist, wurde am Rande des Drei-Königs-Treffens der Liberalen Anfang Januar in Stuttgart deutlich. Angesichts der Kassenlage hatten dort einige Teilnehmer einer vertraulichen Sitzung der Führungsgremien die Befürchtung geäußert, für die Parteischulden eintreten und möglicherweise ihre Privathäuser belasten zu müssen. Denn der 35köpfige FDP-Vorstand muß im Zweifelsfalle für die Schulden geradestehen.

Zu einer, wenn auch geringen Entlastung der Bundes-FDP könnte Anfang Juni der Parteitag der Liberalen in Münster beitragen, auf dem eine neue Finanzordnung geplant ist. Nach den bisherigen Vorlagen soll der Mindestmitgliedsbeitrag auf zehn Mark angehoben werden. Von ihm soll dann eine Mark erstmals an die Bundespartei weitergeleitet werden. Doch selbst dies würde im Jahr gerade eine Million Mark bringen. Mit Widerstand gegen diesen Plan wird schon jetzt gerechnet. So hat zum Beispiel der nordrhein-westfälische FDP-Chef Jürgen Möllemann auf der letzten Vorstandssitzung aufgelistet, daß sein Verband bei monatlichen Beiträgen von 30 000 Mark immerhin 120 000 Mark an Ausgaben habe.

Ein Vorstoß auf Erhöhung der Beiträge war bereits auf dem letzten Bundesparteitag im November 1982 in Berlin von den Delegierten abgelehnt worden. Dabei liegt bei den Liberalen der durchschnittliche Monatsbeitrag nur bei etwa sieben Mark. Die Mitglieder von SPD und CDU dagegen zahlen mehr als das Doppelte.

Schwere Zeiten für den Schatzmeister, der nach dem Parteitag Irmgard Adam-Schwaetzer heißen soll.

Sorgen drücken das Geburtstagskind Hamburger Hafen

Jedes Jahr feiert Hamburg den Geburtstag seines Hafens. Diesmal war es der 795. – und es sieht so aus, als hätte der Hafen die besseren Zeiten hinter sich.

Von DETLEV AHLERS

Wenn die U-Bahn vor den Landungsbrücken aus dem Tunnel kommt, öffnet sich ein eindrucksvoller Blick. Bis zur Station Baumwall sieht der Fahrgast auf den Hafenbetrieb der Elbe, auf Schlepper und große Pötte, auf die Werftanlagen am anderen Ufer. An diesem Wochenende gab es noch mehr zu sehen: Unterhalb der Hochbahn standen die vielen Buden, die jedes Jahr zum Hafengeburtstag aufgestellt werden: Karussells, Fischbrötchen-Stände, Schießbuden und Andenkentische.

Im Jahre 1189 gewährte Friedrich Barbarossa der Stadt den Freibrief, „Menschen und Waren vom Meer bis in die Stadt ohne Zoll und Abgaben zu bringen". So sonnig wie das Wetter des Geburtstages 1984 waren auch die Reden: „Der Hafen ist das blühende Leben", sagte Senator Volker Lange.

Doch auch bei den blühendsten Bäumen stirbt manchmal ein Zweig ab. Der Hafen steckt in einer Anpassungsphase, und das bedeutet heutzutage Massenentlassungen. Bei der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG verloren 2400 ihre Arbeit, bei MAN und der Werft Blohm + Voss zusammen etwa 1000. Vergangene Woche kündigte Blohm + Voss wieder Entlassungen an. In hafennahen Stadtteilen schlägt die hohe Arbeitslosigkeit inzwischen auf den Einzelhandel und das Handwerk durch – Hamburg hat aufgrund der Anpassungen im Hafen *inzwischen eine höhere Arbeitslosig*keit als der Bund im Durchschnitt.

Knapp 100 Jahre lang war der Hamburger Hafen eines der Welt-Zentren des Schiffsneubaus – das ist jetzt (für immer?) vorbei. Den Hauptgrund dafür nennt Blohm + Voss-Chef Michael Budczies: „Die Lohnkosten in Korea betragen 22 Prozent der deutschen." Dazu kommt, daß auch die Billiglohnländer ihre Werften stark subventionieren.

Das Berufsbild des Hafenarbeiters im Güterumschlag hat sich stark verändert. Mit Sackhaken und Karren brauchten vor *30 Jahren 17 Arbeiter* acht Stunden, um 18 Tonnen Ladung umzuschlagen. Heute bewegen in derselben Zeit neun Mann Container mit 1700 Tonnen. Diese rasante Entwicklung begann Anfang der sechziger Jahre mit Gabelstaplern und Paletten. Dann wurde das Ro-Ro-Verfahren eingeführt: Trailer können aufs Schiff gerollt und vom Schiff heruntergerollt werden. Schließlich kam der Siegeszug des Containers. Er verschafft dem Hafen heute die größten Zuwachsraten. In 48 Stunden wurden neulich 32 Containerschiffe be- und entladen. Von knochenharter Arbeit wurden die Hafenarbeiter für den Umgang mit teuren Maschinen umgeschult.

Die kurzen Liegezeiten wirken sich nicht nur auf die Reeperbahn aus, wo nur noch bei Flottenbesuchen der Eindruck aufkommt, sie sei für Seeleute da. Auch auf den Platzbedarf des Hafens hat die Container-Technik Auswirkungen. Die Kästen müssen an Land vorgestapelt werden, und gleichzeitig muß Platz für die ankommende Ladung frei sein. Wenn also der gesamte Güterumschlag stagniert – wegen Einbußen bei den Massengütern etwa durch die neuen Getreideanlagen in Rostock *oder die Ölleitung* von Wilhelmshaven nach Hamburg –, kann der Platzbedarf des Hafens durchaus steigen. Deswegen hat der Senat, zum Teil gegen heftigen Widerstand aus der Bevölkerung, ein Hafenentwicklungs-Gesetz von der Bürgerschaft verabschieden lassen, das die Stadtteile Altenwerder, Moorburg und Francop für den Ausbau des Hafens vorsieht.

Der Platzbedarf steigt zusätzlich, weil vor allem der Freihafen zum Zentrallager für Importeure wird. So stehen dort zum Beispiel 10 000 japanische Motorräder, und die Importeure warten auf Bestellungen aus *ganz Europa*. Auch große deutsche Versandhäuser nutzen der Hafen zunehmend als Lager.

Im Hafen arbeiten etwa 50 000 Menschen; mindestens noch einmal so viele sind vom Hafen abhängig – in den Anwaltskanzleien, in den Kontoren der Kaufleute oder Reedereien. Dem Hafen, dem vierzehntgrößten der Welt, drohen vor allem zwei Gefahren: eine durch die Natur und eine durch die Gesetze.

So ist es billiger, eine Kiste von Rotterdam nach Westfalen als von Hamburg dorthin zu transportieren. *Denn im grenzüberschreitenden* Verkehr können Binnenschiffer, Lastwagen-Transporteure und die Bahn den Preis aushandeln, innerhalb der Bundesrepublik ist er tariflich gebunden.

Die natürliche Gefahr für den Hafen ist die Verschlickung. Flut und Elbe bringen dauernd Sand, Schlick und Gifte in den Hafen – dieses Gemisch muß kontinuierlich ausgebaggert werden, und zwar – wegen der immer größeren Schiffe – jetzt auf knapp 14 Meter unter den normalen Wasserspiegel bei Ebbe. Jahrzehntelang wurde der Schlick einfach auf Felder gekippt, bis man merkte, daß *auf ihnen anschließend* ungenießbares Gemüse, belastet mit Schwermetallen, wächst.

Inzwischen versucht man auf den Spülfeldern ein Trennverfahren, mit dem der Sand zur Verwendung beim Bau aus dem Schlick herausgenommen wird. Das reduziert die Gesamtmenge um knapp die Hälfte. Was jedoch mit dem giftbeladenen Rest geschehen soll, ist unklar. Die Spülfelder sind bald voll. Emsig wird deshalb mit möglichen Abnehmern verhandelt, auch mit der „DDR". Sie würde dann gegen viel Geld die Gifte *wieder abnehmen, die sie vorher in* die Elbe geleitet hat, mokiert sich darüber die CDU-Opposition.

Eindrücke von einem Besuch bei den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften

Bedrohung aus Moskau half nach: Nippon faßt Tritt mit dem westlichen Sicherheitsdenken

Von CAY GRAF BROCKDORFF

Es war ein Politiker, der anordnete, daß die Atombombe am 6. August 1945 auf eine Stadt abgeworfen wurde: Harry S. Truman, Präsident der Vereinigten Staaten. Das Ereignis, das Hiroshima in Schutt und Asche legte und sich wenige Tage später in Nagasaki wiederholen sollte, hat tiefe Spuren in das Gedächtnis der Menschheit gegraben – am tiefsten in Japan. Doch, wie oft in der Geschichte, ging die Bedeutung des Augenblicks den meisten verloren.

Es war ein Soldat, der als erster die historische Perspektive des Bombenabwurfs in einer Warnung aufzeichnete, zu einer Zeit, in der die Wirkung der Bombe durchaus noch nicht überall verstanden wurde – weder in Amerika und Europa, noch selbst in Japan: Douglas MacArthur. Der General, der Japan bezwungen hatte und nun als ungekrönter Kaiser in Tokios Dai-Ichi residierte, sagte am zweiten Jahrestag des Bombenwurfs dies: „Die Schmerzen jenes Tages dienen als Mahnung für die Menschheit, daß Atomwaffen eine Herausforderung sind an Vernunft und Logik des Menschen. Das ist die Lehre von Hiroshima. Gebe Gott, daß sie nicht ignoriert wird."

Die Worte MacArthurs begleiten die Völker noch heute, während sie sich bemühen, im Atomwaffenzeitalter den richtigen Weg zur Bewahrung des Friedens zu finden. Damals aber suchte die in Japan am Ruder befindliche Kriegspartei ihre Wirkung zu verniedlichen. „Kein Grund zum Alarm", hieß es im offiziellen japanischen Kommunique am Tag nach Hiroshima. Man wollte um jeden Preis weiterkämpfen, wie sich Mamoru Shigemitsu mit Qualen erinnert, der die Fortsetzung des Krieges für sinnlos hielt und tatsächlich wenige Tage später mit zitternder Hand auf dem Schlachtschiff „Missouri" in der Bucht von Tokio die Kapitulationsurkunde unterschrieb.

Andere hatten in diesem Augenblick die Gunst der Stunde erkannt: Blitzschnell erklärte die Sowjetunion am 8. August 1945 Japan den Krieg – „im Interesse des Weltfriedens", lautete die Begründung des sowjetischen Außenministers Molotow. Die Sowjets, bis dahin unbeteiligt, fielen über die Mandschurei her, überrannten Südsachalin und besetzten die zu Japan gehörenden Kurilen. Nichts von dem, was sie eroberten, gaben sie wieder her. Sie stießen in ein Vakuum, Risiken waren mit ihrem militärischen Vorgehen nicht verbunden. Den Krieg gegen Japan hatten andere geführt und gewonnen, sie aber waren gewillt, die Früchte zu ernten.

Der Abwurf der Atombombe wird den Amerikanern nicht feindselig entgegengehalten. Im Gegenteil: Aus den Kriegsgegnern sind Freunde geworden, nicht zuletzt wegen der behutsamen Besatzungspolitik MacArthurs und der Rückgabe eroberten Territoriums (Okinawa) an Japan.

Japans Eintritt in den Zweiten Weltkrieg löste eine Kette von Ereignissen aus, die in Europa, das ein eigenes Kriegserleben hatte, nur flüchtig wahrgenommen wurden. Im heutigen Japan sind sie unvergessen, *auch wenn sie nicht Gegenstand von* Tagesgesprächen sind. Japans Einstellung zu allen Fragen der Landesverteidigung wird aber zutiefst von dieser Erinnerung beeinflußt: Auf einfachsten Nenner gebracht bedeutet Militär Krieg, Krieg den niemand in Japan haben will und dem man am besten aus dem Wege geht, indem man sich kein Militär anschafft. In dieser Atmosphäre leben Japans Selbstverteidigungsstreitkräfte heute das Dasein eines Mauerblümchens, allerdings das einer Pflanze, die mit zarter Hand gegossen wird.

„Wir führten keinen ritterlichen Krieg"

Der Angriff auf Pearl Harbor, mit dem Japan seine ostasiatische Wohlstandssphäre einzuleiten gedachte, verursachte eine unerwartet harte Reaktion Amerikas. Der offizielle Historiker der amerikanischen Marine, die im Pazifik eine Hauptlast des Kampfes zu tragen hatte, urteilte nach dem Krieg so: „Wir führten keinen ritterlichen Krieg. Alle Griffe waren erlaubt. Pardon wurde nicht gegeben. Japan hatte es so gewollt. Es glaubte, es könnte auf diese Weise eine verweichlichte Demokratie in Angst und Schrecken versetzen. Wir aber zahlten es ihnen zurück mit all dem zusätzlichen Grauen, das die moderne Wissenschaft hervorbringen kann." (Admiral Samuel Elliot Morison: „History of U. S. Naval Operations in World War II).

Aus Morisons Worten atmete das unmittelbar Erlebte. Selbst der Abwurf der Atombombe überschattete aus damaliger Sicht nicht den mörderischen Zusammenprall zweier Seemächte, in einem Waffengang über Räume und Entfernungen, die das an Enge gewohnte Europa sich schwerlich vorzustellen vermag. 1945 war der Krieg nach dem Fall Okinawas bis vor die Haustür Japans gerückt. Täglich schütteten „Superfestungen" Brandbomben über den aus Holz gebauten japanischen Städten ab, die wie Zunder aufgingen. Dennoch rüstete sich das Land für „Ketsu-Go", die Entscheidungsschlacht, die man für Frühjahr und Sommer 1946 auf der Hauptinsel Honshu erwartete. Nur außergewöhnlichen Umständen ist es zu verdanken, daß die Atombomben tatsächlich eine Signalwirkung zur Beendigung des Krieges hatten.

Nach Pearl Harbor waren Singapur und Hongkong, ganz Südostasien gefallen, die Philippinen waren besetzt, MacArthur war von der Felseninsel Corregidor in der Bucht von Manila nach Australien ausgewichen, von wo aus jetzt die amerikanischen Bomber starteten, um die japanischen Stellungen auf Neu Guinea zu bombardieren. In „down under", dem fünften Kontinent, rechnete man mit der Invasion „Banzai" rufender Soldaten.

Der große Admiral Yamamoto, der weitblickend den Krieg gegen Amerika für ein Verhängnis ansah, führte überall im Pazifik seine Flotten gegen die Amerikaner, Briten und Niederländer. In Seeschlachten, bei denen die Gegner sich oft nicht zu Gesicht bekamen, weil Flugzeugträger sich gegenüberstanden, und durch das Inselspringen MacArthurs, eroberten die Amerikaner Ostasien schrittweise wieder zurück. Die Holländer spielten nach der Versenkung ihrer tapferen kleinen Flotte keine Rolle mehr, die Briten nur begrenzt. An Standfestigkeit war ihnen die U. S. Marine haushoch überlegen.

Ein halbes Jahr vor dem Bombenabwurf auf Hiroshima landeten die Amerikaner schließlich auf der Vulkan-Insel Iwo Jima in der Ryukyu-Kette, eigentlich nur, um einen Notlandeplatz für ihre angeschossenen Bomber zu bekommen, die drohten, auf dem schier endlosen Rückflug zu den Marianen ins haifischverseuchte Meer zu fallen.

Drei Gedichte als letztes Lebenszeichen

Die Insel wurde von 22 000 Japanern verteidigt. Nur 212 von ihnen, alle verwundet, wurden gefangengenommen. Ihr General hatte als letztes Lebenszeichen noch unverschlüsselt drei selbstverfaßte Gedichte nach Tokio gegeben, ehe er fiel. Seine Leiche wurde nie gefunden.

Okinawa, dem sich die Amerikaner unmittelbar danach zuwandten, wurde von 120 000 Mann der japanischen 32. Armee unter Generalleutnant Ushijima verteidigt. Der Kampf um die Insel wogte ein viertel Jahr. Der General beging Harakiri, 7000 verwundete Japaner ergaben sich. Japan verlor in der Schlacht um Okinawa 7830 Flugzeuge, 1900 von ihnen hatten sich als Kamikazes auf den Feind gestürzt. Es war ein unerhörter Vorgang, denn Japaner neigen nicht zum Selbstmord.

Als letztes Aufgebot zur Rettung der Insel war das damals modernste und größte Schlachtschiff der Welt ausgelaufen, die 72 000 Tonnen verdrängende „Yamato". Mit seinen neun 460-Millimeter-Geschützen, die jedes mit einem Schuß ein Bataillon vernichten konnten, sollten die amerikanischen Landungstruppen zum Rückzug gebracht werden. Auf halbem Weg wurde das Schiff von 400 Maschinen gestellt, die von amerikanischen Flugzeugträgern gestartet waren. Es sank zusammen mit einem Kreuzer.

Das war das Ende der kaiserlichen Flotte, einst eine der größten der Welt. Japan verlor im Krieg 16 Flugzeugträger, zehn Schlachtschiffe, darunter „Yamatos" Schwesterschiff „Musashi" (vor den Philippinen), 40 Kreuzer, 138 Zerstörer und 149 U-Boote.

Strategisch war Japan längst geschlagen, doch die Einsicht in das Unabwendbare fehlte der regierenden Kriegspartei. Mit 2,3 Millionen regulären Truppen wollte sie Honshu mit der Hauptstadt Tokio verteidigen, 32 Millionen Milizsoldaten sollten sie unterstützen. Düsenjäger und schnelle Propellermaschinen waren im Bau, schnelle neuartige U-Boote sollten die amerikanischen Landungsflotten vor unlösbare Probleme stellen. MacArthur wollte für die Hauptlandung 2,4 Millionen Soldaten bereitstellen. Ein unvorstellbares Blutbad, für das Okinawa den Vorgeschmack abgab, bahnte sich an.

In dieser Lage befahl Truman den Abwurf der Atombombe. Die Kriegspartei war unbeeindruckt. Aber Kaiser Hirohito, damals ein Mann von 44 Jahren, zeigte sich der Stunde gewachsen. Der Kaiser, ein scheuer Mann, der mit seinen Aquarienfischen lebte, die er nach MacArthurs Biographen Manchester mehr liebte als die Menschen, beendete den Krieg mutig durch einen Erlaß, den er für den Rundfunk auf eine Platte sprach. Die Befürworter der Fortsetzung des Krieges meuterten und versuchten mit Waffengewalt die Aussendung der Ansprache zu verhindern. Japanische Jäger rasten drohend im Tiefflug über den Kaiserpalast.

In einer Schicksalsstunde der Menschheit wurde der Militärputsch vereitelt. Japan bekam Frieden. Und bis heute blieb eine tiefe Abneigung gegen alles Militärische. Der Herausforderung durch die Sowjetunion ist die Öffentlichkeit auf den japanischen Inseln noch nicht gewachsen; wie in anderen Teilen der Welt klafft ein Spalt zwischen der Friedenssehnsucht der Menschen und der Realität. In Japan ist diese Kluft noch tiefer, denn die asiatische Wohlstandssphäre, die militärisch mit so vielen Opfern verloren wurde, ließ sich friedlich mit den Mitteln der Wirtschaft schaffen. Warum also Streitkräfte, wenn es auch anders zu gehen scheint?

Die Sonne brennt. Der Dunst über der Seestraße von Tsushima intensiviert ihr Licht. Korvettenkapitän Naya, Pilot der japanischen Marine, zieht den Hubschrauber aus dem Tiefflug auf 600 Meter Höhe, um den Schiffsverkehr besser mit dem Radar kontrollieren zu können. Für das Auge verliert sich die Sicht nach 2000 Metern.

Unter uns liegt ein Ausgang der sowjetischen Pazifikflotte ins freie Weltmeer. Wladiwostok, Moskaus Hauptstützpunkt im Pazifik mit Anschluß an die transsibirische Eisenbahn, liegt an der Japan-See. Den Weg in den freien Seeraum versperrt wie ein Riegel Japan mit seiner Ausdehnung von fast 2400 Kilometern zwischen Hokkaido im Norden und Kyushu im Süden. Die geostrategische Bedeutung Japans im pazifischen Raum mit den Aleuten im Norden, Australien im Süden, der amerikanischen Küste im Osten und dem asiatischen Festland im Westen ist unübersehbar.

Moskau, das nach Admiral Gortschkow seine Marine als Treibriemen versteht, mit dem in fernen Erdteilen die Räder des Sozialismus sowjetischen Stils in Schwung gebracht werden sollen, sucht dieser geographischen Umklammerung zu entkommen. In Petrapawlowsk auf Kamschatka hat es einen Stützpunkt für strategische Atom-U-Boote eingerichtet, doch ohne Landverbindung fehlt ihm das Standbein.

Um Wladiwostok zu verlassen, stehen den Sowjets drei Flaschenhälse zur Verfügung, durch die sie, unter den Augen der Japaner, den Pazifik erreichen können: Die Soya-Straße (La Perouse) an der Nordspitze Hokkaidos, berühmt-berüchtigt durch ihre Nähe zum Abschußplatz des koreanischen Jumbos. Drei bis vier Monate im Jahr ist sie zugefroren. Zwischen Hokkaido und Japans Hauptinsel Honshu führt die Tsugaru-Straße durch japanische Hoheitsgewässer. Und schließlich im Süden zwischen Kyushu und Korea liegt die Tsushima-Straße, 48 Kilometer breit auf der befahrenen Schiffsroute zwischen Kyushu und der japanischen Insel Tsushima.

Japans Bedeutung für den Westen liegt in diesen Bedingungen. Auch wenn Japan nach dem Wortlaut des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages einen Angriff auf amerikanische Streitkräfte außerhalb seines Territoriums nicht als Angriff auf sich selbst ansehen muß, wäre die Entwicklung eines Konflikts für Moskau schwer voraussehbar. Japan könnte durch die Entwicklung der Lage – *Zwischenfälle* in den Meerengen um seine Inseln – in den Krieg hineingezogen werden, es bleibt für die Sowjetunion unkalkulierbar. Seine geographische Lage und die Tatsache, daß Japan nicht unbewaffnet ist, wirken als Abschreckung in einer von globalen Abhängigkeiten bestimmten Welt. Derart beschrieben, erkennt man Japans Einfluß auf die westliche Sicherheit.

Seit 32 Jahren unterhält Japan Selbstverteidigungsstreitkräfte, die ihren einschränkenden Namen aus der in der Verfassung verankerten Absage an den Angriffskrieg beziehen. Sie sind auf eine Gesamtstärke von 241 000 Mann angewachsen, für ein Volk von 120 Millionen wahrlich nicht viel. Die Streitkräfte bestehen aus Berufssoldaten.

Zahlenmäßig am stärksten ist das Heer mit 156 000 Mann, organisiert in zwölf Divisionen. Seine Aufgabe ist die Verteidigung des Mutterlandes gegen eine Invasion.

Marine und Luftwaffe besitzen in einem Inselstaat naturgemäß einen höheren Stellenwert. Mit 42 000 Mann und mehr als 50 Zerstörern sowie sechs Marine-Fliegergeschwadern für die U-Boot-Jagd sind die japanischen Seestreitkräfte stärker als die Bundesmarine und eher vergleichbar mit der britischen Royal Navy. Japans Selbstverteidigungsluftwaffe verfügt über 43 000 Mann.

An Deck des Zerstörers „Kurama", der mit seiner Verdrängung von 7200 Tonnen eher den konventionellen Vorstellungen eines Kreuzers entspricht, dominiert die moderne Technik. Das zur „Shirane"-Klasse gehörende Schiff ist Japans modernste Einheit. Die Raketenbewaffnung dient der Bekämpfung von Luft- und Unterwasserzielen. Gegen Seeziel-Raketen, die wie die aus dem Falkland-Konflikt bekannte „Exocet" in Wasserhöhe anfliegen, sollen zwei supermoderne „Phalanx"-Systeme dienen, die 3000 Schuß in der Minute abfeuern.

Japans elektronische Industriebasis, bemerkbar in allen Teilstreitkräften, wird auf dem Schiff sichtbar. Die 70 000 PS starke Maschinenanlage ist rechnerüberwacht und zentral steuerbar; das Personal trägt weiße Handschuhe. Diese Anlage und die digitale taktische Datenübertragung der Waffensysteme und Sensoren stammen von Hitachi.

Bemerkenswert ist Japans neues U-Jagdzentrum auf Okinawa, wo in einem Computer die Signaturen (Erkennungsmerkmale) und bekannten Standorte sowjetischer U-Boote registriert sind. Über zwei von japanischen Raketen in die Umlaufbahn geschossene japanische Satelliten können sich Schiffe der Selbstverteidigungsmarine direkt in das Rechenzentrum schalten.

Der verlorene Krieg hat nicht zu einem Bruch in der militärischen Tradition Japans geführt. Fragen nach diesem Thema werden von japanischen Offizieren zunächst nicht verstanden. Japanische Seeoffiziere von heute werden in der Tradition der kaiserlichen Marine erzogen. Schon als beginnender Berufssoldat lernt der angehende Seeoffizier nach den fünf Regeln zu leben, die in der kaiserlichen Marine galten: „Frage Dich jeden Abend: Warst Du aufrichtig? Schämst Du Dich keiner Deiner Handlungen? Fehlte es Dir an Geisteskraft? Gabst Du Dein Bestes? Hast Du nichts übersehen?"

In Nyutabaru auf Kyushu bereitet sich Japans erste F-15-Staffel darauf vor, in diesem Frühjahr nach einer taktischen Überprüfung die Einsatzrolle zu übernehmen. Das dort stationierte 5. Jagdgeschwader identifiziert regelmäßig sowjetische Flugzeuge, *die an Japans langen Küsten entlangfliegen.* Seit 1980 beobachtet Japan ein sprunghaftes Ansteigen der sowjetischen Flüge von Wladiwostock zum Stützpunkt Cam Ranh (Vietnam), von wo aus Moskau unter dem Blick der 7. US-Flotte Bewegungsfreiheit im Pazifik sucht.

Die japanische Pilotenausbildung ist gründlich. 3000 Stunden Flugerfahrung auf dem „Starfighter" gelten bei älteren Piloten noch als wenig. Auch Japan verspürt gestiegene Treibstoffpreise, aber durch kluge Aufteilung zwischen den Piloten kommen jüngere Flugzeugführer auf 200 Stunden im Jahr und mehr, eine Traumzahl für NATO-Begriffe. Flugzeugführern wird eine Zulage gezahlt.

Überhaupt ist der Unterhalt von Berufsstreitkräften nicht eben billig. 1983 entfielen 44,5 Prozent des Verteidigungsetats auf Personalkosten. Für Neubeschaffungen blieben nur etwa acht Prozent übrig.

Japans Heer sieht sich am stärksten auf Hokkaido im Norden bedroht. Zur Kontrolle der freien Durchfahrt durch die Soya-Straße müßten die Sowjets einen Brückenkopf auf Hokkaido errichten. Die dort stationierte japanische Nordarmee ist am besten ausgerüstet, verfügt über die einzige Panzerdivision. Der japanische Kampfpanzer 74 (Generation Leopard I) ist noch im Zulauf, am Prototyp des Kampfpanzers 88 (Generation Leopard II) wird gearbeitet. Er soll eine 120-Millimeter-Glattrohrkanone erhalten, für die Japan ein eigenes Modell entwickelt hat.

Die inzwischen berühmte deutsche 120-Millimeter-Glattrohrkanone von Rheinmetall soll jedoch gegen das japanische Modell gemessen und danach über die Hauptwaffe des Panzers 88 entschieden werden. Eine japanische Panzerplatte wird zum Beschuß in die Lüneburger Heide geschickt, danach soll sie von der japanischen Kanone beschossen werden. Im Kommen ist die deutsch-britisch-italienische 155-Millimeter-Haubitze, von deren Schießleistungen mit dem Rheinmetallrohr japanische Artilleristen sich Wunderdinge erzählen.

Schon immer war Japans Heer an Entbehrungen gewöhnt, straff geführt und diszipliniert. Im Dschungelkrieg leistete es Ungewöhnliches, japanische Heeresoperationen verrieten vorzügliche Generalstabsvorbereitung.

Ein kurzer Besuch bei der japanischen 8. Infanteriedivision scheint diesen Eindruck zu bestätigen. Die Ausbildung ist an Härte kaum zu übertreffen. Die Offiziere bestechen wie ihre Kameraden in den anderen Teilstreitkräften durch makellose Erscheinung und Umgangsformen. An den deutschen Verteidigungsattaché, Oberst i. G. Boltze, gerichtete Fragen verraten sicheres Fachwissen.

Auffallend ist das Gewicht, das das Heer dem Nahkampf widmet. Das auf das Schnellfeuergewehr aufgepflanzte Seitengewehr ist Standard. Eine Demonstration zweier Unteroffiziere in dieser Verteidigungsart rührt einen japanische Major zu der Feststellung: „Nicht ganz ungefährlich." Aber es passierte nichts.

Japan glaubt, einen massiven Angriff der Sowjetunion nur wenige Tage überstehen zu können. Aber es ist mit den Vereinigten Staaten alliiert. Somit dienen Japans Streitkräfte der Abschreckung, auch wenn dieser Begriff in Japan erst allmählich an Konturen zu gewinnen scheint. Japans Armee macht keine großen Schritte; asiatische Uhren laufen langsamer.

Vor dem Angriff auf Pearl Harbor hatte Japans großer Admiral Yamamoto, der den Krieg mit Amerika gegen seine Überzeugung führen mußte, die Flugzeugträger und Kreuzer der Vereinigten Flotte in der Hitkup Bucht von Kunashiri versammelt, wo nördliche Nebel die Anwesenheit der vielen Schiffe verbergen sollten. Kunashiri ist eine der vier Inseln in den südlichen Kurilen, die im September 1945, einen Monat nach Kriegsende, Japan von der Sowjetunion weggenommen wurden.

Heute verursacht die historische Erinnerung in Japan Alpträume. Was Japan vor 42 Jahren gelang, könnte die Sowjetunion wiederholen. Ihre Pazifikflotte ist auf 1,8 Millionen Tonnen angewachsen, 85 große Kampfschiffe mit zwei Flugzeugträgern der „Minsk"-Klasse gehören zur sowjetischen Pazifikflotte. Japan-See und die See von Ochotsk lägen dann hinter den Sowjets, der Ausbruch in den freien Seeraum, ungehindert durch die Meerengen um Japan, wäre vollzogen. Kein Wunder, daß Japan mit allen Mitteln seiner modernen Technologie die Seestraße von Soya (La Perouse) an der Nordküste Hokkaidos rund um die Uhr im Auge behält, um Indikatoren für nicht erwünschte Entwicklungen zu gewinnen.

Jahre der Entspannungspolitik in Europa haben den Sowjets in japanischem Urteil die Gelegenheit gegeben, den fernen Osten zu militarisieren. Die Verstärkung der Flotte auf insgesamt 820 Schiffe – Moskaus Fernost-Armada ist inzwischen seine stärkste – die Verstärkung der Landstreitkräfte auf 52 Divisionen, die Aufstockung der sowjetischen Luftarmeen in Fernost auf 2100 Kampfflugzeuge – 60 Prozent davon Schwenkflügler der „dritten Generation" – all das ist in Tokio mit Beunruhigung verfolgt worden. Im September 1983 beobachteten die Japaner einen sowjetischen „Backfire"-Bomber, der über See mit einem AS-4 Flugkörper einen Atomangriff auf Japan simulierte.

Die sowjetische Invasion Afghanistans, das Vorgehen sowjetischer Stellvertreter in Laos und Kambodscha und der Ausbau sowjetischer Militärstützpunkte in Cam Ranh und *Da Nang an der Küste Vietnams* haben die Verantwortlichen in Japan zusätzlich sensibel gemacht. Das abgeschieden seinem wirtschaftlichen Wohlstand nachgehende Land begann, sich globalen Sicherheitsüberlegungen aufgeschlossen zu zeigen.

Das stellt eine Revolution dar, die noch in ihrem Anfang steckt. Der junge Abgeordnete Motoo Shiina, der Ministerpräsident Nakasone im Parlament unterstützt, vergleicht Moskaus Vorgehen und dessen Wirkung auf die japanische Öffentlichkeit mit Tai-Kyoku-ken, dem alten chinesischen Kampfsport , der sich in langsamen Bewegungen vollzieht. Shiina: „Daraus kann blitzschnell ein Schlag mit Todesfolge geführt werden."

Dieses Bewußtsein aber fehlt der breiten japanischen Öffentlichkeit. Das Trauma des Zweiten Weltkriegs sitzt tief. Japans großer alter Mann, Premierminister Yoshida, der mit Konrad Adenauer verglichen wird, entwickelte nach dem Krieg die nach ihm benannte Doktrin: Keine Atomwaffen, kleine Selbstverteidigungsstreitkräfte, wirtschaftliche Expansion. Das wird als Argument von allen Gegnern des Ausbaus der japanischen Streitkräfte benutzt, die für sakrosankt halten, was vor mehr als 30 Jahren formuliert wurde.

Japans heutige Streitkräfte entstanden aus einer Sonderpolizeiformation, die nur aufgebaut wurde, weil die US-Besatzungstruppen nach dem Angriff Nordkoreas auf den Süden Japan in hellen Scharen verließen. Im Verständins der japanischen Öffentlichkeit sind die Streitkräfte noch immer eine Art Polizei, obwohl sie mit dieser Rolle nichts mehr gemein haben. Japans Armee ist „klein aber fein", konstatiert Bonns Verteidigungsattaché in Tokio, Oberst i. G., Klaus Boltze. Er kennt sich aus.

Schallmauer bei ein Prozent Ausgaben

Washington drückt auf höhere Verteidigungsausgaben, die in den letzten Jahren um sechs Prozent bis acht Prozent gesteigert wurden, immer aber noch nicht mehr als ein Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Die Bundesrepublik Deutschland gab 1982 4,3 Prozent aus, die USA 7,2 Prozent. Für Japan ist ein Prozent die Schallmauer, die Ministerpräsident Nakasone vorgibt, nicht durchbrechen zu wollen, obwohl er im Wahlkampf anders gesprochen hat. Inzwischen scheinen die sozialistischen Rüstungsgegner ihm die Sorge ungewollt abzunehmen: Sie dringen auf Verbeserung der Gehälter im öffentlichen Dienst, womit automatisch eine Soldaufbesserung der Soldaten und die Durchbrechung der Ein-Prozent-Grenze verbunden wäre. Der Premier läßt seine Gegner für sich arbeiten.

Historisch hat es sich so entwickelt, daß Japan Streitkräfte besaß, noch ehe es für sie ein strategisches Konzept gab, abgesehen von der Selbstverteidigung. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben dazu geführt, daß Versäumtes nachgeholt wird, wobei der Blick zu fernen Horizonten geht: Japans Führungsschicht begreift globale Zusammenhänge, Nakasone unterschrieb in Williamsburg die Erklärung von der Unteilbarkeit der westlichen Sicherheit.

Das Gerüst der japanischen Sicherheitspolitik ist der Sicherheitsvertrag mit Amerika von 1960, der unausgesprochen den nuklearen Schutz garantiert. Japan hat es sich zur Aufgabe gestellt, seine Zufahrten über See zu schützen, seit dem Amtsantritt von Nakasone will es das zu überwachende Gebiet bis zu einer Entfernung von 1000 nautischen Meilen vor Japans Küsten ausdehnen. Das sind 1800 Kilometer, eine große Aufgabe, zu deren Verwirklichung die Kapazität der japanischen Seestreitkräfte heute nicht ausreicht.

Aber Japan kann schon jetzt Kräfte bereitstellen, die Amerika-Pazifik-Flotte entlasten, besonders beim Schutz der sogenannten Sealines of Communication – den Schiffahrtswegen. Den Luftstreitkräften wächst angesichts der gesteigerten Bedrohung neue Bedeutung zu; man kann erwarten, daß Japan Marine und Luftwaffe künftig mehr Aufmerksamkeit widmet.

Die Schwäche der japanischen Verteidigung liegt in der mangelnden Bereitschaft der Bevölkerung, sie zu unterstützen. Nur zögernd und mit Jahren Verspätung folgt sie den Einsichten der politischen Führung – in der Demokratie ein vielfarbiges Wechselspiel. Die oft zu hörende Auffassung des „Manns auf der Straße" lautet: „Wer greift uns schon auf unseren Inseln an?" Man zeigt sich besorgt über amerikanische „Tomahawk" cruise missiles, die auf dem Oberdeck amerikanischer Kriegsschiffe sichtbar sind.

Die Raketen auf den sowjetischen „Delta"-U-Booten in Petrapawlowsk sieht man nicht, ebensowenig die auf Ostasien gerichteten 144 sowjetischen SS-20-Raketen mit 432 Atomsprengköpfen, jeder siebeneinhalb mal so stark wie die Bombe von Hiroshima. Manche Japaner glauben, die Sowjets wollten mit ihnen sowieso nur Yokota bedrohen, das Hauptquartier der 57 000 amerikanischen Militärangehörigen in Japan vor den Toren Tokios.

Die sowjetische Bedrohung ist der Öffentlichkeit nicht unter die Haut gegangen, aber man mag die Sowjets nicht, verachtet sie als rückständig und unfähig, japanische Mentalität zu begreifen. Als Beispiel muß der sowjetische Außenminister Gromyko herhalten, der auf den Kraftspruch Nakasones, er wolle Japan zum unsinkbaren Flugzeugträger ausbauen, mit der Drohung antwortete, viel Schlimmeres als Hiroshima könnte Japan von sowjetischer Hand blühen. Die japanische Öffentlichkeit reagierte geschlossen mit Protest. Unterwerfungsgebärden, wie sie in Europa zur Tagesordnung gehören, fehlten gänzlich. Kommunisten und Sozialisten schwiegen verschämt. Inzwischen ist Nakasone leiser geworden, er war der Öffentlichkeit zu weit vorgeprellt.

Argwöhnische Blicke nach Europa

Aber von dem Kurs, Japan zu einem sicherheitspolitischen Faktor unter den freien Völkern zu machen, läßt er sich nicht abbringen. Ministerpräsident Nakasone gilt als selbstbewußter Mann, der es sich vorgenommen habe, dereinst in Japans Geschichtsbüchern Eingang zu finden, sagen Japaner, die ihn genau kennen. Das Ziel der japanischen Politik im Frühjahr 1984 formuliert Haruo Natsume, Vizeminister im Amt der Selbstverteidigungsstreitkräfte in einem langen Gespräch mit der WELT vorsichtig so: „Wir wollen keine große Militärmacht werden. Aber wir wollen auch nicht die schwächste Stelle in der Sicherheitssolidarität des Westens sein."

Japan weiß, daß es vor allem mehr Schiffe und Flugzeuge braucht, um die Aufgaben zu lösen, die es übernommen hat. Das wird in langsamen und vorsichtigen Schritten erfolgen, denn eine Steigerung der Rüstung müßte von der Öffentlichkeit getragen werden. Überhaupt beginnt man erst langsam, den Begriff Abschrekkung zu definieren und seine Bedeutung für die freie Welt zu begreifen. Dabei blickt Japan argwöhnisch auf europäische Strömungen, ein Genfer Raketen-Arrangement auf Kosten Ostasiens zu treffen. Washington wird das nicht zulassen, europäische Nervosität irritiert jedoch in Tokio.

Atemberaubende Veränderungen in der japanischen Verteidigung sind zum Verdruß mancher amerikanischer Politiker, die das eigene Tempo unglücklicherweise auf Ostasien projizieren, nicht zu erwarten. So vergänglich wie japanische Kirschblüten ist das erwachte Selbstbewußtsein Japans aber nicht. Es wird sich nach Ansicht aller Kenner weiter entwikkeln. Dazu hat Moskau zu sehr nachgeholfen. Ein Blick auf die Abhängigkeit des Industriegiganten Japan von der Außenwelt genügt, das Land den seit 1945 grundlegend veränderten Globus verstehen zu lassen.

Im westlichen Pazifik wirken alle Kräfte der Weltpolitik, mit ihren positiven und negativen Elementen. Sie lassen ihn enger an Amerika und Europa rücken als es in Bonn gelegentlich erscheinen mag. Die Wechselwirkungen zwischen den elektronisch umspannten Erdteilen werden immer unübersehbarer. Amerikas Gegenküste im Pazifik ist das asiatische Festland, eine Erkenntnis von fundamentaler Bedeutung. Manchmal bedrückt das den Militärattaché Boltze, der in Tokio sieht, wie am Rhein die Weltkugel aus der Perspektive des europäischen Mittelabschnitts betrachtet wird.

Japans Nationalgefühl drückt sich in seiner wirtschaftlichen Expansion aus. Die wünscht es abzusichern. Dabei erblickt es in Amerika seinen natürlichen Alliierten, den im Stich zu lassen katastrophale Folgen für seine Wohlfahrt haben müßte. Nippon faßt Tritt mit dem westlichen Sicherheitsdenken.

Ihre einzige Panzerdivision, ausgestattet mit dem Kampfpanzer 74, haben die Japaner auf der Nordinsel Hokkaido stationiert. Hier sieht sich das Heer am stärksten von Moskau bedroht. FOTO: CAMERA PRESS

Entwickelt Moskau neue Atomrakete?

AP, Baltimore

Nach Darstellung der Zeitung „Baltimore Sun" sollen Geheimdiensten Erkenntnisse über die Entwicklung einer neuen Interkontinentalrakete in der Sowjetunion vorliegen. Das Blatt berichtete gestern, ein der amerikanischen Regierung zugegangener Bericht lege dar, daß die neue Waffe in ihrer Größe der schon bestehenden sowjetischen Rakete SS 18 vergleichbar sei. Die SS 18, die zur Zeit größte Waffe in den Raketenarsenalen, kann bis zu zehn Atomsprengköpfe ins Ziel tragen. Bei der neuen Waffe soll es sich jedoch um eine Feststoffrakete handeln, die bisher noch nicht im Flug erprobt worden sei.

Die „Sun" weist in ihrem Bericht darauf hin, daß die Entwicklung einer neuen sowjetischen Rakete gegen den amerikanisch-sowjetischen Vertrag von 1979 über eine Begrenzung der strategischen Rüstung verstößt. Dieser Vertrag ist vom Senat zwar nie ratifiziert worden, doch erklärten sich Washington und Moskau zur Einhaltung der Bestimmungen bereit. Das Abkommen gesteht jeder Seite die Neuentwicklung einer Rakete zu. Aus der Sicht Washingtons würde es sich bei der Rakete, deren Entwicklung jetzt vermutet wird, schon um die dritte Waffe dieser Art handeln, die von der Sowjetunion neu gebaut wird.

Kreml: Hinter der Guerilla

rtr, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko hat die Unterstützung seines Landes für die „Kämpfer gegen den Imperialismus" bekräftigt. Nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass sagte er bei einem Treffen mit dem portugiesischen KP-Chef Cunhal: „Wir werden immer Solidarität mit den Kämpfern gegen Reaktion und Imperialismus zeigen", da ein Abweichen von dieser Linie für Kommunisten ein Bruch mit ihren grundlegenden Prinzipien bedeute. In der sowjetischen Terminologie werden unter „Kämpfern gegen Reaktion und Imperialismus" marxistische Regierungen und Guerilla-Gruppen in der Dritten Welt verstanden.

Clark bekräftigt die US-Garantien für Berlin

Amerikanischer Innenminister traf Diepgen und Apel

F. DIEDERICHS, Berlin

Der amerikanische Innenminister William Clark hat seine Anwesenheit in Berlin anläßlich des 35. Jahrestages der Beendigung der Blockade zu ausführlichen politischen Gesprächen genutzt. Dabei bekräftigte er die amerikanischen Garantien für die Freiheit und Sicherheit Berlins.

In seinem ersten Treffen war der US-Politiker am Samstagvormittag im Rathaus Schöneberg mit Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen zusammengekommen. Bei der knapp einstündigen Unterredung erörterten die beiden Politiker unter anderem Fragen der Industrieansiedlung in Berlin sowie die Situation des Berlin-Flugverkehrs, der in den vergangenen Wochen zunehmend durch Störmanöver sowjetischer Kampfflugzeuge beeinträchtigt worden war.

Einen ebenso aktuellen politischen Bezug fand der Meinungsaustausch durch das Thema des sowjetischen Olympia-Boykotts. Wie Diepgen nach der Unterredung mitteilen ließ, sähen sein amerikanischer Gast wie auch der Berliner Senat durch den Boykott „keine substantiell negativen Folgen für das innerdeutsche Verhältnis".

Am Nachmittag war Clark dann mit dem früheren Bundesverteidigungsminister und jetzigen Berliner SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel zusammengekommen, mit dem er die künftige Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen diskutierte.

Wichtiges Bindeglied

Der SPD-Politiker hat dabei, so verlautete nach der Unterredung, die Rolle Berlins als wichtiges Bindeglied zwischen der Bundesrepublik und den USA herausgestellt. Keiner der beiden Staaten könne seine Verpflichtung in der Stadt ohne den Beitrag des anderen erfüllen.

Apel sei in dem Gespräch mit Clark, so ein SPD-Sprecher, auch auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen und Amerikanern in strategischen und politischen Fragen eingegangen. Dabei sei man zu der Überzeugung gekommen, daß die Grundlagen des Bündnisses und die Verantwortung für Berlin davon nicht berührt worden seien. Eine Politik, die eine Auflösung des Bündnisses anstrebe, sei „gefährlich und falsch", meinte Apel. Nur das Akzeptieren des nach 1945 in Europa entstandenen machtpolitischen „Status quo" mache es möglich, die dringend notwendige Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zum Wohle der Menschen voranzubringen.

Grundsteinlegung

Zu einem weiteren Gespräch hatte Bundespräsident Karl Carstens den amerikanischen Innenminister am Samstag in seinem Berliner Amtssitz Schloß Bellevue empfangen. Die ohnehin nur auf eine halbe Stunde terminierte Unterredung wurde abgekürzt, da der protokollarische Terminplan wenig später im Berliner Tiergarten die symbolische Grundsteinlegung zum Wiederaufbau der Kongreßhalle vorsah.

An der Seite von Eleanor Dulles, der Schwester des früheren amerikanischen Außenministers John Foster Dulles, griff Clark hier zum bereitstehenden Spaten, um vier Jahre nach dem Teileinsturz des Gebäudes den zweiten Grundstein zu legen.

Das nach Worten des US-Politikers „herausragende Symbol der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Berlin" soll nach dem Willen des Berliner Senats bis Mai 1987 in seiner ursprünglichen Form als „schwangere Auster" mit dem weitgespannten muschelförmigen Dach wiederentstehen und für 50 Millionen Mark Heimstatt für kulturelle Aktivitäten werden. Clark wertete den Beschluß zur Neuerrichtung als „Beweis für die Lebenskraft dieser zukunftsorientierten Stadt".

Der Luftbrücke-Piloten, die Berlin in den Blockade-Jahren 1948 und 1949 eine Zukunft gaben, gedachten am Wochenende nicht nur Politiker bei den feierlichen Kranzniederlegungen am Denkmal für die Luftbrücke.

Zur gleichen Zeit erlebten 400 000 Berliner auf dem angrenzenden Militärflughafen Tempelhof einen typisch amerikanischen „Tag der offenen Tür", hinter dessen bunter Volksfest-Stimmung die stete Bereitschaft der Alliierten hervortrat, in Krisenzeiten zu Berlin zu stehen.

Genscher überdenkt Vorschlag für Generalsekretär

hey. Bonn

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher überdenkt nach Informationen der WELT gegenwärtig noch einmal „ernsthaft", wen er dem Parteitag Anfang Juni in Münster als neuen Generalsekretär zur Wahl vorschlagen will. In der FDP-Spitze wurde gestern die Erwartung geäußert, daß Genscher auf den bisher von ihm favorisierten Kandidaten, den früheren Staatssekretär im Düsseldorfer Innenministerium, Karl-Friedrich Brodeßer, verzichtet. Es werde davon ausgegangen, so hieß es weiter, daß der FDP-Chef „nach Abschluß seiner Überlegungen" einen anderen Anwärter für die Nachfolge der Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer, die nicht mehr für das Amt kandidiert, präsentieren wird.

Als aussichtsreichster Kandidat gilt der stellvertretende baden-württembergische FDP-Chef und Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann. Er war bereits im Bundesvorstand genannt worden. Ihm werden „konzeptionelles Denken" und „Sympathieträgerschaft" bescheinigt. Betont wird, daß es auf dem Parteitag nicht darum gehe, einen gewissen Unmut über Genscher mit einem schlechten Wahlergebnis für den Generalsekretär zum Ausdruck zu bringen.

Gericht klärt Beamteneinsatz

AP, Berlin

Beamte können nach einer Entscheidung des Berliner Bundesverwaltungsgerichts auch zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht ihrer tatsächlichen Qualifikation entsprechen. Das Urteil geht auf die Klage eines Postbeamten aus dem mittleren technischen Dienst zurück, der 1980 während eines Streiks der Angestellten zu Briefkastenleerungen eingesetzt worden war. Das Bundesgericht begründete seine Entscheidung damit, daß der Beamte zwar grundsätzlich Anspruch auf Arbeiten in seinem Aufgabenbereich habe, in Ausnahmesituationen aber auch zu anderen Tätigkeiten herangezogen werden könne, wenn eine Störung der Aufgabenerfüllung der öffentlichen Verwaltung zu befürchten sei (Az: BVerwG 2 C 18.82).

CDU warnt: „Ableger der SPD-Baracke"

Bahr wird Direktor des Instituts für Friedensforschung

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der SPD-Abrüstungsexperte und frühere Bundesminister Egon Bahr (62) wird neuer Direktor des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg. Diese Entscheidung hat das zehnköpfige Kuratorium des Instituts am Wochenende mit knapper Mehrheit getroffen. Das Gremium unter Leitung des Staatsrats der Hamburger Wissenschaftsbehörde, Helmut Bilstein (SPD), schlug Bahr formell dem Senat zur Ernennung vor; sie wird noch von dem derzeitigen Wissenschaftssenator Professor Hansjörg Sinn vollzogen werden, der im Zuge der von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vorbereiteten Senatsumbildung vor Beginn der Sommerpause aus der Landesregierung ausscheiden wird.

Mit dem Beschluß, Bahr zum Nachfolger des derzeitigen Institutsdirektors und früheren Bundeswehrgenerals Wolf Graf Baudissin vorzuschlagen, hat eine Mehrheit im Kuratorium dem politisch motivierten Wunsch des Senats und vor allem Dohnanyis Rechnung getragen, Bahr zum künftigen Direktor zu nominieren und sich damit über alle von Baudissin selbst in der Öffentlichkeit und im Landesparlament von CDU und GAL (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) geäußerten Bedenken hinweggesetzt.

Knappe Mehrheit

Die CDU, deren Innenexperte Martin Müller dem Kuratorium angehört, hatte in massiver Form vor der Berufung Bahrs gewarnt, weil damit die parteipolitische Unabhängigkeit des Instituts gefährdet und diese Forschungsstätte zu einem „Ableger der Bonner SPD-Baracke" degradiert werde. Die GAL hingegen hatte den Sozialdemokraten in der Hansestadt vorgeworfen, sie wollten mit dieser Personalentscheidung „eine sozialdemokratische Hegemonie innerhalb der Friedensbewegung" installieren – so der GAL-Abgeordnete Thomas Ebermann.

Mitte April hatte das Kuratorium Bahr nur mit der knappen Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen in den Kreis der Bewerber aufgenommen, wobei Bilstein von seinem doppelten Stimmrecht Gebrauch gemacht hatte. Auf der entscheidenden Sitzung am letzten Sonnabend hingegen sprachen sich von den zehn Mitgliedern des Gremiums vier für Bahr und drei für den bisherigen Stellvertreter Baudissins, Dieter Lutz, aus. Die übrigen drei Mitglieder enthielten sich der Stimme. Bahrs Berufung wurde also möglich, weil sich die Gegner seiner Ernennung nicht auf einen eigenen Kandidaten einigen konnten.

Nicht hauptamtlich

Der SPD-Politiker wird sein neues Amt zum 1. Juli antreten, jedoch nicht auf einer hauptamtlichen Basis, da er seine Tätigkeit in Bonn ungeschmälert fortsetzen will. Er wird daher auch nicht die vollen Bezüge eines Institutsdirektors erhalten, der nach der Besoldungsgruppe B 6 wie ein Senatsdirektor bezahlt wird. Bahrs weitere Forderung, es müsse ihm ein geschäftsführender Institutsdirektor zur Seite gestellt werden, hat die Betreiber seiner Kandidatur jedoch schon in Schwierigkeiten gebracht: Einen solchen Posten gibt es bislang nicht; er müßte also neu geschaffen werden, was allerdings nur duch eine Satzungsänderung und mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Kuratorium möglich wäre. So wird aus diesem Vorhaben wohl nichts werden; der bisherige stellvertretende Institutsdirektor Dieter Lutz wird vermutlich in dieser Funktion bleiben.

Als Folge der von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi auch mit robusten Mitteln durchgesetzten Berufung des prominenten Bonner Genossen zeichnet sich schon ab, daß der bisherige grundsätzliche Konsens unter den Parteien in der Hamburger Bürgerschaft über die Tätigkeit des Instituts künftig wegfallen wird. Der CDU-Abgeordnete Martin Müller, als Oberstleutnant a. D. und früherer Dozent für Politikwissenschaft an der Bundeswehr-Führungsakademie selbst sicherheitspolitischer Experte, wird seinen Sitz im Kuratorium nach der Ernennung Bahrs zur Verfügung stellen: „Das ist meine persönliche Entscheidung. Ich sehe unter einem Institutsdirektor Bahr keine Perspektive mehr für eine sinnvolle und sachbezogene Zusammenarbeit."

Seite 2: Noch nicht richtig

Kritik der Sowjetunion an Lufthansa

dpa, Moskau

Mit Kritik hat die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" gestern auf die am 8. April wirksam gewordene Kündigung des deutsch-sowjetischen Sibirien-Zusatzprotokolls reagiert, das nicht nur die Überflugrechte der Lufthansa nach Japan regelte, sondern auch der staatlichen sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot erlaubte, in der Bundesrepublik Flugscheine und Frachtbriefe auszustellen. „Iswestija" sprach von einer „destruktiven Linie" der Lufthansa, die deutlich von Bonner Versicherungen abweiche, die Zusammenarbeit mit der UdSSR in allen zwischenstaatlichen Bereichen zu erweitern.

Die Kündigung des Zusatzprotokolls aus dem Jahre 1972 durch die Bundesregierung war unter anderem mit der Weigerung der UdSSR begründet worden, der Lufthansa das Recht zu gewähren, auf der Sibirien-Route die veraltete „Boeing 707" durch moderne Großraumflugzeuge zu ersetzen. „Iswestija" weist diesen Vorwurf zurück. Bereits 1981 habe Aeroflot der Lufthansa signalisiert, Großraumflugzeuge einsetzen zu dürfen. Außerdem wirft das Blatt der Lufthansa vor, in der Vergangenheit ständig neue Bedingungen gefordert zu haben, von denen einige für die Sowjetunion aufgrund ihrer Gesetzgebung nicht annehmbar gewesen seien.

Kunze wechselt zu den Grünen

dpa, Berlin

Der frühere Berliner FDP-Landesvorsitzende Kunze, der dem Berliner Abgeordnetenhaus seit seinem Parteiaustritt im Dezember 1983 als parteiloses Mitglied angehört, will sich der Fraktion der Alternativen Liste (AL) anschließen. Der AL-Fraktionsvorsitzende Wachsmuth bestätigte gestern, daß Kunze sein Interesse an der Mitarbeit bekundet habe und die Fraktion dem Wunsch positiv gegenüberstehe. Die endgültige Entscheidung über die Fraktionsaufnahme Kunzes werde der AL-Delegiertenrat am Mittwoch fällen. Wachsmuth erklärte, daß Kunze formal den Status eines „Hospitanten" habe, in der Fraktion aber genauso mitarbeiten könne wie alle anderen Fraktionsmitglieder.

Umweltschutz: Bayern will Kontakte mit „DDR“ ausbauen

Reise von Minister Dick erhält durch bevorstehenden Honecker-Besuch Gewicht

PETER SCHMALZ, München

Die Kontakte zwischen Bayern und der „DDR“, die nach der Vermittlung des Milliardenkredits durch Franz Josef Strauß und dem darauffolgenden Besuch des CSU-Vorsitzenden bei Erich Honecker im Sommer vergangenen Jahres geknüpft wurden, werden weiter ausgebaut. Der bayerische Umweltminister Alfred Dick (CSU) reist heute auf Einladung der „DDR“ zu einem fünftägigen Informationsbesuch nach Ost-Berlin, Dresden und Leipzig.

Dick ist damit der erste westdeutsche Politiker, der von den „DDR“-Behörden umfassend über die dortige Umweltpolitik informiert wird. Bisher hatte sich Ost-Berlin mit Angaben über Art und Ausmaß der Umweltschäden sehr zurückgehalten.

Diskussion in Leipzig

Besonderes Interesse der bayerischen Delegation findet der Besuch in Tharandt, wo die Sektion Forstwissenschaften der Technischen Universität Dresden untergebracht ist. Nachdem Dick als erstem westdeutschen Politiker geschädigte Waldstücke gezeigt werden, erläutern Forstwissenschaftler ihre Arbeiten zur Bekämpfung der Immissionsschäden. Das vor einem Jahrhundert gegründete Institut in Tharandt gilt als Wiege der deutschen Forstwissenschaft.

Hohe Erwartungen werden auch in eine Diskussion mit Kommunalpolitikern des Rates des Bezirks Leipzig und der Stadt Leipzig gesetzt, bei der lokale Umweltschutzmaßnahmen besprochen werden. Auf dem Programm stehen darüber hinaus der Besuch einer stillgelegten Braunkohleanlage, deren Flächen für Erholungszwecke wieder urbar gemacht werden, die Darstellung von abfallarmen Technologien und Umweltschutzmaßnahmen in einem Synthesewerk in Schwarzheide, eine Besichtigung der Labors für Umweltüberwachung im „Zentrum für Umweltgestaltung“ in Wittenberg und ein Einblick in die seit 20 Jahren durchgeführten Forsterhaltungsmaßnahmen in der Dübener Heide bei Halle.

Außerdem soll das nach modernsten Technologien durchgeführte Rauchgasentschwefelungsverfahren im Braunkohlekraftwerk Vockerode erläutert werden. Zum Abschluß ist ein Blick in den Gewässerschutz am Beispiel Ost-Berlins vorgesehen.

Dick wird auf der Reise von seinem „DDR“-Kollegen Hans Reichelt begleitet. Reichelt, auch stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, hatte im Oktober vergangenen Jahres Bayern besucht und dabei das Interesse der „DDR“ am Schutz des Waldes und an einer Verringerung der Luftschadstoffe bekundet. Während seines Bayern-Aufenthaltes wurde in München zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ ein Abkommen geschlossen, durch das zum Schutz des Grenzflusses Röden auf „DDR“-Seite mit finanzieller Unterstützung des Westens ein Klärwerk gebaut wird. Die Unterzeichnung wurde als ein Signal dafür gewertet, daß Ost-Berlin künftig zumindest auf dem Gebiet der Umweltpolitik an einer stärkeren Zusammenarbeit gelegen ist.

Alfred Dick, seit 1977 bayerischer Umweltminister, versucht seit einigen Jahren, im Umweltschutz eine Kooperation mit östlichen Staaten aufzubauen. Ost-Berlin hat Bayern hierbei als Gesprächs- und Verhandlungspartner offensichtlich mit einem gewissen Vertrauensbonus akzeptiert – und nimmt ideologische Sticheleien in den Tischreden des CSU-Politikers ungerührt hin. Aber auch zwischen Moskau und München wurde ein reger Umweltkontakt aufgebaut. Erst in der Woche nach Ostern reiste Dick an der Spitze einer aus 100 Wissenschaftlern, Politikern und Wirtschaftlern bestehenden Delegation aus Bayern nach Moskau und nach Kischinjow zum 2. Symposium über aktuelle Probleme des Umweltschutzes.

Hinweise für Bonn

Der bevorstehende Besuch Honeckers in der Bundesrepublik gibt der jetzigen Reise von Dick zusätzliches Gewicht. Die Bundesregierung erwartet aus der Begegnung des bayerischen Ministers mit „DDR“-Behörden Hinweise, ob und in welchem Umfang Ost-Berlin während Honeckers Aufenthalt in der Bundesrepublik zu Umweltschutzvereinbarungen bereit ist.

Mit Sicherheit wird Dick in der „DDR“ auch das niedersächsische Kohlekraftwerk Buschhaus ansprechen. Er stimmt mit seinem „DDR“-Kollegen Reichelt darin überein, daß eine Inbetriebnahme ohne Entschwefelungsanlage ein Rückschlag für den Umweltschutz wäre. Dick befürchtet, die Kontakte mit der „DDR“ könnten durch das umweltschädliche Kraftwerk dicht an der innerdeutschen Grenze empfindlich gestört werden. Es ist zu erwarten, daß Dick auch von der „DDR“ aus den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht auffordern wird, Buschhaus unverzüglich mit einer Entschwefelungsanlage auszurüsten.

Werbefeldzug für mehr Engagement

Berlin will ehrenamtliche Tätigkeiten in allen sozialen Bereichen verstärken

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Berliner Senat will in diesem Jahr neue Wege gehen, um bei den Berlinern ein verstärktes Engagement in allen sozialen Bereichen zu erreichen. Berlins Sozialsenator Ulf Fink (CDU) kündigte jetzt einen für das Bundesgebiet einmaligen, da staatlich geförderten Werbefeldzug „für mehr Mitmenschlichkeit und mehr Miteinander, zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements“ an.

Zum gleichen Thema soll zudem der Kongreß „Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik“, der am 7. und 8. Juni in Berlin stattfinden wird, noch unentdeckte Spielräume für Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe sowie freie und lokale Initiativen beleuchten. Diskutieren werden auf dieser Veranstaltung neben prominenten Wissenschaftlern Spitzenvertreter der deutschen Wohlfahrtsverbände und Bundespolitiker wie Kurt Biedenkopf und Familienminister Heiner Geißler.

„Mit positiven Vorbildern Impulse zu eigenen Aktivitäten geben“, unter dieser Devise werden laut Ankündigung von Sozialsenator Fink Anzeigen in Berliner Tageszeitungen geschaltet und Faltblätter allen Haushalten zugestellt. Mit Hilfe der Werbung möchten damit die Berliner Sozialpolitiker beispielhafte Initiativen von Gruppen oder Personen vorstellen und zeigen, „wie das eigene Leben auch durch soziale Kontakte und Hilfestellungen bereichert werden kann“, so die Werbeschrift. In ehrenamtlichem Engagement sieht Sozialsenator Ulf Fink dann auch nicht nur ein Opfer, sondern „eine Aufgabe, die Freude macht und Freunde schafft“.

Berliner, die sich von der Kampagne angesprochen fühlen, können in Antworten an den Senat ihre Vorstellung erläutern, in welchen Bereichen sie helfen wollen. In erster Linie werden dies dann die bewährten Sozialstationen der Stadt sein, in denen schon Krankenschwestern und Sozialarbeiter vor allem älteren Bürgern zur Seite stehen. Freiwilliges soziales Engagement, so der Berliner Senat, biete sich daneben vor allem im Rahmen der Nachbarschaftshilfe an, wo der Helfende selbst „größten Nutzen aus der Intensivierung persönlicher Beziehungen“ ziehen könne. Helfende Hände sind dabei nicht auf bestimmte Altersgruppe beschränkt. Gerade Senioren, so Sozialsenator Fink, könnten durch eigene Hilfsaktionen ihre Isolation und Einsamkeit überwinden.

Die beispielhaftesten Initiativen schließlich will der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit einem neu gestifteten Ehrenpreis „Die Hilfsbereitschaft“ auszeichnen. Diese Ehrung soll in Zukunft jedes Jahr neue ehrenamtliche Aktivitäten belohnen.

Moskauer Veto gegen Denkmal für Wallenberg in Budapest

DW. Budapest

Die Sowjetunion hat gegen die Absicht ungarischer Behörden, in Budapest ein Denkmal für den schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg aufzustellen, ihr Veto eingelegt und damit den ungarischen Plan offenkundig verhindert.

Wie die WELT berichtete, war in der Budapester Tageszeitung „Magyar Nemzet“, dem Organ der von den Kommunisten beherrschten „Volksfront“, ein Artikel mit der Aufforderung erschienen, das Denkmal für Wallenberg „als schöne Geste des historischen Gedenkens“ und der Dankbarkeit für den Retter von 100 000 ungarischen Juden wieder im Budapester St.-Stefans-Park aufzustellen. Dort war die Statue 1949 von Unbekannten – manche sagen, es seien sowjetische Soldaten gewesen – weggeschleppt und demoliert worden.

Raoul Wallenberg war im letzten Kriegsjahr Diplomat an der schwedischen Gesandtschaft in Budapest. Unter den Augen des Menschenjägers Eichmann versah er Tausende von Budapester Juden mit schwedischen Papieren und rettete sie damit vor Vernichtung in Auschwitz. Als Wallenberg 1945 von Budapest nach Debrecen fahren wollte, verschwand er auf der Reise spurlos. Es heißt, er sei von den Sowjets verhaftet und in das Lubjanka-Gefängnis gesteckt worden. Obwohl er von Zeugen noch Anfang der siebziger Jahre in sowjetischer Haft gesehen worden sein soll, ist sein Schicksal nie aufgeklärt worden.

Zu den mysteriösen Begleitumständen seines Falles gehört auch, daß eine stark veränderte Kopie des ursprünglichen Wallenberg-Denkmals – allerdings ohne Hinweis auf Wallenberg und auf die von ihm geretteten Juden – als „antifaschistisches Monument“ in Debrecen steht. Dort dürfte es auch auf absehbare Zeit stehen bleiben; denn die Sowjets haben den Ungarn über Parteikanäle, also auf dem Weg zwischen dem Apparat der sowjetischen KP und der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei, klar zu verstehen gegeben, daß sie kein Denkmal dieser Art in Budapest wünschen.

Raoul Wallenberg gilt als eine der faszinierendsten und mutigsten Gestalten, die während des Zweiten Weltkrieges von sich reden machten. Er entstammt einer begüterten schwedischen Bankiers- und Industriellenfamilie in Stockholm. Als 32jähriger wurde er von seinem jüdischen Geschäftspartner auf den Juden-Vernichtungsapparat der SS aufmerksam gemacht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Geben in der Sowjetunion die Militärs den Ton wieder an?

Marschall Kulikow weist auf Grenzen zum Westen hin / Spekulationen um Tschernenko

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Oberkommandierende des Warschauer Pakts, Sowjetmarschall Viktor Kulikow, hat den 39. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg dazu benutzt, um mit ungewöhnlicher Schärfe Amerika anzugreifen und gleichzeitig einige „Pflöcke“ einzuschlagen, die für das Denken und Handeln der sowjetischen Militärführung charakteristisch sein dürften.

Zunächst hat Marschall Kulikow als erster hochrangiger sowjetischer Funktionär zugegeben, daß Moskau auch im Weltall militärisch aufrüstet. Bisher hatten die Sowjets immer die Amerikaner beschuldigt, militärische Aktionen im Weltall zu unternehmen. Ihre eigenen Moskauer Schritte im Kosmos hatten sie stets als „friedlich“, „friedliebend“ und ausschließlich „wissenschaftlich“ verharmlost. Jetzt erklärt der sowjetische Marschall in der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija“, die sowjetischen Streitkräfte seien ihrerseits in der Lage, „militärische Operationen“ und operativ-strategische Aufgaben wieder „in beliebigen Räumen und in beliebigem Ausmaß“ durchzuführen.

Der „Iswestija“-Artikel Kulikows verrät deutlich, daß die hohen sowjetischen Militärs der Meinung sind, man müsse den Amerikanern, besonders Präsident Reagan, in der schärfsten Form entgegentreten und dürfe ihnen keinerlei Konzessionen machen. Der Artikel Kulikows ist auch deshalb besonders interessant, weil hier ein Nur-Militär den rein militärischen Bereich verläßt, um sich zu Themen vorzuwagen, die nach der bisherigen Auffassung eher dem Parteichef, den Mitgliedern des Politbüros oder dem Außenminister vorbehalten waren. So betont Kulikow nicht nur den Weltmacht- und Weltall-Anspruch des Kreml, zugleich gibt er auch zu erkennen, wo die Sowjetunion – oder genauer gesagt: ihre militärische Führung – heute die Schwachstelle des eigenen Imperiums lokalisiert. „Die Nachkriegsordnung Europas“, so formuliert der Marschall, „bleibt endgültig und unumstößlich. Das ist die feste Position unseres Staates.“ Damit spricht Kulikow das Problem der Teilung von Jalta an und gibt zu verstehen, daß er und seine Kameraden keinerlei Veränderung und Verwässerung, auch keinerlei Durchlöcherung und Milderung der Teilungsgrenze zwischen Ost und West wünschen. Kulikow hat somit eine eminent politische These gewissermaßen an die Berliner Mauer genagelt – und es ist anzunehmen, daß alle jene osteuropäischen Politiker, die in den vergangenen Monaten eine besonders eifrige Westpolitik betrieben haben (etwa Erich Honecker) diesen Satz mit besonderer Aufmerksamkeit lesen werden.

Ungewißheiten über den Gesundheitszustand: Konstantin Tschernenko FOTO: AP

Die Warnungen des Marschalls richten sich nicht an den Westen. Sie gelten auch den eigenen Verbündeten, denen die Illusion genommen werden soll, sie könnten sich gewissermaßen im Windschatten des Konflikts der Supermächte ein gemütliches Plätzchen als Vermittler aussuchen. Die Ankündigung, daß die Sowjetunion den Amerikanern im Weltall militärisch begegnen wolle, bedeutet nicht zuletzt eine weitere astronomische Steigerung der Rüstungslasten – und damit die sichere Aussicht, daß auch kleine Verbündete und Vasallen Moskaus so oder anders zur Kasse gebeten werden.

Der Auftritt Kulikows fügt sich somit nahtlos in das Bild der allgemeinen Verschärfung des Ost-West-Klimas ein, wie sie in den letzten Tagen – vom Moskauer Boykott der Olympischen Spiele in Los Angeles, über die Absage der China-Reise des stellvertretenen Außenministers Archipow bis zur sowjetischen Großoffensive in Afghanistan – sichtbar wurde. Ebenso hört man von Drohungen Moskaus an die Adresse westlicher Gesprächspartner, man wolle seinen Westhandel weitgehend einschränken und sich (wie seinerzeit Mao oder Stalin) „auf die eigenen Kräfte“ verlassen.

Was bei einer Politik der Autarkie herauskommt, ist den Männern im Kreml nur allzu bekannt. Fast alle Gebrechen, unter denen die sowjetischen und osteuropäischen Volkswirtschaften heute leiden – bis hin zur Rückständigkeit in Elektronik und Technologie – gehen auf frühere verhängnisvolle Autarkie-Entscheidungen Stalins zurück. Die Sowjetunion hat nicht die geringste Aussicht, jemals den westlichen Standard auf diesem Gebiet zu erreichen.

Es ist interessant, daß die Radikalisierung der sowjetischen Positionen wenige Monate nach dem Tode Andropows erfolgt. Sicher war der Nachfolger Breschnews und Vorgänger Tschernenkos kein „Liberaler“, sicher hat auch er den Expansionskurs des Sowjetregimes vertreten. Aber offenkundig war er in weltpolitischen Fragen weitaus subtiler als die jetzt herrschende Gruppierung. Das hat ihn dazu geführt, zunächst eine Art innere Reform anzustreben, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, weil er sich der lawinenartig anwachsenden Probleme des Imperiums bewußt war. Seine Nachfolger, für die Konstantin Tschernenko möglicherweise nur eine Repräsentationsfigur ist, wollen die inneren Probleme durch äußere Aktivität und Aggressivität überspielen.

Sollen damit aber nicht zugleich schwere innenpolitische Auseinandersetzungen im Kreml kaschiert werden? Auffallend ist, daß die sowjetische Politik in der Ära Tschernenko nicht aus einem Guß besteht. Politische Beobachter haben den Eindruck, daß sich in Moskau gegensätzliche Positionen gegenseitig blockieren.

Die Erfahrung vergangener Machtkämpfe und Übergangssituationen im Kreml lehrt, daß in innenpolitisch unsicheren und unklaren Zeiten stets eine allgemeine Verhärtung Moskauer Positionen festzustellen ist. Das ist aber die Folge einer gegenseitigen Lähmung politischer Kräfte. Um diesen Zustand gegenüber der Außenwelt zu tarnen, wird ein Dunstschleier vorgezogen. Wenn man den spanischen Diplomaten und Politikern glauben darf, die König Juan Carlos in den Kreml begleiteten, soll Parteichef Tschernenko sich in einem sehr schlechten Gesundheitszustand befinden. Wenn der Generalsekretär nicht mehr voll verhandlungsfähig ist, wer handelt dann an seiner Stelle? Offenbar führt diese Konstellation zu einem immer stärker werdenden Einfluß der Militärs – eine neue Situation, die zu einem Überdenken der bisher im Westen verbreitenen Formel führen sollte, wonach Soldaten in kommunistischen Regimen nichts zu sagen haben.

Athen wird immer mehr zum Außenseiter

Papandreous heftiger Ruck nach links / Lob für Moskau

E. ANTONAROS, Athen

Eine radikal linksorientierte Haltung des Parteivolks bestimmte weitgehend den Charakter des viertägigen Kongresses der regierenden griechischen Pasok-Partei, der am Sonntag mit der Wahl eines neuen Zentralkomitees und der Bestätigung Andreas Papandreous im Spitzenamt der Partei zu Ende ging: Frenetisch wurden die Delegationen aus Nicaragua und Salvador, der PLO-Chef Yassir Arafat und die chilenische Präsidentenwitwe Ortensia Allende umjubelt. Kühl empfangen wurden hingegen die Vertreter der westeuropäischen Bruderparteien. Ein spanischer Sozialist wurde sogar ausgepfiffen, als er über den geplanten Beitritt Spaniens in die EG referierte.

An linker Gesinnung wollte Papandreou seinen Parteigenossen nicht nachstehen: Während einer Marathonrede, die nach Ostblock-Muster dreieinhalb Stunden dauerte, rechnete er mit dem „kapitalistischen Amerika“ ab, bezeichnete den Austritt aus der NATO und die Schließung der US-Basen als „strategische Ziele“ seiner Partei, verteufelte er die Europäische Gemeinschaft, beschimpfte er seine bürgerlichen Gegner auf unflätigste Art und Weise, distanzierte er sich pauschal von allen westlichen sozialistischen Parteien, ließ er erkennen, daß er an einer Aufnahme in die Sozialistische Internationale nicht interessiert ist, und predigte wieder über seinen „dritten Weg“.

Freilich: Solche Töne sind aus Papandreous Munde nichts Ungewöhnliches. Aber diesmal hat der Athener Spitzensozialist sich selbst überboten: Während er die Vereinigten Staaten als eine „imperialistische Großmacht“ abkanzelte, bescheinigte er der Sowjetunion einen „echten Entspannungswillen“. In Papandreous Augen ist die UdSSR „keine imperialistische Macht“. Wegen der amerikanischen Haltung würden die Russen lediglich „gezwungen“, eine hegemoniale Politik zu betreiben, um ihre Einflußsphäre zu erhalten. Papandreou: „Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sich die Sowjetunion darum bemüht, die Verbreitung des Imperialismus und des Kapitalismus zu bremsen.“

Es ist daher nicht verwunderlich, daß Papandreous wohlwollende Worte für Moskau den Lob der Sowjets ernteten: Wladimir Dolgin, Kandidat für das sowjetische Politbüro und ZK-Sekretär, bescheinigte Papandreou, „während seiner Regierungszeit angesichts der komplizierten Lage, in der sich Griechenland befindet, nicht wenig erreicht zu haben“. Auch diese Lobpreisungen wurden vom Parteivolk mit rauschendem Beifall belohnt.

Papandreous erneuter, aber diesmal besonders deutlicher Linksruck läßt sich teilweise dadurch erklären, daß die Athener Sozialisten den Verlust von Wählerstimmen an die Kommunisten in den bevorstehenden Europa-Wahlen verhindern wollen. Deswegen hat sich Papandreou auch gegenüber der KP, etwa in der Zypern-Frage und in den Beziehungen zur Türkei, deutlich abgegrenzt. Ebenfalls wollte er der erwarteten linken Kritik auf dem Parteitag vorgreifen und zeigen, daß er auch im außen- und verteidigungspolitischen Bereich konsequent ist.

Dennoch wäre es eilfertig, Papandreous linkslastige Äußerungen als wahltaktisches Feuerwerk abzutun. Es trifft zu, daß – wie Papandreou vor den Delegierten sagte – Griechenlands Mitwirkung im militärischen Teil der NATO „praktisch nicht existent“ ist. Und den bisher letzten Beweis dafür, daß sich Griechenland unter Papandreou kaum mehr als Bestandteil des westlichen Verteidigungsbündnisses sieht, lieferte der Spitzensozialist ebenfalls höchstpersönlich: Am Samstag abend berichtete er den Parteigenossen, daß Athen unter Ausnutzung des Prinzips der Einstimmigkeit bei der NATO die Ausrüstung der türkischen Marine mit „Harpoon“-Raketen vereitelt habe. (SAD)

Als 1876 Tausende von Menschen
das Morsen lernten, wußten sie nicht, daß kurze Zeit
später das Telefon erfunden würde.

„Frankreichs Sozialismus ist diskreditiert“

WELT-Gespräch mit dem politischen Aufsteiger Alain Jupé / „Sie haben den Kampf um die Ideologie verloren“

Von A. GRAF KAGENECK

Unter den vielen jungen Talenten, die sich in der französischen Politik profilieren und zum Sprung auf künftige Machtpositionen ansetzen, sticht Alain Jupé durch sein Charisma, seinen Intellekt und seine Karriere hervor. Der 38jährige ehemalige Ena-Schüler und Finanzinspektor ist Abgeordneter der Chirac-Partei RPR für das 18. Pariser Arrondissement und enger Vertrauter des Parteichefs Chirac, der ihn vor einem Jahr zu seinem „Finanzminister“ im Pariser Stadtrat machte. Seitdem handhabt er in einem geräumigen Büro im neo-klassizistischen Hotel de Ville gekonnt den Milliarden-Haushalt der französischen Hauptstadt.

Alain Jupé bereitet die große „releve“ vor, die Ablösung des Sozialismus in Frankreich, die bei den Parlamentswahlen 1986 ins Haus stehen könnte. Als Generalsekretär des „Club 89“, einer Vordenker-Gruppe junger Gaullisten hinter Jacques Chirac, betreibt er seit vier Jahren die Veröffentlichung von Broschüren mit Leitlinien für eine „andere“ Politik. Der schlacksige große Junge mit dem gewinnend offenen Gesicht meint lapidar: „Nach drei Jahren ist der Sozialismus in Frankreich diskreditiert. Man kann ihn abhaken. Er hat uns schwersten Schaden zugefügt. Wir werden noch Jahre daran zu zahlen haben.“

Der Finanz-Fachmann zählt auf. Die Haushaltsdefizite werden jährlich bis 1986 noch um 15 Prozent wachsen. Die von Mitterrand versprochene Begrenzung dieser Defizite auf 3 Prozent des Brutto-Sozialprodukts ist schon 1983 überschritten worden. Die Abschöpfung der Einkommen durch den Fiskus hat die 50-Prozent-Grenze erreicht, die der Sozialabgaben der Betriebe geht bereits darüber hinaus. Unter diesen Umständen den sozialistischen Wirtschaftsminister Delors mit Reagan zu vergleichen, meint Jupé, grenze ans Lächerliche. Frankreichs konjunkturelle Entwicklung zeige nicht, wie in den USA, nach oben, sondern nach unten.

Alain Jupé spricht von der Ernüchterung der Franzosen. Jahrelang hätten sie unter dem bürgerlichen Regime vom Sozialismus geträumt, der mit einer Art Zauberstab alles besser machen werde. Sie hätten auf mehr Freiheit, mehr persönliche Entfaltung, mehr persönliche und soziale Sicherheit gehofft. Statt dessen seien die traditionellen Freiheiten der Franzosen von den Sozialisten beschnitten worden, vor allem in der Presse, in der Schule. Die Sozialisten hätten nicht nur den Kampf um die Wirtschaft und um die Freiheiten, sondern auch um die Ideologie verloren. Jupé: „Das ist vielleicht ihre schwerste Niederlage.“

Aufgabe der Opposition müsse es sein, die Enttäuschung der Wähler in neue Hoffnung umzusetzen. „Wir können jetzt verwirklichen, was damals, vor 1981, nicht möglich war, weil die Zeit dafür nicht reif war.“ Schon vor 1981 habe es Versuche gegeben, soziale Reformen unter dem Etikett des Liberalismus durchzusetzen. „Giscards Bemühen scheiterte am Widerstand der Rechten und am Mißtrauen der linken Wähler. Die Opposition hat die Chance, jetzt Dinge durchzusetzen, die weder der Sozialismus noch der Liberalismus, beide zu exzessiv, verwirklichen konnten.“

Alain Jupé

Was der Mensch brauche, sei Freiheit von staatlicher Gängelei. Er habe es satt, in allem und jedem von Funktionären dirigiert zu werden. Staat dürfe es nur noch da geben, wo er unersetzlich ist, in der monetären und fiskalischen Politik, alles andere, die Wirtschaft, das Soziale, die Unternehmen, den Profit, die Investitionen, müsse man den Individuen überlassen. „Wir werden die Verstaatlichung der Industrie weitgehend, die der Banken ganz rückgängig machen“, bekräftigt Jupé einer der Hauptforderungen seiner Partei. Jupé unterschätzt nicht die Gefahr, daß Mitterrand die ihm verbleibende Zeit zu einer „Re-Centrage“ seiner Politik nutzen könnte, zu einer Orientierung zur Mitte, also nach rechts. Aber seine Partei werde ihm dabei nicht folgen, er verliere dann seine Basis. Gewiß werde er versuchen, nach einer Niederlage der Linken in den Parlamentswahlen von 1986 im Amt zu bleiben und mit einem gemäßigten Premierminister zu regieren. Für diesen Fall müsse die Opposition ihre politischen Ziele klar und hart festlegen und keinen Kompromiß dulden, nötigenfalls den Präsidenten zum Rücktritt zwingen. Als Nummer 6 auf der Liste der Opposition für die Europawahlen greift Alain Jupé aktiv in den Wahlkampf ein. Er bestreitet den allgemeinen Eindruck, daß die Franzosen sich nicht für Europa interessieren, und will ganz andere Erfahrungen im Wahlkampf in seinem 18. Bezirk am Montmartre gemacht haben: „Zwei Erkenntnisse sind heute Allgemeingut der Franzosen“, sagt er, „die wirtschaftliche und soziale Solidarität der Europäer, ohne die jeder für sich zu Grunde gehen müßte, und die Notwendigkeit für Europa, sich um seine eigene Sicherheit und Verteidigung zu kümmern, ohne dabei auf die USA zu verzichten. Ich sage daher eine hohe Wahlbeteiligung für den 17. Juni voraus.“

UNO bestätigt Zypernbeschluß

DW. New York

Der Weltsicherheitsrat hat am Wochenende erneut den einseitig ausgerufenen türkischen Separatstaat auf Zypern für illegal erklärt. Mit 13 Stimmen gegen eine wurde außerdem der Austausch von Botschaftern zwischen der „Türkischen Republik Nord-Zypern“ und der Türkei verurteilt. Während sich die USA der Stimme enthielten, votierte nur Pakistan gegen die Resolution. Der Rat hatte die Sezession bereits im letzten November verurteilt, kurz nachdem die türkischen Zyprer ihre Unabhängigkeit proklamiert hatten. Die jüngste Stellungnahme des Sicherheitsrates erneuert das Mandat für den UNO-Generalsekretär, nach einer Lösung der Zypernfrage zu suchen.

Mitterrands Ansehen gesunken

dpa, Paris

Genau drei Jahre nach seiner Wahl zum französischen Staatspräsidenten ist das Ansehen von François Mitterrand bei den Franzosen auf einen Tiefstand gesunken. Die monatliche Meinungsumfrage unter 1910 Franzosen im Auftrag der Pariser Sonntagszeitung „Journal du Dimanche“ ergab für den Mai, daß nur noch 34 Prozent der wahlberechtigten Franzosen mit Mitterrand zufrieden sind. 54 Prozent äußerten dagegen Unzufriedenheit.

Das Blatt wies gestern darauf hin, daß im ersten Jahr nach Mitterrands Wahl am 10. Mai 1981 durchschnittlich 50 Prozent mit seiner Politik einverstanden waren. Im zweiten Jahr waren es dann nur noch 42 Prozent.

China fordert Korea-Gespräche

dpa, Peking

Der chinesische KP-Chef Hu Yaobang hat die Vereinigten Staaten aufgerufen, an den von Peking befürworteten Dreiergesprächen über die Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea und über einen amerikanischen Truppenrückzug von der koreanischen Halbinsel teilzunehmen. Hu, der nach einwöchigem Aufenthalt in Nordkorea wieder in Peking eintraf, erklärte, er habe „eine Botschaft“ seiner Gastgeber an die Regierung in Washington übermittelt. Nordkorea halte an seinem Vorschlag zu Gesprächen zwischen Seoul, Pjöngjang und Washington über den US-Truppenabzug unvermindert fest, erklärte Hu. Südkorea will nur direkt mit dem Norden verhandeln.

Khadhafi-Gegner exekutiert

rtr, Beirut

Libysche Sicherheitskräfte haben den Anführer der Guerilla-Gruppe erschossen, die am vergangenen Dienstag ein Gebäude in Tripolis nahe dem Wohnsitz des Revolutionsführers Khadhafi besetzt hatte, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Jana. Den Namen des Getöteten gab die Agentur mit Wajdi Asch-Schweihdi an, auf seine Nationalität gab sie keine Hinweise. Er sei auf der Flucht vor Sicherheitskräften, die sein Versteck ausfindig gemacht hätten, getötet worden. Weiter hieß es, die Rebellen gehörten der fundamentalistischen Moslembrüderschaft an und seien in Sudan, in Großbritannien und den Vereinigten Staaten ausgebildet worden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Parteispenden und Amnestie

„Steuersünder sollen ohne Strafe bleiben“: WELT vom 4. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Formularen für Einkommensteuer-Erklärung 1982 (1983 liegt bei mir noch nicht vor) Form ESt/Lst 1 A Sept 82(3) Seite 3 Zeilen 82 und 84 ist vorgesehen: Spenden und Beiträge an ... politische Parteien.

Frage: Haben sich die Spender durch Ausfüllen der Sparte 20 („Bitte nur volle DM-Beträge einsetzen“) nun wegen des Versuchs einer Steuerhinterziehung strafbar gemacht?

Mit freundlichen Grüßen
W. Rohde,
Hamburg 52

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit dem geplanten Amnestiegesetz für rückliegende Steuer-Straftatbestände (die Staatsanwaltschaften ermitteln seit Jahren in rund 2000 Fällen; wieviel Verwaltungs- und Gerichtskosten mögen inzwischen entstanden sein?) wird neben sonstigen „Begründungen“ auch die Berufsgruppe der Betriebsprüfer als Alibi herangezogen, weil die dort tätigen Betriebsprüfer diesem Treiben „zugeschaut“ hätten.

Solche Verlautbarungen bewegen sich ziemlich dicht an der Grenze zum „Haltet den Dieb!“ Heißt es doch, die völlig naiven Täter hätten nur Wege beschritten, die ... „in jahrzehntelanger Praxis unbeanstandet geblieben seien“ und/oder (so Herbert Kremp) ... „die von den Betriebsprüfern lange Zeit nicht beanstandet, jedenfalls toleriert wurden“.

Über die Arbeit der Angehörigen dieser Berufsgruppe bestehen in der Öffentlichkeit ohnehin etwas verschwommene Vorstellungen. Aufgrund des akuten Anlasses ist eine gewisse Klarstellung notwendig. Betriebsprüfer haben nicht die Aufgabe „Steuern einzutreiben“, sie haben vielmehr den Auftrag zu prüfen, ob die nach den Steuergesetzen „richtigen“ Steuern geleistet worden sind. Wenn entgegen dem Gesetz zu wenig Steuer gezahlt wurde, dann ist diese Differenz nachzuzahlen. Das ist weder Strafe noch Buße! Wenn zu viel Steuer gezahlt wurde, wird sie dem Betreffenden wieder erstattet. Letzteres geschieht häufiger, als im allgemeinen vermutet wird.

Betriebsprüfer haben kein Recht für eine Ermessensentscheidung; sie sind an Recht, an Gesetze und – allerdings – an Weisungen gebunden. Wenn Tatbestände festgestellt wurden, wie sie hier zur Zeit in Rede stehen, dann sind sie zu bewerten und entsprechend ergangener Weisungen zu beurteilen, und zwar auch dann, wenn sie – wie Herbert Kremp schreibt – auf etwas „verschlungenen“ Wegen vor sich gingen. Die Bewertung (ob Recht oder nicht, ob mit den Steuergesetzen vereinbar oder nicht) erfolgt dann aufgrund von Gesetzen, der Finanzrechtsprechung und/oder „Weisungen bzw. Richtlinien“. Und diese diesbezüglichen Weisungen etc. ergingen stets „von ganz oben“, gleichgültig, welche Couleur gerade „das Sagen“ hatte. Es ist also Unfug, sich jetzt auf die Beurteilungen von den Angehörigen einer bestimmten Berufsgruppe zu berufen.

Mit freundlichem Gruß
E. Neufert,
Lüneburg

*

Sehr geehrte Redaktion,

Dank für die sachkundige und nüchterne Stellungnahme Ihres Kommentars zur Frage der Parteispenden-Amnestie! Wie aus andernorts derzeit genußreich veröffentlichten Meinungen ersichtlich, erfüllen unsere braven deutschen Polit-Sittenrichter wieder einmal ein emotionsgeladenes Übersoll an Moralpredigerei, an der sich die SPD, obgleich mitbetroffen und mitbegünstigt, lautstark beteiligt.

Gelassener betrachtet, ist die beabsichtigte Amnestie zwar keine ethische Glanzleistung der Demokratie, aber doch ein vernünftiger und pragmatisch notwendiger Schlußstrich unter eine für alle unerfreuliche Angelegenheit, die uns sonst womöglich noch jahrelang mit überflüssigen Prozeßorgien und ebenso überflüssigem Parteiengezänk belästigen würde.

Hochachtungsvoll
Dr. Paul-H. Appel,
München 90

*

Mag es für die Regierung auch gute Gründe geben, einen Schlußstrich zu ziehen und die steuerrechtlichen Verstöße zu „entkriminalisieren“, so verstoßen Steuervergehen doch gegen bestehende Gesetze. Jahrzehntelange Versäumnisse des Gesetzgebers darf kein Entschuldigungsgrund für die am Rande der Legalität sich bewegende Spendenpraxis sein. Die Klarheit über die Frage der Abzugsfähigkeit hätte der Gesetzgeber schon vor Jahren schaffen können, sie wurde jedoch versäumt.

Vor dem Gesetz sind alle gleich. „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht.“ Ich kann mich des Zweifels nicht erwehren, daß vor allem die „noblen Spender“ unwissend und ohne „Unrechtbewußtsein“ gehandelt haben sollen. Die vielen Bürger aus Handwerk und Mittelstand, die aus demokratischer Verantwortung heraus die Parteien unterstützen, werden deswegen kaum „kriminalisiert“.

Daß das Gesetz zur Einkommens- und Körperschaftssteuer geändert werden muß, steht außer Frage. Eine rückwirkende Strafbefreiung ist jedoch auszuschließen. Oder versucht man unter dem Deckmantel der Nächstenliebe, die eigentlichen Sünder straffrei ausgehen zu lassen?

Mit freundlichem Gruß
D. Mai,
Rendsburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht das geplante Amnestiegesetz, sondern die Zetermordio schreiende Opposition verdreht das Recht. Wenn die Parteien steuerbegünstigte Spenden an ihre gemeinnützigen Stiftungen weitergeleitet haben, an die Parteikassen, so tragen nicht die Spender die Verantwortung, sondern die Parteien.

I. Schumann,
Berlin 37

Wort des Tages

„Stets achtete ich die Gelassenheit für eines der höchsten Güter, welche der Mensch auf dieser Erde erringen kann; aber die Gelassenheit unter allen Umständen, die Gelassenheit jedem Wesen und Dinge gegenüber, die Gelassenheit in jeder Lage, sei sie bequem oder unbequem, drohend oder lächelnd, gut oder böse.“

Wilhelm Raabe; dt. Autor (1831–1910)

**TASK FREDUSR 2
**DECK 7, OUTPUT 16
**TIME 100, OUTLIM 9
BANNER DATE CLM
(%2/? (WC-I),\#7OP
LIST←TASK/SUPR : USR
$ ERROR\ABORT\WARN
??SYNTAX ERROR/
**TASK FREDUSR 2
**DECK 7, OUTPUT 160

Sollten Sie heute noch eine Computersprache lernen,
machen Sie denselben Fehler.
Apple hat soeben den Macintosh erfunden.

Versuchen Sie nicht, eine Maschine zu werden. 

Leuchtende Tage, nicht weinen, daß sie vorüber lächeln, daß sie gewesen.

Mein innigst geliebter Mann, unser verehrter, lieber Vater, Großvater und Schwager

Carl Gisbert Siebel

geboren am 5. 9. 1903

hat uns am 9. Mai 1984 für immer verlassen.

Jutta Siebel geb. von Zeschau
Carl Alexander Siebel
Carla-Margarethe Siebel geb. Schiemann
Alexander und Andreas Siebel
Professor Dr. Walter Siebel
Dr. Christa Siebel geb. Rebell
Barbara von Zeschau
Hans-Heinrich von Zeschau
Christa von Zeschau geb. von Doetinchem

4000 Düsseldorf 30, Petersenstraße 8

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 16. Mai 1984, um 11.30 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Statt eventuell beabsichtigter Blumen bitten wir um eine Überweisung an „Brot für die Welt", Kto.-Nr. 5 555-431, Postscheckamt Essen.

Am 9. Mai 1984 verstarb unerwartet unser Firmengründer, Herr

Carl Gisbert Siebel

im Alter von 80 Jahren durch einen tragischen Verkehrsunfall.

Sein Tod erfüllt uns mit großer Trauer. Herr Siebel leitete das Unternehmen mit ausgezeichneten fachlichen Kenntnissen seit der Gründung im Jahre 1961 bis 1968.

Der Verstorbene hat sich bis zuletzt unserem Hause eng verbunden gefühlt und die Entwicklung mit großem Interesse verfolgt.

Wir werden unserem früheren Chef ein ehrendes Andenken bewahren.

PERFECT – VALOIS – VENTIL – GMBH, Dortmund

Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an „Brot für die Welt", Postscheckamt Essen, Kto.-Nr. 55 55-4 31

Herr, Dein Wille geschehe!

Hans-Gerd Mebus

* 30. März 1920 † 9. Mai 1984

Die Geborgenheit in seiner Liebe, sein Vorbild und seine Kraft werden in uns lebendig bleiben.

In unendlicher, dankbarer Liebe

Jutta und Gabriella Mebus
im Namen aller Angehörigen

Tostedter Weg 13
2110 Buchholz i. d. Nordheide

Die Trauerfeier findet statt am Mittwoch, dem 16. Mai 1984, um 11.00 Uhr in der Friedhofskapelle Seppensen.

Am 9. Mai 1984 verstarb Herr

Hans-Gerd Mebus

Alleininhaber unseres Unternehmens,

nach kurzer, mit großer Geduld und Tapferkeit ertragener Krankheit im Alter von 64 Jahren.

Für uns, die wir heute dem Unabänderlichem gegenüberstehen, ist sein unerwarteter Tod unfaßbar. Wir alle, seine Mitarbeiter in seinem Unternehmen, seine Familie und seine Freunde sind heute um sehr vieles ärmer geworden.

Seine Ruhe, sein sicheres Urteil, seine Gelassenheit, seine Aufrichtigkeit und seine außergewöhnliche Grundeinstellung Menschen gegenüber waren stets verbunden mit leidenschaftlichem Engagement in der Sache und für sein Unternehmen.

Sein Wissen, seine Fairneß und sein Können haben ihm die Achtung seiner Freunde, Mitarbeiter und Geschäftspartner eingebracht, seine menschlichen Qualitäten haben ihm die Herzen seiner Mitmenschen aufgeschlossen.

Wir trauern um einen außergewöhnlichen Menschen, dem wir großen Dank schulden für seine persönliche Leistung und für das, was seine liebenswerte Persönlichkeit uns bedeutet hat.

Wir werden sein Bild mit der Heiterkeit bewahren, die er sich ganz sicher von uns gewünscht hätte und sein Lebenswerk in seinem Sinne mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften weiterführen.

Dieter Henning
als Geschäftsführer
und die Mitarbeiter der Firma
RÄDER-VOGEL

2000 Hamburg 1
Amsinckstr. 45

Die Trauerfeier findet statt am Mittwoch, dem 16. Mai 1984, um 11 Uhr in der Friedhofskapelle Seppensen.

Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir abzusehen.

Am 8. Mai 1984 verstarb

Dr. Wiltrud Rehlen, MPA

im Alter von 53 Jahren.

Seit Inkrafttreten des neuen Staatsvertrages gehörte sie dem Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks und seinem Programmausschuß an. Ferner war sie Vorsitzende der Sprachkommission.

Mit großem Engagement hat sie sich in diesen Gremien für die Belange des Norddeutschen Rundfunks und seiner Zuschauer und Hörer eingesetzt.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

Intendant Friedrich Wilhelm Räuker — **Rundfunkrat** Hans Hansen — **Verwaltungsrat** Rolf Hollmann

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 17. Mai 1984, um 12 Uhr auf dem ev. Friedhof Rahlstedt (Hamburg 73, Am Friedhof 11) statt.

Personalien

PRÄSIDIALAMT

1000 Jugendliche werden am Freitag Gast von Bundespräsident **Karl Carstens** im Park der Villa Hammerschmidt in Bonn sein. Der vierte und letzte Jugendempfang in der Amtszeit des Präsidenten führt junge Menschen aus allen Bundesländern an den Rhein, die sich in den vergangenen Jahren „im Verborgenen" für eine gute Sache eingesetzt haben. Sie werden jetzt auf Informationsständen beim Präsidenten über ihre Aktivitäten berichten können. Zu ihnen gehören Jugendgruppen vom Technischen Hilfswerk und den Jugendfeuerwehren, die Sportjugend, die Landjugend und zahlreiche Gruppen, die sich dem Natur- und dem Tierschutz angenommen haben. Außerdem kommen viele Wettbewerbssieger der Schülerwettbewerbe. Politiker und Präsidenten von Spitzenverbänden wollen sich den jungen Menschen als Gesprächspartner zur Verfügung stellen. Zu ihnen gehören Bildungsministerin **Dorothee Wilms**, Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen**, die Europa-Parlamentarier **Martin Bangemann** und **Alfons Goppel**, früherer bayerischer Ministerpräsident, DGB-Chef **Ernst Breit** und der Bischof von Mainz, Dr. **Karl Lehmann**.

AUSZEICHNUNG

Träger der Dr. Friedrich-Lehner-Medaille 1984 ist Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. **Fritz Pampel**, Hamburg. Der Dr. Friedrich-Lehner-Preis geht an Dipl.-Ing. **Alfred H. Nickesen**, Goch. Dr. Fritz Pampel, (62), ist Mitglied des Vorstandes der Hamburger Hochbahn AG mit dem Geschäftsbereich Forschung, Entwicklung, Planung und Investition. Außerdem ist er in zahlreichen deutschen und ausländischen Gremien tätig, unter anderem als amtierender Präsident des Internationalen Verbandes für öffentliches Verkehrswesen (UITP). Dipl.-Ing. **Alfred H. Nickesen**, Jahrgang 1954, ist für eine weltweit operierende Beratungsfirma tätig. Beide Auszeichnungen sind Personen zugedacht, die auf dem Gebiet der Verkehrswissenschaft hervorragende Leistungen erbracht haben.

KIRCHE

Pfarrer **Karl Heinz Neukamm** (55), ist gestern in Stuttgart in sein Amt als Präsident des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eingeführt worden. Er löst Prof. **Theodor Schober** ab, der in den Ruhestand tritt. Neukamm, gebürtiger Franke, leitete seit 1967 das Diakonische Werk in Bayern sowie als Rektor die Rummelsburger Anstalten, wobei er für 40 Einrichtungen und 2750 Mitarbeiter verantwortlich war, die für 3600 pflegebedürftige Menschen da sind. Die neue Aufgabe ist noch größer: Mit 243 000 Mitarbeitern ist das Diakonische Werk größer als der größte industrielle Arbeitgeber (Siemens mit 212 000 Mitarbeitern) und wird nur noch von Bundesbahn und Bundespost übertroffen. Das Diakonische Werk EKD, das 1957 durch Zusammenschluß der Inneren Mission und des nach dem Krieg gegründeten „Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland" entstand, hat 13 000 Einrichtungen, darunter 268 Krankenhäuser, mehr als 1250 Heime für Behinderte, Kinder und Jugendliche sowie 1339 Wohneinrichtungen für alte Menschen. Dazu kommen Sonderschulen und Kindergärten, ambulante Sozialpflegestätten sowie 515 Schulen und Ausbildungsstätten, in denen 31 600 Menschen gleichzeitig ausgebildet werden können.

VERANSTALTUNG

Niederländische Kleinmeister des 17. Jahrhunderts werden in Bonn gezeigt: Im Haus von **Heinz Stümpel** und Sohn eröffnete Dr. **Kaspar Reinink**, der königlich-niederländische Botschafter, die Ausstellung, die unter dem Thema steht, „Holland am Rhein". 70 Gemälde aus dem „holländischen und flämischen „Goldenen Jahrhundert" und eine kleine Kollektion der seltenen Primitiven wurden von den beiden Haager Altmeister-Spezialisten **Hans M. Cramer** und **John Hoogsteder** zusammengetragen. Landschaften, Stilleben, Genrebilder und Porträts sind zu sehen, außerdem ein aus deutschem Privatbesitz neu aufgetauchter **Lucas Cranach** „Der Heilige Hieronymus in einer Landschaft". Bei der Eröffnung, zu der auch Belgiens Botschafter **Michel van Ussel** und der israelische Botschafter **Jitzhak Ben-Ari** kamen, wurde erneut betont, daß gerade im Rheinland, in enger Nachbarschaft zu Holland, die Sammler und Freunde alter niederländischer Malerei auch heute besonders zahlreich sind.

Organisiertes Verbrechen in der Bundesrepublik

Killer kriegt man überall

Die beiden Signori, von Mailand nach Düsseldorf eingeflogen, hatten leichtes Handgepäck: 3000 druckfrische, dafür falsche 100-Dollar-Noten. Als sie in einem Düsseldorfer Hotel die Blüten einem ortsansässigen Landsmann verkauften (Kurs: eins zu zwei), griffen BKA-Beamte zu. Hinter Gittern hüllten sich die Mailänder Blüten-Kuriere in Schweigen. Doch nach einigen Wochen Knast wurde der Käufer weich. Er steckte den BKA-Ermittlern einige Namen. Sie reichten bis zur Spitze der neapolitanischen Camorra – Raffaele Cutolo (45), legendärer Chef des Verbrechersyndikats am Vesuv, hatte den Deal organisiert. Für die ZDF-Reporter Siegmund Gottlieb (32) und Ingolf Falkenstein (30) wurde dieser Fall zur Initialzündung einer Story über das organisierte Verbrechen in der Bundesrepublik.

Das Metier der kriminellen „Gastarbeiter" ist klassisch. Gottlieb: „Killer kommen auf Bestellung. Regierungen im Nahen Osten ordern bei international organisierten Schieberbanden gestohlene Pkw der Luxusklasse. Falschgeld wird aus Mailand über die Grenze verschoben und findet überall billige Abnehmer. Auch der Drogenhandel ist zunehmend ein Tummelfeld der Mafia. Dazu kommt illegales Glücksspiel, das fest in der Hand organisierter Verbrecherbanden ist!"

Um ihre filmischen Schlaglichter aufs weite Feld der Gangster GmbH nicht nur mit Statements der Polizei und Justiz zu markieren, wagten sich Falkenstein und Gottlieb mitten hinein ins Zentrum der kriminellen Macht. Der rote Faden des Düsseldorfer Falschgeld-Deals führte zu Raffaele Cutolo. Der gefürchtete Zweig-Chef der neapolitanischen Camorra residiert in Ottaviano, einem 20 000-Einwohner-Dorf bei Neapel, in einem Medici-Schloß mit 70 Zimmern.

Doch derzeit ist er dort nicht erreichbar. Italiens Staatspräsident Pertini hat den Ganoven (Gottlieb: „Er besitzt das harmlose Image eines Studienrates und gilt als Schöngeist") zur Strafverbüßung nach Sardinien verbannt. Die ZDF-Reporter ermittelten: „Von dort leitet er sein Unternehmen aus dem Knast!"

Imperium ist das richtigere Wort. Ottaviano zittert vor dem Camorra-Boß. Gottlieb: „Jeder Einwohner zahlt ihm monatlich eine Art „Steuer" von 100 DM. Das macht Einnahmen von zwei Millionen." Gottlieb und Falkenstein hatten sich, als harmlose Touristen getarnt, in Ottaviano eingeschlichen. Doch schon kurz danach waren sie als Fernsehreporter enttarnt. Zahlreiche Anrufe kamen anonym ins Hotel: „Reisen Sie wieder ab, es ist besser für Sie!" Cutolos Schloß war eine streng bewachte uneinnehmbare Festung. Gottlieb: „Die hätten geschossen, wenn wir mit Kameras angerückt wären!"

Um die Camorra-Zwingburg dennoch filmen zu können, orderten die Reporter aus Neapel Polizeischutz. Ein starkes Aufgebot an Polizisten in Zivil sicherte schließlich die ZDF-Kameras bei ihren Ottaviano-Schwenks. Gottlieb: „Die Gefahr war ständig greifbar!"

Figuren wie Cutolo sind die großen Drahtzieher in der grenzüberschreitenden Bandenkriminalität, die Organisatoren der Camorra- und Mafia-Aktivitäten auf deutschem Boden. Gottlieb und Falkenstein orteten Hamburg, Frankfurt, München, Düsseldorf und Berlin als Brennpunkte des organisierten Verbrechens.

Gangster GmbH – ZDF, 19.30 Uhr

Auch „Mord auf Bestellung" machten die ZDF-Reporter im Repertoire der Gangster GmbH aus. Gottlieb: „Man kriegt überall Killer, der Preis für einen Durchschnittsmord liegt, so Hamburger Informanten, bei 50 000 Mark." Schutzgeld-Erpressung ist in den bundesdeutschen Großstädten ebenfalls ins Kraut geschossen.

Noch ist das organisierte Verbrechen in Deutschland anders strukturiert als an den Quellen Italien und USA. Gottlieb: „In Italien und den USA profitieren Mafia, Camorra und Cosa Nostra von der Angst, hier in der Bundesrepublik vorerst von der ziemlich ausgeprägten Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit."

Einen Eindruck von der Arbeitsweise des organisierten Verbrechens in Italien empfingen Gottlieb und Falkenstein bei ihrer Abreise aus Neapel. Überall standen noch Stützgerüste an Mauern, die 1980 beim Erdbeben beschädigt worden waren. Sie könnten längst repariert sein, doch in Neapel liegt für die Baufälligkeit sozusagen „höheres Interesse" vor: Die Stützgerüste gehören Camorra-Unternehmern, und die verdienen damit 100 000 Mark pro Tag!

H. H. KANNENBERG







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Schauplatz der Geschichte
Trier
10.50 Tagebuch
11.05 Erkennen Sie die Melodie?
11.50 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Video & Co.
17.20 Per Anhalter durch die Galaxis (3)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Vor dem Sturm (3)
Nach Theodor Fontane
21.15 Kontraste
Nach der Olympia-Absage der Sowjetunion und der „DDR" – Berichte und Interviews aus Washington, Moskau und Ost-Berlin / Ende der Umsiedler-Welle aus der „DDR"? – Beobachtungen im Aufnahmelager Gießen / Vor neuen Verhärtungen in den deutsch-deutschen Beziehungen, Heinrich Windelen
Moderation: Peter Schultze
21.45 Boulevard Paris
In dieser neuen Reihe, die zweimal im Jahr ausgestrahlt werden soll, berichtet Sabine Mann über Trends, Tips und Klatsch aus der Seine-Metropole. Heute u. a. mit Beiträgen über das Modehaus Nina Ricci und den Comic-Helden Asterix.
22.30 Tagesthemen
23.00 Wer erschoß Salvatore G.?
Italienischer Spielfilm (1961)
Regie: Francesco Rosi
Am 5. Juli 1950 wird der Brigant Salvatore Giuliano erschossen aufgefunden. Der Name des Bandenführers war über Sizilien hinaus in Italien bekannt. Für viele seiner Landsleute war er ein moderner Robin Hood; im düsteren Kontrast dazu steht ein Massaker, bei dem Giulianos Bande kommunistische Arbeiter bei einer Maifeier hinmetzelte.
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
16.18 Elternsache: Grundschule
16.35 Lassies Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Gangster GmbH
20.15 Die Abenteuer des braven Kommandanten Küppers
Deutsch-jugoslawischer Spielfilm (1967)
Mit Martin Held, Pascale Petit u. a.
Regie: Rainer Erler
In Rückblenden erinnert sich der 60jährige Karl Küppes an seine Zeit als Obergefreiter in Les Molinettes. Damals sollte die deutsche Kompanie von dort an die Ostfront verlegt werden, doch die Kellnerin Hélène wußte den Soldaten Küppes am Abmarsch zu hindern, was schließlich sein Leben stark verändern sollte ...
21.45 heute-journal
22.05 Wer hat Ninoy ermordet?
Kirche und Menschenrechte auf den Philippinen
22.50 Der schwarze Storch
Fernsehfilm von Herbert Ballmann und Wolfgang Patzschke
Olanova, ein ostelbisches Gut, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Durch Mißernten ist die finanzielle Situation von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Erschwerend kommt hinzu, daß sowohl der Gutsherr als auch seine Frau von Landwirtschaft und der Führung eines solchen Betriebes nicht das geringste verstehen.
0.40 heute

Beim Prozeß gegen Mitglieder der Giuliano-Bande kommt es immer wieder zu spektakulären Zwischenfällen. (Wer erschoß Salvatore G.? – ARD, 23.00 Uhr). FOTO: ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: Manfred Krug
Ein Gespräch mit dem Schauspieler, Sänger und Entertainer
21.45 Trimm-Trab fürs Gehirn
Ein Zufallsprodukt der Forschung
22.15 Schnelles Geld
Ein Film von Raimund Koplin und Renate Stegmüller
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Pulsare – kosmische Leuchtfeuer
20.00 Tagesschau
20.15 Münchner Freiheit '62
21.00 Schöne teure Bundesbahn
22.00 Über den Todespaß
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Regie: Anthony Mann
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Bei Papotin, dem Schloßherrn
19.00 Out of time
20.00 Spanische Woche
20.05 Sardanay Canco
Mit Musik unterwegs – in der spanischen Landschaft Katalonien
20.40 Deutsche Wirtschaft in Spanien
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
22.30 Horst Krüger: Begegnung mit dem Escorial

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Der Goldfinger
20.20 Leben für die Legion
Menschen unter uns
Bericht über einen ehemaligen Fremdenlegionär
21.05 Mad Movies oder
Als die Bilder laufen lernten
Abenteurer und Komiker
21.30 Swinging USA (2)
Filme mit und über Duke Ellington

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (4)
„Die Kraft des Guten"
Gesprächstherapie
Carl R. Rogers
22.50 Captain Paris
Der Preis einer Karriere
Kriminalfilm
Regie: Alf Kjellin
23.35 Rundschau

Papst möchte Moskau und Peking besuchen

DW. Rom

Papst Johannes Paul II. würde gern die Volksrepublik China und die Sowjetunion besuchen. Auf dem Rückflug von seiner Ostasienreise, die ihn nach Südkorea, Papua- Neuguinea, den Salomonen-Inseln und Thailand geführt hatte, erklärte er mit Blick auf die Bürger in der Sowjetunion am Wochenende: „Wir sind slawische Brüder." Und auf die Frage nach der Realisierbarkeit solcher Vorhaben antwortete das Oberhaupt der katholischen Kirche: „Nach den Plänen der Vorsehung ist alles möglich."

Der Papst äußerte sich über seine zehntägige 21. Auslandsreise zufrieden. Gegenüber Journalisten erklärte er, daß ihn vor allem die religiöse Freiheit in Thailand beeindruckt habe. Gleichzeitig wiederholte Johannes Paul II., daß das menschliche Problem der Flüchtlinge in Indochina gelöst werden müsse. Er sagte: „Die Politiker sind verpflichtet, es zu lösen, weil es menschlich ist." Und zur Lage der katholischen Kirche in Vietnam vertrat er die Auffassung, daß sie eine „starke, kämpfende Kirche" bleibe, die sich jedoch in Schwierigkeiten befinde.

Streik: Späth bietet „Kontaktdienste" an

Druck-Arbeitgeber schließen Aussperrung nicht aus

DW. Bonn

In der Druckindustrie werden nach Einschätzung des Arbeitgeber-Verhandlungsführers Manfred Beltz Rübelmann Abwehraussperrungen möglicherweise „rasch notwendig". Beltz Rübelmann begründete dies damit, daß die jüngsten Streiks in der Druckindustrie nicht mehr den Charakter von Warnstreiks hätten. „Das sind Erzwingungsstreiks mit schweren Folgen", sagte der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, der „Bild am Sonntag". Die Arbeitgeber könnten dies „nicht mehr lange hinnehmen".

Ob schon in dieser Woche zum Mittel der Abwehraussperrungen gegriffen werde, um den Arbeitskampf zu beenden, müßten die zuständigen Gremien entscheiden. Aber noch immer werde gehofft, daß bei IG Druck und Papier wirtschaftlicher Sachverstand wieder die Oberhand gewinne. Seinen Hinweis auf den 17. Mai als vorgeschlagenen Termin für ein neues Spitzengespräch verband Beltz Rübelmann mit der Bemerkung: „Wir sind bereit, in bestimmten Fällen von der 40stündigen Regelarbeitszeit abzuweichen. Unsere Vorschläge zielen darauf ab, daß die Arbeitsplätze sicherer werden und zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden können." Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) hat warnend darauf hingewiesen, daß bei dem Metallarbeiterstreik „nur wenige Streikwochen die ganze Wirtschaftsentwicklung wieder in Frage stellen können". Späth plädierte dafür, daß beide Seiten möglichst rasch wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Auf die Frage, ob er als Vermittler auftreten könnte, sagte der CDU-Politiker: „Meine Pflicht als Ministerpräsident von Baden-Württemberg ist es, alles zu tun, um möglichst rasch die Gefahr, daß aus einer solchen Auseinandersetzung Schaden für das ganze Land und seine Bürger kommt, abzuwenden. Aber ich will jetzt nichts anderes tun, als einfach dort, wo es sinnvoll ist, Kontaktdienste zu allen Seiten anzubieten".

Beide Seiten in diesem Tarifkonflikt veröffentlichten am Wochenende Aufrufe zu neuen Verhandlungen und Ermahnungen an den jeweils anderen Partner.

Stoltenberg sucht nach Alternativen der Finanzierung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Über Alternativ-Modelle zur Finanzierung der Steuerreform will Bundesfinanzminister Stoltenberg im nächsten Koalitionsgespräch, das für den 23. Mai geplant ist, beraten. Die Aussprache des CDU-Vorstandes zu diesem Thema am Freitag nachmittag nannte Parteisprecher von Thiesenhausen eine wichtige Stufe im komplizierten Meinungsbildungsprozeß. Beschlüsse seien noch nicht gefallen.

Stoltenberg erklärte, eine „große Lösung", also Steuerentlastungen im Volumen von 20,6 Milliarden Mark zum 1. Januar 1986, könne es ohne einen Teilausgleich nicht geben. Diese Auffassung hätten auch die Ministerpräsidenten der Länder bestätigt. Geprüft werde jetzt, „ob wir diesen Teilausgleich auch außerhalb der Mehrwertsteuer durch Abbau von Steuervergünstigungen und gezielte Anhebung anderer Steuern erreichen können". Ohne Steuererhöhungen seien nur geringere Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer möglich. Wichtig sei für die CDU, „daß wir zu einer spürbaren Entlastung der Familie kommen". Notwendig sei aber auch eine Entlastung im Tarif. Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth hat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer noch einmal prinzipiell abgelehnt. Er plädiert dafür, 1986 zunächst die Familien zu entlasten, 1988 dann die Tarifreform vorzunehmen.

Libanons Kabinett im Streit über die Armee

Schwere Kämpfe in Beirut / „Kinderfriedensmarsch"

DW. Beirut

Die schwersten Kämpfe seit mehreren Wochen sind in der libanesischen Hauptstadt Beirut zwischen schiitischen Milizen und Teilen der Armee ausgebrochen. Nach einer ersten Bilanz vom Sonntag wurden durch Artilleriebeschuß mindestens 19 Personen getötet und 90 verletzt. Die Kämpfe brachen aus, nachdem sich die Regierung von Ministerpräsident Raschid Karame nicht über die Führung der libanesischen Armee einigen konnte. Kurz vor dem Wiederaufflammen der Feindseligkeiten zogen Hunderte von Kindern in einem „Friedensmarsch" durch Westbeirut.

Erneut bewies sich, daß weder die Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit" noch die Ende April abgeschlossene Aufstellung einer Puffertruppe zwischen den verfeindeten Bürgerkriegsmilizen die Kämpfe verhindern konnten. Auf beide Entwicklungen waren große Hoffnungen gesetzt worden.

Am Wochenende sickerte durch, daß bei den zweitägigen Beratungen des Kabinetts in Bikfaya die Meinungen über die Armee hart aufeinandergeprallt waren. Nach Presseberichten bestanden Drusenchef Walid Dschumblatt und der Schiitenführer Nabih Berri auf dem Widerruf der weitgehenden Vollmachten, die das vorherige Kabinett dem Armee-Oberbefehlshaber Ibrahim Tannous eingeräumt hatte. Sie forderte eine Entkonfessionalisierung der Armee und die Ablösung des maronitischen Generals Tannous durch ein kollektives Führungsorgan von sechs Offizieren, die die sechs Religionsgruppen vertreten und sich alle sechs Monate im Vorsitz ablösen sollen.

Dagegen bestand die christliche Seite, besonders der Falangistenführer und Präsidentenvater Pierre Gemayel darauf, vorerst die Armee zu lassen, wie sie ist. Solange Libanon nicht auf allen Ebenen säkularisiert sei, solle die Armee ihre gegenwärtige Struktur „als eine Garantie und Sicherheit für die Christen" beibehalten, argumentierte Gemayel. Traditionell wird die libanesische Armee überwiegend von christlichen Offizieren befehligt, während die Moslems die Mannschaften stellen.

Seite 2: Über Nacht zum Satelliten

Weitere Appelle für Sacharow

rtr/SAD, Bonn/London

Der linksorientierte Kongreß „Verteidigt die Kultur" hat in Duisburg in einem Telegramm an den sowjetischen Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko appelliert, den Fall des seit vier Jahren in Gorki verbannten Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow und seiner Ehefrau großzügig und human zu lösen. Das Schreiben geht auf eine Initiative des aus der UdSSR ausgebürgerten und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Schriftstellers Lew Kopelew zurück. Kopelew hatte die auf dem Kongreß versammelten Schriftsteller, Filmemacher, Journalisten und Politiker darauf hingewiesen, daß Sacharow bereits zehn Tage im unbefristeten Hungerstreik lebe.

Die „Internationale Demokratische Union" (IDU), der Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß als einer der Vizevorsitzenden angehört, hat ebenfalls einen Sacharow-Appell an Tschernenko gerichtet. Unter Hinweis auf den angegriffenen Gesundheitszustand sowohl des Nobelpreisträgers als auch seiner Frau wird Tschernenko aufgefordert, dem Paar die gemeinsame Ausreise aus der Sowjetunion zu erlauben.

Kanzler fordert Klarheit von der FDP

● Fortsetzung von Seite 1

Rechtsfrieden herstellen. Doch das leiste dieser Gesetzentwurf nicht. Morlock sagte gegenüber der WELT, es handele sich nicht um ein „Genscher-Problem", sondern um eines der Koalitionsparteien. Es gehe hier allein um eine Gesetzesvorlage und nicht um eine Diskussion über die Position des Parteivorsitzenden Genscher. In diesem Sinne hatte sich auch Baum geäußert, der meinte, niemand in der Parteispitze habe mit der Amnestiefrage sein persönliches Schicksal verknüpft.

Entschieden dementiert wurde, daß Genscher und Fraktionschef Wolfgang Mischnick Rücktrittsabsichten geäußert hätten, falls der Parteitag den Gesetzentwurf ablehnen sollte. Gegen die Amnestiepläne hat sich auch der stellvertretende Fraktionschef Uwe Ronneburger gewandt. „Diesem Gesetzentwurf kann ich meine Stimme nicht geben", sagte Ronneburger. Seine Nachfragen in Bonn hätten ergeben, „daß der oft zitierte kleine Handwerksmeister, der dennoch bestraft worden wäre, nicht aufgefunden werden kann".

Große Aufmerksamkeit hat ein „Spiegel"-Interview des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, gefunden, der sich darin sehr kritisch mit den Argumenten für die Amnestie auseinandersetzt. Auf die Frage, ob die Abgeordneten, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet seien, überhaupt über das Amnestiegesetz abstimmen dürften, antwortete Benda: „Dies ist zunächst eine Frage des politischen Stils. Ich habe es bisher für selbstverständlich gehalten, und mir sind Abweichungen von dieser Praxis jedenfalls nicht bekannt, daß ein Abgeordneter nicht an einer Abstimmung teilnimmt, die ihn so persönlich betrifft wie etwa eine Amnestie. Er kann sich nicht an der Niederschlagung eines gegen ihn anhängigen Strafverfahrens beteiligen."

Benda verweist auf Regelungen in Landesverfassungen, nach denen der „Mißbrauch des Mandats in gewinnsüchtiger Absicht" als Grund für die Aberkennung des Mandats durch Spruch des Landesverfassungsgerichts angesehen werde. Benda: „Wenn ein Abgeordneter für seine eigene Amnestie stimmt, ist das dem erwähnten Mißbrauch des Mandats in gewinnsüchtiger Absicht, also der Erzielung finanzieller Vorteile, zumindest gleichzusetzen." Niemand könne Richter in eigener Sache sein. Auf die Begründung angesprochen, es müsse eine nachträgliche Kriminalisierung von Spendern vermieden werden, antwortete Benda: „Das ist penetrant, das geht mir auch auf die Nerven."

Unterdessen hat der kommende Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) klargestellt, daß er auf dem Parteitag in Stuttgart nicht über das Amnestiegesetz abgestimmt habe, weil er nicht wisse, ob er nicht als Staatsoberhaupt damit befaßt werde.

Bundespräsident Karl Carstens betonte, das von ihm unterschriebene Parteienfinanzierungsgesetz beziehe sich ausdrücklich auf die Gegenwart und Zukunft. Eine sachliche Auseinandersetzung zu dem Amnestiegesetz lehnte Carstens ab, da er nicht wisse, ob er damit noch befaßt werde.

Honecker-Besuch: Details offen

AP, Hamburg

Die Bundesregierung hat mit der „DDR" wegen des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Honecker in der Bundesrepublik Deutschland schon über Terminfragen gesprochen, doch wurden noch keine Einzelheiten vereinbart. Dies teilte der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Windelen, der „WELT am SONNTAG" mit. Sinnvoll sei dieser Besuch „nur dann, wenn dabei etwas für die Menschen herauskommt". Windelen meinte auch, die Absage der „DDR" bei den Olympischen Spielen „entspricht wohl kaum den eigenen Wünschen und Interessen der DDR. Sie ist allein von der Rücksicht auf die Entscheidung der Sowjetunion diktiert".

Machtkampf in Syrien verschärft

PETER M. RANKE, Kairo

Der Machtkampf in Syrien hat sich so verschärft, daß der herzkranke Präsident Hafez Assad nicht wagt, zu einer dringend erforderlichen Bypass-Operation in die Schweiz zu fliegen. Das verlautet aus diplomatischen Quellen in Damaskus. Assad hatte am 13. November 1983 einen ersten schweren Herzanfall, am 30. März einen zweiten und wird nach Ansicht seiner Ärzte einen dritten nicht überleben.

In dem Machtkampf um die Nachfolge Assads stehen sich der jüngere Bruder des Präsidenten – der für Militär- und Sicherheitsfragen zuständige Vizepräsident Rifaat Assad – und hohe Offiziere der Armee gegenüber. Ihr Kopf ist der Stabschef Hikmat Shehabi. Dessen Vertrauter, General Shafik Fayad, Kommandeur der 3. Division im Raum Damaskus, hat kürzlich Präsident Assad aufgefordert, seinen Bruder als Vizepräsidenten abzulösen.

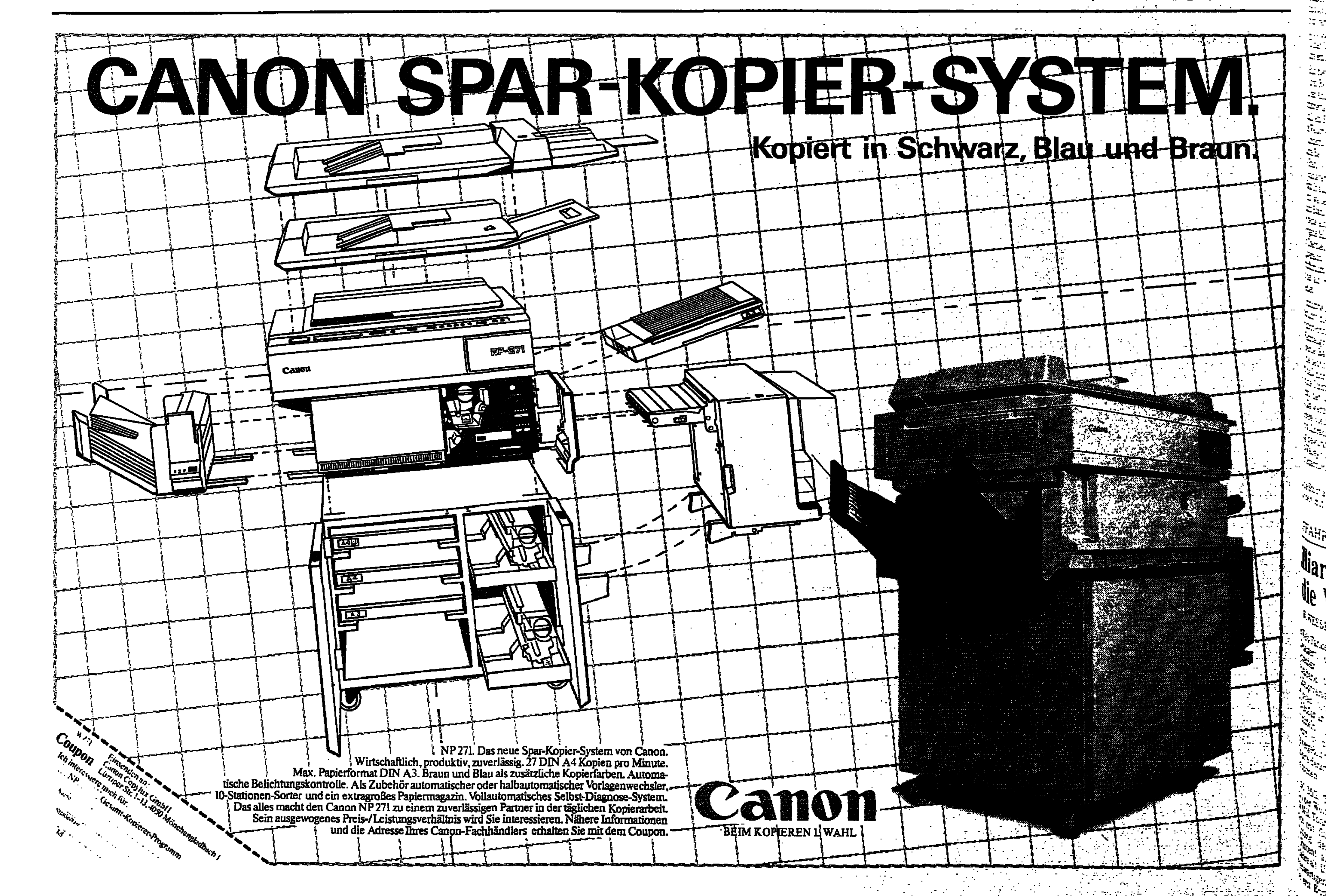
Rifaat Assad und sein Schwager Mouin Nassif befehligen die modern ausgerüsteten „Verteidigungsbrigaden" in Stärke von ein bis zwei Divisionen, die eine Hausmacht gegen die Armee darstellen. In der Armee hat Rifaat Assad in dem stellvertretenden Stabschef Ali Aslan einen Verbündeten. Aslan befehligt die syrischen Truppen in Libanon.

Aus Diplomaten-Berichten geht hervor, daß die Armee wegen des Machtkampfes zutiefst gespalten ist. Eingeweihte sprechen von einem nicht mehr überbrückbaren Gegensatz zwischen der Armee, in der sunnitische Moslems dominieren, und den „Verteidigungsbrigaden" Rifaat Assads, der Hausmacht der Herrschaft der alawitischen Moslems in Damaskus. Nach Ansicht politischer Beobachter ist Rifaat Assads Schutztruppe vergleichbar mit der Waffen-SS im Dritten Reich.

Rifaat Assad hat nicht nur die Mehrheit der Offiziere gegen sich, sondern auch den militärischen Nachrichten-Chef Ali Duba und den Kommandeur der „Special Forces", Oberst Ali Haidar, einen Alawiten. Beide fordern wie die Armee-Offiziere die Auflösung und Eingliederung der „Verteidigungsbrigaden" in die Armee.

Rifaat Assad kann und will aber – wie sein Bruder, der Staatspräsident – auf diese Brigaden, die als Hausmacht des Alawiten-Regimes dienen, nicht verzichten. Berichte aus Lattakiye (Nordsyrien) besagen, daß Truppen Haidars kürzlich diese Hafenstadt praktisch besetzt haben, um sie nicht an Rifaat Assads „Verteidigungsbrigaden" zu verlieren. Auch syrische Truppen aus Libanon nahmen an dem Handstreich teil.

In der Alawiten-Hochburg Lattakiye steht die Mehrheit der großen Familien-Klans zwar hinter Präsident Assad und Oberst Ali Haidar, aber nicht hinter dem verhaßten Rifaat Assad. Daher ist Lattakiye, ein strategisch wichtiger Ort mit großer Nachschub-Kapazität, zunächst für Rifaat Assad und seine „Verteidigungsbrigaden" verloren, während seine Gegner in der Armee und bei den „Special Forces" einen wichtigen Teilerfolg im andauernden Machtkampf errungen haben. (SAD)



Realität Europa?

ss. – Vor der Wahl des Europaparlaments sind die Politiker eifrig bestrebt, den Bürgern die Dringlichkeit eines geeinten Europa vor Augen zu führen. Die Einsicht in diese Notwendigkeit ist nicht allzu schwierig. Doch erweisen sich die hehren Ziele leider nur allzu oft als Wunschbilder, weit entfernt von jeder europäischen Realität.

So muß sich etwa ein Deutscher, der sich mit dem in Belgien zugelassenen Wagen seiner Freunde über die Grenze auf deutschen Boden wagt, von der Polizei mit Hinweis auf die Paragraphen 1 und 5 des KraftSTG und 370 der Abgabenordnung des Steuerbetruges bezichtigen lassen. Der Betroffene wird auch belehrt, worin sein Vergehen besteht: Er ist ein mutmaßlicher Steuerhinterzieher, da für den belgischen Wagen in der Bundesrepublik keine Kraftfahrzeug-Steuern entrichtet worden sind.

Dem arglosen Täter wird klar: Er muß nationalen Grenzen in Europa in Zukunft eben doch mehr Aufmerksamkeit schenken, als die Politiker den Wahlbürgern suggerieren. Schwierigkeiten bereiten ihm angesichts dieser Einsicht aber die Beteuerungen der Europapolitiker: „Europa muß vor allem das Gefühl einer größeren Freiheit vermitteln, zum Beispiel die Freiheit, sich in der ganzen Gemeinschaft mit dem Gefühl bewegen zu können, bei sich zu sein", wie es in einer Wahlbroschüre des Europäischen Parlaments heißt. Größere Freiheiten müssen im Alltag schon spürbar sein, sonst bleiben sie bloße Phantasiegebilde der Politiker.

Ausgesperrt

H. L. – Die blumigen Worte in den werblichen Aussagen der Luftfahrtgesellschaften sind zahlreich. Da ist von pünktlicher Beförderung für alle, freundlichem Service und vielem anderen die Rede. In der Realität des harten täglichen Geschäfts freilich zerplatzen diese Aussagen häufig wie Seifenblasen. Schuld daran ist die auch heute noch gern geübte Praxis, mehr Tikkets zu verkaufen als Sitzplätze vorhanden sind (Warteliste). Das System funktioniert, solange diese Flieger immer erst dann ihre Sitze einnehmen können, wenn die regulären Passagiere an Bord sind. Es gibt aber Fluggesellschaften, die sich nicht sehr an bestätigte Buchungen halten, vorausgesetzt, der clevere Kunde hat sich ein Warte-Ticket erster Klasse gekauft. So gelang es kürzlich einer skandinavischen Fluggesellschaft, eine Reihe von regulären Passagieren gegen sich aufzubringen. Sie hatte Inhaber dieser Erste-Klasse-Tickets bevorzugt in die normale Klasse gelassen. Das Ergebnis waren wütende, im Besitz gültiger und bestätigter Buchungen befindliche aber ausgesperrte Reisende. Wahrlich keine „Airline of the year", wie der Slogan der Gesellschaft lautet.

BDI / Jahresbericht: Bundesregierung hat die notwendige Neubesinnung eingeleitet

„Innovation ist Schlüsselwort für die Zukunft der Marktwirtschaft"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

„Ideenreichtum, Mut zum Wagnis und zu neuen Wegen müssen unsere Antwort auf die technisch-ökonomische Dynamik der 80er Jahre werden, die uns zugleich fordert und Chancen bietet. Innovation, verstanden als reflektierte Veränderungsbereitschaft, ist das Schlüsselwort für die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft und unserer Gesellschaftsordnung." Dieses stellt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem Jahresbericht fest.

Vor zwei Jahren hatte der BDI mit seinem Jahresbericht für Furore gesorgt, weil er darin konkret eine ordnungspolitische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik gefordert hatte. Damals, ein Vierteljahr vor seinem „Papier", hatte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff einige Passagen noch als „starken Tobak" bezeichnet. Jetzt stellt der BDI fest, die Bundesregierung habe aus den Fehlentwicklungen der letzten anderthalb Jahrzehnte „erste Konsequenzen gezogen und die notwendige Neubesinnung eingeleitet".

Weiter heißt es: „Ordnungspolitische Erneuerung – will sie nicht bloß Schlagwort sein – verlangt konsequentes Handeln." Sie erfordere Aufklärung und Entscheidungen im Innern und sie müsse den zunehmenden Gefahren eines weltweiten Protektionismus energisch entgegentreten.

„Mehr Eigeninitiative – weniger Staat" sei eine Forderung, „die sich an uns alle, an unser Anspruchsverhalten, an unsere Selbstverantwortung und an unsere Leistungs- und Risikobereitschaft richtet". Daher müsse die Versorgungsfunktion des Sozialstaates kritisch überprüft werden. Statt staatlicher Umverteilungsabsichten müsse der Versicherungsgedanke wieder stärker zur Geltung kommen. Die Überprüfung der Subventionen erfordere in erster Linie Entscheidungen der politisch verantwortlichen Instanzen.

Im jahrelangen Auszehrungsprozeß des Eigenkapitals zeichne sich noch keine Trendumkehr ab. Notwendig sei daher eine anhaltende Verbesserung der Ertragskraft der Unternehmen. Höhere Gewinne seien aber nur durch nachhaltige Kostenentlastungen zu erwirtschaften. Ebenso wichtig sei, daß die Unternehmen diese Gewinne dann auch zur Aufstockung ihres Eigenkapitals einsetzen können.

Daher müsse der angebotsorientierte Kurs in der Wirtschaftspolitik konsequent fortgeführt werden. In ihrem Zentrum stehe die Steuerpolitik. „Die Umgestaltung der Steuerstruktur, vor allem durch Abbau ertragsunabhängiger Steuerbelastungen der Unternehmen, ist unverzichtbarer Bestandteil eines wirksamen Katalogs von Maßnahmen zur – überfälligen – Verbesserung der Kapitalstruktur der deutschen Wirtschaft."

Die politische Entscheidung für eine vorangehende Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer, deren in der Stärkung der Leistungskraft des einzelnen liegendes Hauptmotiv die Industrie bejaht, dürfe nicht die Bindung dieser Reform an ausreichende Konsolidierungserfolge lokkern oder gar aufheben. „Andernfalls würde das gerade wieder erstarkte Vertrauen in Glaubwürdigkeit und Vorhersehbarkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik erschüttert."

Fortschritte bei der Bewältigung des Strukturwandels durch Innovation seien nur über eine nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik zu erzielen. „Investitionen und Innovationen sind der Motor für mehr Beschäftigung. Ohne ausreichende Erträge steht dieser Motor still." Daher wendet sich der BDI entschieden gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Arbeitszeitverkürzungen müßten sich dem erzielbaren Produktivitätsfortschritt unterordnen. Das gelte auch für die tarifpolitische Nutzung des gesetzlichen Rahmens zur Vorruhestandsregelung.

Die gesetzlichen Regelungen und Tarifvereinbarungen müßten so flexibel angelegt werden, daß sie den unterschiedlichen Erfordernissen der verschiedenen Branchen und der einzelnen Unternehmen gerecht werden. „Zu starre Lohnsysteme verhindern die erforderliche Mobilität der Arbeitnehmer und gefährden damit die Wettbewerbsfähigkeit."

EG-FINANZMINISTER

Währungs- und Kreditpolitik soll harmonisiert werden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auf einem inoffiziellen Treffen in Rambouillet bei Paris haben sich am Wochenende die Finanzminister der EG für eine bessere Harmonisierung ihrer Währungs- und Kreditpolitik ausgesprochen, mit dem Ziel Europa gegenüber der Dollar-Hausse und gegenüber den hohen amerikanischen Zinsen unabhängiger zu machen. Zu diesem Zweck sollte das Europäische Währungssystem (EWS) „perfektioniert" werden, erklärte der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Delors als Gastgeber und derzeitiger Präsident der entsprechenden EG-Bereiche.

Delors begrüßte, daß es in der vergangenen Woche den europäischen Notenbanken durch massive Interventionen – insbesondere der deutschen Bundesbank – gelungen war, der Dollar-Hausse an den Devisenmärkten Einhalt zu gebieten und den überhöhten Kurs der amerikanischen Valuta sogar etwas zu drücken. Jedoch bezweifelte er, daß dieser „glückliche Effekt" sehr lange vorhält. Deshalb müßten auch die USA selbst „entsprechend ihren internationalen Verpflichtungen" zur Kursstabilisierung beitragen.

Außerdem befaßten sich die Minister mit dem italienischen Vorschlag, den zur teilweisen Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten der Mitgliedstaaten bestehenden EG-Kreditfonds aufzustocken. Dieser Fonds verfügt gegenwärtig über sechs Mrd. ECU. Davon hat Frankreich letztes Jahr – ausnahmsweise – vier Mrd. ECU in Anspruch genommen. Solange Paris den Betrag nicht zurückzahlt, verbleiben nur noch zwei Mrd ECU, was Rom für unzureichend hält. Erörtert wurde eine Fondserhöhung auf acht bis zehn Mrd ECU einschließlich des Frankreich-Kredits.

Zur Diskussion stand schließlich die Finanzierung der EG-Subventionen an die Landwirtschaft. Die Frage des britischen Budgetbeitrags soll aber, wie verlautet, nicht speziell erörtert worden sein.

Eine besondere Tagesordnung bestand nicht. Auch wurden entsprechend des informellen Charakters der Zusammenkunft keine Beschlüsse gefaßt. Die Bundesregierung war in Rambouillet durch Finanzminister Stoltenberg vertreten.

Das Treffen diente vor allem der Vorbereitung des am 7. und 8. Juni in London stattfindenden Wirtschaftsgipfels der Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industriestaaten, auf welchem die Dollar-Frage eine wichtige Rolle spielen wird. Ende Juni beschließt Frankreich in Fontainebleau bei Paris sein EG-Mandat mit der Halbjahressitzung des Europäischen Rates.

Schon Ende dieser Woche werden sich die Finanzminister, die wie Delors gleichzeitig Wirtschaftsminister sind, zur Jahrestagung des OECD-Ministerrates in Paris treffen. Delors hofft, daß er dort gegenüber der amerikanischen Delegation einen gemeinsamen europäischen Standpunkt vertreten kann.

Krisenfestes München

Von DANKWARD SEITZ

Zwischen Kunst und Bier ist München wie ein Dorf zwischen zwei Hängen." Damit hat Heinrich Heine bestimmt nicht nur die Meinung einiger seiner Zeitgenossen getroffen. Auch heute noch sehen viele in der Isarmetropole nur die „Weltstadt mit Herz", angetan mit jenem besonderen Flair, das ein bißchen Bohème und viel spießige Behäbigkeit verleihen soll.

München: Das ist – etwas nüchterner, sozusagen mit den Augen der Statistiker gesehen – eine Stadt mit knapp 1,3 Millionen Einwohnern und einer Ausdehnung von 310 Quadratkilometern. Ein Wirtschafts- und Handelszentrum von Weltrang. Die größte Industriestadt der Bundesrepublik noch vor Hamburg und Berlin, in der das verarbeitende Gewerbe rund 200 000 Menschen beschäftigt und 1982 einen Umsatz von 41,9 Milliarden Mark erzielte.

Die Stadt bietet indessen, was gewiß zu ihren Reizen gehört, alles andere als den Anblick einer verqualmten Industriestadt. München ist ein Glücksfall, ein Sonderfall. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die bayerische Landeshauptstadt eine wirtschaftliche Revolution wie kaum eine andere Stadt. Noch vor 30 Jahren lag sie im Städtevergleich auf dem sechsten Platz. In ausgesprochener Randlage, mit weiten Entfernungen zu Kohle und Stahl sowie den Seehäfen, hat sie heute eine diversifizierte und ausgewogene Mischstruktur erreicht, die den überdies durch einen breiten Einzugsbereich ausgezeichneten Wirtschaftsraum krisenfester gemacht hat als manch anderes Ballungsgebiet.

Die industrielle Vielfältigkeit verdeutlicht die weite Spanne von der Elektrotechnik über Maschinen- und Fahrzeugbau, Eisenverarbeitung, Chemie, Bauindustrie und nicht zuletzt die sechs Brauereien. Hinzukommt, daß sich in den letzten Jahren um die Stadt ein Industriegürtel gelegt hat, der weltweit besten Ruf genießt. Da werden Satelliten gebaut und andere vielfältige Ingenieurleistungen vollbracht, die Experten als einmalig bewundern. Das deutsche „Silicon-Valley" wird München unter Elektronikfachleuten bereits genannt.

Daß die Stadt an der Isar bisher alle Rezessionen mit vergleichsweise geringen Blessuren überstanden hat – die durchschnittliche Arbeitslosenquote 1983 lag bei nur 6,1 Prozent –, verdankt sie in erheblichem Maße ihren über 12 000 Handwerksbetrieben. Denn während die heimische Industrie in den vergangenen sechs Jahren immerhin rund 34 000 Arbeitsplätze abbaute, legte das Handwerk gut 20 000 zu. Eine weitere wesentliche Stütze sind schließlich die fast 50 000 Handels- und Dienstleistungsbetriebe, die knapp die Hälfte des Gesamtumsatzes der Großstadt bestreiten. Mit über 1900 Versicherungsunternehmen ist sie Deutschlands größte Versicherungsstadt und mit 569 Kreditinstituten zweitgrößter Bankenplatz.

Unterstützt wurde die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, die an Infrastruktur alles bietet, was man von einer modernen Wirtschaftsmetropole erwarten kann, von einer vorbildlichen Arbeit aller Kommunalpolitiker. Daß dies auch bei den neuen Mehrheitsverhältnissen im Rathaus so bleiben wird, ist eine Erwartung aller Münchner – egal ob Unternehmer oder Arbeitnehmer.

So konnten die Stadtväter durch eine sinnvolle Haushalts- und Finanzpolitik allein von 1978 bis 1983 rund 7,45 Milliarden Mark in ihre Stadt investieren und trotz erhöhter Kreditaufnahme den Verschuldungsgrad je Einwohner auf dem unterdurchschnittlichen Niveau von 1226 Mark halten. Ein erstaunliches Augenmaß bewiesen sie damit, daß der für deutsche Gemeinden ohnehin fast konkurrenzlos hohe Gewerbesteuerhebesatz von 450 Prozent seit 1975 unverändert belassen und der Münchner Wirtschaft nicht zusätzliche Kosten aufgebürdet wurden.

Als fürsorgliche Helfer stehen auch immer die Landespolitiker bereit, wenn es um Belange ihrer 'heimlichen Hauptstadt' geht. Zeitweise löst dies, sicherlich nicht ganz zu Unrecht, ein laut vernehmbares Grollen ob der Benachteiligung anderer Räume im Lande aus. Bei näherem Hinsehen stellt man jedoch fest, daß Investitionsausgaben, die in München getätigt werden, Aufträge für viele Firmen außerhalb der Stadt – bis hin ins Grenzland – bringen, während umgekehrt Investitionen außerhalb, Beschäftigungsmöglichkeiten auch für die Unternehmen der Stadt bedeuten.

AUF EIN WORT



„Angesichts der ermutigenden Entwicklung an den Börsen schon von einer dauerhaften Renaissance der Aktie zu sprechen ist verfrüht. Es gehört mehr dazu als eine Aktien-Hausse, die Aktie als Mittel der Eigenkapitalbildung wieder zu dem zu machen, was sie einmal war und was sie auch in Zukunft wieder werden soll."

Hans-Dieter Sandweg, Mitinhaber des Privatbankhauses Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg
FOTO: KRAMER

SPARVERHALTEN

Vertrauen in die Politik sorgt jetzt für Stabilität

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Ersparnisse dürften in diesem Jahr wieder leicht steigen. Allerdings werde die Sparquote noch auf dem niedrigen Vorjahresniveau verharren. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW).

Danach hatte die Sparquote der privaten Haushalte im Sommerhalbjahr 1983 ihren niedrigsten Stand seit den späten sechziger Jahren erreicht. Saisonbereinigt machte sie nur noch 12,7 Prozent der verfügbaren Einkommen aus. Seitdem erholte sich die Spartätigkeit wieder. Im vierten Quartal lag sie bei 13,4 Prozent. Die positiven Zukunftserwartungen, sinkende Inflationsraten und das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik stabilisieren jetzt jedoch das Sparverhalten der privaten Haushalte.

Die Spartätigkeit wird nach der Analyse vor allem vom Niveau und der Entwicklung des verfügbaren Realeinkommens bestimmt. Typisch für alle drei untersuchten Konjunkturphasen (66/68, 74/76, 180/83) ist das „Hineinsparen" in den Abschwung. In der frühen Abschwungphase eines Konjunkturzyklus gehen – trotz zunächst noch steigender Einkommen – wegen der gleichzeitig steigenden Sparquoten kaum zusätzlich konjunkturelle Impulse vom privaten Verbrauch aus. Anschließend knickt die Kurve der Sparquote nach unten ab.

Die Umkehr in der Spartätigkeit erfolgt jedoch zu spät, um den Tiefpunkt des Zyklus abzufedern. Danach wurde die Spartätigkeit jedoch stärker verringert als der Einkommensrückgang, so daß der Konsum die Konjunktur stützte. Im Aufschwung reagierten die Sparer sehr unterschiedlich.

Lateinamerika: Krise lösbar

VWD, Frankfurt

Die Verschuldungskrise Lateinamerikas wird ebenso gelöst, wie es gelungen ist, die Probleme der Öl-Schocks der 70iger Jahre sowie des Recyclings der Ölgelder zu meistern, und die Schuldenkrise des Ostblocks zu überwinden. Diese Auffassung vertrat der Vorstandschef der Chase Bank AG, Eberhard Weiershäuser, vor dem Institut für Kapitalmarktforschung.

In der nächsten Phase der Umschuldungsaktionen müsse für die lateinamerikanischen Länder ausreichend Liquidität verfügbar gemacht werden, um das künftige Wachstum finanzieren zu können.

US-AKTIENMÄRKTE

Die Geldmengenausweitung beunruhigte die Anleger

VWD/AP, New York

In der abgelaufenen Börsenwoche dominierten an den internationalen Plätzen – im Schatten der Wallstreet – weitgehend die Minuszeichen. In New York wurde die Stimmung durch die Zinsprognose eines bekannten Volkswirtschaftlers und durch den kräftigen Kursrückgang am US-Anleihemarkt nachhaltig gedrückt.

Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte mit 1157,13 Punkten schloß 10,05 Punkte unter Vortagesniveau; und das auch nur aufgrund der kurz vor Sitzungsende einsetzenden Erholung – nachdem er zwischenzeitlich fast 19 Punkte abgegeben hatte. Seit seinem Jahreshöchststand am 6. Januar hat der Dow inzwischen 129,5 Punkte eingebüßt. Der durchschnittliche Tagesumsatz fiel von 95,57 Mill. in der Vorwoche auf 87,91 Mill. Stück. Der allgemeine Börsenindex (NYSE) ermäßigte sich um 0,52 auf 91,23 Punkte.

Dem Handel zufolge standen hinter den Verkäufen keine panikartigen Abgaben. Beunruhigt war das Publikum über die neuesten Geldmengendaten. Der Anstieg von M-1 in der Woche zum 30. April um 2,4 Mrd. Dollar fiel unerwartet hoch aus. Gerechnet hatte man mit 1,5 Mrd. Dollar. Neueste Schätzungen führender US-Volkswirte gehen davon aus, daß M-1 in der Woche zum 7. Mai um 3,7 Mrd. Dollar gestiegen sein dürfte.

Diejenigen, die ein Anziehen der Kreditzügel durch die US-Notenbank befürchten, fühlen sich durch diesen Umstand bestärkt. Auch verdichteten sich die Spekulationen über eine unmittelbar bevorstehende Diskontsatzerhöhung um 0,5 Punkte auf 9,5 Prozent; zumal die US-Primarate in dieser Woche um ½ Punkt auf 12 ½ Prozent erhöht wurde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bauproduktion nimmt zu – kräftiger Aufschwung fehlt

Wiesbaden (dpa/VWD) – Mit einer weiteren Steigerung der Bauproduktion um vier bis fünf Prozent im Jahr 1984 in der Bundesrepublik rechnet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Im vergangenen Jahr hatte die Bauleistung lediglich um 0,7 Prozent auf 256,1 Mrd. DM zugenommen. Von einem kräftigen Aufschwung am Baumarkt könne allerdings noch nicht die Rede sein. Trotz der zum Jahresbeginn fast zehn Prozent höheren Auftragsbestände des Bauhauptgewerbes werde die Bauproduktion nicht – wie vom Sachverständigenrat vorausgesagt – um sieben Prozent steigen.

Volcker verteidigt sich

Hot Springs (VWD) – Der amerikanische Notenbankchef Paul Volcker hat den geldpolitischen Kurs des Federal Reserve Systems gegen zahlreiche Angriffe aus der Regierung verteidigt. Die Zentralbank habe nicht so viel Kontrolle über die Zinssätze, wie einige Leute „zu glauben scheinen", erklärte er. Nach Volckers Ansicht zeigen die jüngsten Konjunkturdaten, daß die wirtschaftliche Entwicklung weiter nach oben gerichtet ist.

Flughäfen im Aufwind

Stuttgart (dpa) – Die elf deutschen Verkehrsflughäfen haben im ersten Quartal dieses Jahres in allen Bereichen Zuwächse gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnet. Wie die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) mitteilte, wurden bei Fluggästen, Flugfracht und Luftpost sogar neue Höchstmarken für das erste Quartal erzielt. Die Zahl der Fluggäste nahm den Angaben zufolge von Januar bis März 1984 um 5,9 Prozent auf über zehn Millionen zu.

Umschuldung geplant

Lima (dpa/VWD) – Peru hat seine im sogenannten „Club von Paris" vereinten westlichen Gläubigerländer um Verhandlungen über eine Refinanzierung seiner im Zeitraum 1984/85 fällig werdenden Schulden bei staatlichen Kreditinstitutionen in Höhe von 815 Mill. Dollar ersucht. Wie am Wochenende bekannt wurde, soll diese Konferenz auf peruanischen Wunsch Ende Mai oder Anfang Juni zusammentreten.

Schlüsseljahr 1984

Freudenstadt (VWD) – In diesem Jahr wird es sich entscheiden, ob die deutsche Industrie Anschluß an den weltwirtschaftlichen Aufschwung findet und damit in der Spitzengruppe der Industrieländer bleibt. Nur dann sei die Vollbeschäftigung ein realistisches Ziel und könne der erreichte Lebensstandard gehalten und verbessert werden, erklärte Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Die heftigen Kursschwankungen an den Devisenmärkten bewiesen die große Besorgnis Außenstehender.

Informationspflicht

Paris (J. Sch.) – Der Ministerrat der OECD hat für den Außenhandel mit gefährlichen Chemikalien eine verstärkte Informationspflicht empfohlen. Danach müssen die Exporteure von Chemikalien, deren Verwendung in ihren Ländern verboten oder streng reglementiert ist, den Empfängerländern der OECD-Zone die Möglichkeit verschaffen, in voller Kenntnis der chemischen Eigenschaften alle erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Weg der Kurse

	11.5.84	4.5.84
Boeing	38,875	38,125
Chrysler	22,625	23,375
Citicorp	32,625	34
Coca-Cola	55,75	56,375
Exxon	42,375	42,625
Ford Motors	35,25	35,375
IBM	111,125	112,875
PanAm	5,75	5,75
US Steel	28,50	29,875
Woolworth	36	37,75

SCHIFFAHRT

Milliarden-Fehlinvestition in die Welt-Tankerflotte

W. WESSENDORF, Bremen

„Der Welt-Tankermarkt gleicht einem Desaster", erklärte der Vorstandssprecher der Deutschen Schiffahrtsbank, Walter Behrmann, auf der Hauptversammlung. Seit der Ölkrise seien schätzungsweise 50 Mrd. US-Dollar an Investitionen und Betriebsmitteln verloren worden. „Man wird in der Wirtschaftsgeschichte vergeblich nach einem Beispiel für eine derart horrende Fehlinvestition suchen".

Von 291 Mill. Tonnen-Tragfähigkeit (tdw) der Welttankerflotte seien rund 100 Mill. Tonnen unbeschäftigt. Behrmann trat für eine vermehrte Verschrottung der Tankertonnage ein. 30 Prozent aller Tanker seien über 30 Jahre alt. Unter Beibehaltung der gegenwärtigen Verschrottungsquote sei erst Ende des Jahrzehnts wieder mit einem Marktgleichgewicht zu rechnen.

Auf dem Bulkcarrier-Sektor habe es in den letzten Monaten einen Wandel zum Positiven gegeben. Eine Übertonnage von 30–40 Mill. tdw im Jahre 1983 sei inzwischen größtenteils vom Markt absorbiert worden. Allerdings glaubt er noch nicht an eine durchgreifende Besserung. Dafür sei eine weitere kräftige Belebung des Welthandels nötig.

In der Linienschiffahrt rechnet der Vorstandssprecher für 1985 mit einer Überkapazität von gut 30 Prozent. Dem Aufbau weltumspannender Containerdienste sagte Behrmann Probleme voraus. So wies er auf mögliche Störungen oder gar Unterbrechungen des Ladungsflusses durch staatliche Eingriffe hin, die einen optimalen Einsatz der Container unmöglich machten.

EG / Kostenloses Ausbildungsprogramm erleichterte Schritt in den japanischen Markt

Junge Manager nutzen Chance kaum

DANKWARD SEITZ, München

Der japanische Markt erscheint heute noch vielen mittelständischen, aber auch größeren deutschen Unternehmen wie ein Berg, den nur wenige bezwingen können. Gescheitert sind schon eine ganze Reihe, weil sie schlecht vorbereitet waren, den hohen Kostenaufwand unterschätzten und nicht die nötige Geduld aufbrachten. Für Jochen Keck, Beamter bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, steht indes unzweifelhaft fest, daß diejenigen Firmen, die nicht bald den Schritt nach Japan wagen, die Zukunft verpassen werden.

Die wenigsten Firmen wissen offensichtlich, daß ihnen die EG seit 1979 die Möglichkeit bietet, jährlich 35 bis 40 junge Führungskräfte in ein hartes, eineinhalbjähriges – zudem noch kostenloses – „Trainingslager" nach Japan zu schicken. Denn noch sucht Keck für das „Executive Training Programme in Japan", das er entwickelt hat, Kandidaten im Alter von 25 bis 35 Jahre.

Gefordert werden von ihnen: Hochschulabschluß, zwei Jahre Berufserfahrung, sehr gute Englisch-Kenntnisse. Eingestellt sein sollte der Bewerber bei Produktionsunternehmen, die Exportgeschäfte nach Japan betreiben oder beabsichtigen, dies zu tun.

Absoluten Wert legt Keck darauf, daß die Kandidaten, die für die EG von der PMM Management Consultants Unternehmensberatungs-GmbH (Zeil 127, 6000 Frankfurt) ausgesucht werden, nach der 18monatigen Ausbildung wieder in ihr Unternehmen zurückkehren. „Wir wollen nicht 160 000 DM in jemanden investieren, der dann zu einer amerikanischen oder gar japanischen Firma abwandert."

Das monatliche Stipendium von 5000 DM plus einiger Extras, das nicht um mögliche freiwillige Leistungen der Firmen gekürzt wird, zahlt die EG, damit auch mittelständische Firmen Bewerber für das Programm freistellen können. Gewiß, ein verlockendes Angebot für Jungmanager.

Doch Harald Scheufler, Mitarbeiter der Robert Bosch GmbH und einer der bisher 30 deutschen Absolventen, stöhnt heute noch etwas über das einjährige Intensiv-Sprachtraining in Japanisch. Dies sei aber absolut notwendig, um in den restlichen sechs Monaten Nutzen aus dem Arbeitsaufenthalt in einem oder mehreren japanischen Unternehmen ziehen zu können.

Zurückgekehrt aus Fernost steht dann den Firmen, so Keck, ein Mann zur Verfügung, „mit dessen Erfahrung sich der Berg sicherlich leichter bewältigen läßt"; einer, der die japanischen Verhältnisse von Deutschland aus zuverlässiger beurteilen kann.

SAAB-SCANIA

Lieferung mit viel Verspätung

R. GATERMANN, Stockholm

Die schwedischen und amerikanischen Flugzeughersteller Saab-Scania und Fairchild Inc. sind nicht in der Lage, die ersten Exemplare ihres Gemeinschaftswerkes, das 34sitzige Passagierflugzeug SF 340, pünktlich an ihre Hersteller auszuliefern. Betroffen davon ist vor allem die schweizerische Crossair, die die Maschine ab Anfang Mai in ihren Flugplan aufgenommen hatte. Aber für die SF 340 fehlt immer noch das Besichtigungszertifikat sowohl der schwedischen als auch der amerikanischen Luftfahrtsbehörde.

Bei Saab/Fairchild und beim Aufsichtsamt betont man jedoch, daß die behördlichen Anmerkungen nicht sehr gravierend sind, ihre Behebung allerdings Zeit koste. Hier scheint auch das Grundübel der Verspätung zu liegen. Der Hersteller legte einen zu engen Zeitplan an, unter anderem wahrscheinlich deswegen, weil er so früh wie möglich so viele Kunden wie möglich einfangen wollte, bevor die Konkurrenz mit ihren Konstruktionen auf den Markt kam. Bisher liegen laut Saab-Scania 100 Order vor, über die Optionen will man keine genaueren Angaben machen.

Die SF 340 wurde in Rekordzeit konzipiert, konstruiert und gebaut. Der Jungfernflug fand bereits 29 Monate nach dem Entwicklungsstart statt. Während Flügel, Heckpartie und Kabineneinrichtung von den Amerikanern geliefert werden, bauen die Schweden den Rumpf und verantworten die Endmontage des zweimotorigen Turbopropflugzeuges.

NAMEN

Johannes Zimmermann, langjähriges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Zentralgenossenschaft Deutscher Drogisten eG (ZDD), Mannheim, vollendete am 12. Mai das 75. Lebensjahr.

Dr. Max Horn, Wirtschaftsprüfer und Ehrenmitglied der Vereinigung der Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und Steuerberater in Baden-Württemberg e.V., wurde am 12. Mai 80 Jahre.

Egon Oldendorff, der Gründer der Reederei Egon Oldendorff, Lübeck, und viele Jahre Mitglied des Verwaltungsrates des Verbandes Deutscher Reeder, ist am 9. Mai im Alter von 84 Jahren gestorben.

OLIVETTI / Knapp dreißig Prozent des Gewinns werden ausgeschüttet – Rest ist für Reserven vorgesehen

Konsolidierter Konzernumsatz kräftig gestiegen

GÜNTER DEPAS, Mailand

Das Büromaschinen- und Informatikunternehmen Olivetti S. P. A. in Ivrea hat 1983 seinen konsolidierten Konzernumsatz um 11,8 Prozent auf 3341,4 Milliarden Lire (5,4 Milliarden DM) erhöht, während sich der Gewinn von 102,8 auf 295,3 Milliarden Lire beinahe verdreifachte.

Vom Umsatz entfielen 73,2 (71,3) Prozent auf Informatik, der Rest auf traditionelle Büromaschinen. Auf dem italienischen Markt stieg der Absatz um 20,9 Prozent, im Ausland um 10,3 Prozent. Am Konzernumsatz waren die europäischen Länder mit 38,9 Prozent, Italien mit 36,9 Prozent beteiligt. Weitere 11,6 und sieben Prozent entfielen auf Fernost und Nordamerika. Den Rest teilten sich die lateinamerikanischen Märkte.

Die Aktionäre profitieren von dem verbesserten Ergebnis in Form einer von 200 auf 240 Lire gestiegenen Dividende für die Stamm- und Vorzugsaktien und einer von 220 auf 260 Lire erhöhten Dividende für die Spareraktien. Vom Gewinn werden knapp 29 Prozent ausgeschüttet, die übrigen 71 Prozent gehen an die Reserven. Am Kapital von Olivetti ist seit Anfang dieses Jahres American Telephone and Telegraph mit 25 Prozent beteiligt. Italienischer Hauptaktionär ist die Finanzholding von Olivetti-Präsident Carlo de Benedetti, die Firma CIR.

Am konsolidierten Konzernumsatz war der Gewinn im vergangenen Jahr mit 7,9 (3,1) Prozent beteiligt. Nicht ganz so ausgeprägt war die Verbesserung im Falle der italienischen Muttergesellschaft. Hier stieg der Umsatz um 21 Prozent auf 1873,9 Milliarden Lire, der Gewinn jedoch nur von 94,1 auf 140,3 Milliarden Lire, so daß sich das Gewinn-Umsatz-Verhältnis nur von 6,1 auf 7,5 Prozent erhöhte. Der Umsatz der Mutter wurde in Höhe von 1212,3 Milliarden Lire (plus 22,2 Prozent) im Inland erbracht, wogegen die Ausfuhr um 18,9 Prozent auf 661,6 Milliarden Lire stieg. Wie schon im Jahr vorher gelang es Olivetti das Auftrags-Umsatz-Verhältnis weiter zu verbessern. Die Inlandsaufträge stiegen im Jahresdurchschnitt um 27,3 Prozent auf 1253,2 Milliarden Lire, womit der Orderbestand im Jahresvergleich erheblich zunahm. Die gleiche Tendenz hat sich in den ersten Monaten 1984 fortgesetzt.

Im Laufe des Jahres baute Olivetti die Gesamtbeschäftigung im In- und Ausland noch mehr ab. Sie sank von 49 763 auf 47 800. Rund die Hälfte davon entfiel auf Italien. Auch in Zukunft will der Konzern große Anstrengungen unternehmen, um seine Arbeitsproduktivität zu steigern.

Die Ertragszunahme ist sowohl der Geschäftsausdehnung als auch der nochmaligen Verbesserung der Finanzstruktur zu verdanken. Der Abbau der Nettoverschuldung kam dabei zustande, obwohl im Laufe des Jahres die Konzernmutter die Kapitalerhöhung der Auslandstochter Olivetti International bedienen mußte. Diese Aufstockung brachte der Auslandsholding 70 Millionen Dollar in die Kassen. Sie dienen der Finanzierung eines Teils des Auslandsgeschäfts, das am konsolidierten Konzernumsatz mit fast Zweidrittel beteiligt ist.

Während des Jahres gelang es Olivetti die Schulden noch weiter zu konsolidieren. Die Zinsenlast des Gesamtkonzerns verminderte sich dadurch um 33,5 Prozent auf netto 136,8 Milliarden Lire, womit der Anteil der Zinsen am konsolidierten Konzernumsatz von 6,2 auf 3,7 Prozent zurückging. Im Falle der Mutter verminderte sich das Zinsen-Umsatz-Verhältnis von 2,8 auf 2,2 Prozent.

Für Forschung und Entwicklung gab der Konzern insgesamt 187 Milliarden Lire aus. Davon entfielen 129 Milliarden Lire auf die Muttergesellschaft. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug rund ein Viertel.

Eine noch ausgeprägtere Verbesserung der Finanzstruktur wird die Bilanz im laufenden Jahr ausweisen: 430 Milliarden Lire davon entfallen allein auf die Kapitalbeteiligung, mit der American Telephone and Telegraph neuer Partner von Olivetti geworden ist.

Die ursprünglich für Juni dieses Jahres vorgesehene Börsenzulassung der Spareraktien an der New York Stock Exchange wurde inzwischen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, wenn der Olivetti-Kurs an der Mailänder Börse die Ertrags- und Vermögenssituation des Konzerns wieder realistischer widerspiegelt.

KWS / In wichtigen Bereichen Position verbessert

Günstiges Ergebnis erwartet

dos, Einbeck

Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, rechnet für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) mit einem gegenüber dem Vorjahr eher günstigeren Ergebnis. In einem Zwischenbericht bezieht sich der Vorstand bei dieser Aussage vor allem auf die sich abzeichnende Umsatzentwicklung. In wichtigen Bereichen habe das Unternehmen seine Position über gestiegene Umsätze verbessern können. Im Geschäftsjahr 1982/83 erwirtschaftete KWS bei einem AG-Umsatz von 127 (122) Mill. DM einen Jahresüberschuß von 5,6 (5,1) Mill. DM. Daraus wurde eine Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet.

Eine Belebung der Saatgutnachfrage für Zuckerrüben, dem wichtigsten Bereich, brachte die nach mehrjährigem Rückgang 1984 erstmals wieder leicht gestiegene Zunahme der Anbauflächen in Europa. Angehalten hat ferner die positive Entwicklung bei Mais und bei Feldsaaten. Innerhalb der Gruppe verlief das Getreide-Geschäft (F. von Lochow-Petkus GmbH) zufriedenstellend. Für die van Waveren-Pflanzenzucht GmbH (Gemüse) und die Ragis Kartoffelzucht- und Handelsgesellschaft mbH rechnet der KWS-Vorstand mit Ergebnissen in Vorjahreshöhe.

Die ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften entwickelten sich planmäßig. Die US-Tochter Coker's Pedigreed Seed, die 1982/83 noch einen Verlust von 1,1 Mill. Dollar hinnehmen mußte, dürfte erstmals mit einem Gewinn abschließen. Positiv habe sich dabei die Zusammenarbeit mit dem US-Pflanzenzüchter Rohm and Haas Seeds Inc. auf den Gebieten Winterweizen und Soja ausgewirkt.

ITALIEN / Metallverarbeitung produziert wieder mehr

Auslastung noch zu gering

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische metallverarbeitende Industrie blickt seit letztem Herbst auf leicht steigende Produktionszahlen. Die bisherige Konjunkturverbesserung hat den Ausnutzungsgrad der Anlagen durchschnittlich aber noch nicht wieder auf das Niveau des Jahres 1981 zurückgeführt.

Mit einer flachen Aufwärtskurve rechnet der Zentralverband der Metallinstrie auch noch in den kommenden Monaten. Zusätzliche Kostenbelastungen erwartet der Verband von der im kommenden Jahr in Kraft tretenden Arbeitszeitverkürzung von jetzt 40 auf 39 Wochenstunden.

Im Jahre 1983 betrug der Auslastungsgrad im Durchschnitt aller metallverarbeitenden Unternehmen 69 Prozent (Vorjahr: fast 71 Prozent). Am niedrigsten war der Auslastungsgrad im Maschinenbau, am höchsten bei den Bürotechnik- und Informatikherstellern mit 81 Prozent. Die Ausfuhren der italienischen metallverarbeitenden Industrie erhöhten sich 1983 gegenüber dem Vorjahr um elf Prozent, während die Einfuhren unverändert blieben. Der Aktivsaldo im Außenhandel stieg damit wertmäßig um 42 Prozent auf 17 000 Mrd. Lire (28,3 Mrd. DM); mengenmäßig um etwa ein Prozent.

Die Beschäftigung ging im vergangenen Jahr erneut zurück. In den Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten, die vor allem im Anlagenbau und im Fahrzeugbau konzentriert sind, sank die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent. Damit nahm der in den letzten drei Jahren eingetretene Arbeitsplatzverlust auf insgesamt 13,8 Prozent zu. Stark erhöht hat sich auch die Kurz- und Nullarbeit.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

WMF erhöht Dividende

Stuttgart (nl) – Der HV der Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, am 20. Juli wird für 1983 die Ausschüttung von 12 Prozent Dividende für 40 Mill. DM Stamm- und 10 Mill. DM Vorzugsaktien vorgeschlagen. Für 1982 waren lediglich die Vorzugsaktien (mit 6 Prozent) bedient worden. Der Umsatz der WMF-Gruppe sank zwar um 0,9 Prozent auf 638 Mill. DM, doch wurden inzwischen einige unrentable Bereiche (Leiterplatten, Verkaufsautomaten) stillgelegt. Für 1984 wird eine positive Geschäftsentwicklung erwartet.

Erste Quote von Bauknecht

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Gläubiger des 1982 in Konkurs gegangenen Hausgeräteherstellers G. Bauknecht GmbH, Stuttgart, erhalten eine erste große Ausschüttung. Wie der Konkursverwalter Volker Grub bestätigte, werden 87,8 Mill. DM ausgezahlt.

Petrofina steigerte Gewinn

Brüssel (dpa/VWD) – Das größte private Industrieunternehmen Belgiens, die Mineralölgesellschaft Petrofina S. A., Brüssel, hat 1983 den konsolidierten Reingewinn von 12,11 auf 14,11 Mrd. belgische Franc (704,1 Mill. DM) gesteigert. Die Petrofina, die in der Bundesrepublik die Deutsche Fina (Handel), Sigma Coatings (Farben) und Erdöl Raffinerie Duisburg kontrolliert, steigerte den konsolidierten Umsatz von 509,6 auf 544,9 Mrd. bfr (27,2 Mrd. DM).

17 Mrd. DM Umsatz

Stuttgart (dpa/VWD) – Das deutsche Bäckerhandwerk mit seinen 29 000 handwerklichen Produktionsbetrieben und 10 700 Filialen hat 1983 einen gegenüber 1982 fast unveränderten Umsatz von etwa 17 Mrd. DM erzielt. Im Konditorenhandwerk setzen zusätzlich 4500 Betriebe mit 2500 Verkaufsfilialen rund 2,5 Mrd. DM um.

Diamalt-Verlust

München (VWD) – Die Schering-Tochter Diamalt AG, München, weist für 1983 erneut einen Fehlbetrag von 0,99 (15,5) Mill. DM aus, der einschließlich des Verlustvortrages von 18,0 Mill. DM zu einem Bilanzverlust von 19,0 Mill. DM führt. Der Umsatz ging um 16 Prozent auf 138 (165) Mill. DM zurück. Im Zusammenhang mit der Eingliederung in die Schering AG, die über 95 Prozent des 52,8 Mill. DM betragenden Diamalt-Kapitals hält, wird den freien Aktionären auf der HV am 2. Juni eine Schering-Aktie für vier Diamalt-Aktien angeboten.

FERNWÄRME / Preise wurden nur leicht angehoben

Böblingen an der Spitze

HANS BAUMANN, Essen

Die Preise für Fernwärme haben sich seit dem letzten Preisvergleich am 1. März 1983 im Durchschnitt nur noch um 1,2 Prozent erhöht. Vor einem Jahr noch wurde vom Bundesverband der Energie-Abnehmer, Hannover, eine Verteuerung im abgelaufenen Jahr um 5,5 Prozent und im Jahr zuvor sogar um 18 Prozent im Durchschnitt festgestellt.

Die Preisveränderungen bis April 1984 bewegten sich zwischen minus 5,4 Prozent bei den Stadtwerken Mannheim und plus 21,1 Prozent bei den Stadtwerken Herten. Für die letzten vier Jahre beträgt die kumulierte durchschnittliche Preiserhöhung für Fernwärme 54,3 Prozent. Die Erhöhungen liegen für diesen Zeitraum zwischen 13,2 Prozent bei der Gemeinde Trappenkamp und 110,1 Prozent bei den Stadtwerken Böblingen.

Nach dem Preisvergleich des Hannoverschen Verbandes differieren die Preise der einzelnen Fernwärme-Versorgungsunternehmen sehr stark. Die Durchschnittspreise bei einer Wärmeleistung von 600 Kilowatt und einer Benutzungsdauer von 1500 und 2000 Stunden im Jahr bewegen sich zwischen 57,95 Mark je eine Million Kilowattstunden bei den Stadtwerken Neumünster und 93,03 Mark bei den Stadtwerken Böblingen. Bezogen auf den niedrigsten Preis entspricht dies einer Preisspanne von 61 Prozent.

Die Reihenfolge der 10 Versorger mit den höchsten Preisen gibt der Verband wie folgt an: Stadtwerke Böblingen, Stadtwerke Schweinfurt, Städtische Werke Kassel, VEW Dortmund, Stadtwerke Tübingen, Heizkraftwerk Mainz, Stadtwerke Heidelberg, EVS Ulm, Stadtwerke Ingolstadt und Stadtwerke Frankfurt.

Die Gruppe der 10 Versorger mit den niedrigsten Fernwärmepreisen setzt sich nach dem Preisvergleich wie folgt zusammen: An der Spitze unverändert Stadtwerke Neumünster und Ferndampfversorgung Hameln, gefolgt von Stadtwerken Lemgo, Stadtwerken Bonn, EVS Heilbronn, Ferndampfversorgung Hameln, Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, EV Offenbach, Stadtwerke Iserlohn und Stadtwerke Kiel.

Bei der Beurteilung der Preise ist die jeweilige Erzeugungsbasis zu berücksichtigen. Liefert ein Unternehmen Fernwärme aus Abwärme eines Heizkraftwerkes, so kann es in der Regel kostengünstiger versorgen. Stammt die Wärme aus einem reinen Heizwerk, so ist die Fernwärme teurer.

RENTENMARKT / US-Zinshausse belastet Klima

Leitzinserhöhung befürchtet

Am Rentenmarkt hat sich das Klima unter dem Einfluß der Zinshausse in den USA während der letzten Tage spürbar verschlechtert. Zusätzlich verstimmten die Spekulationen über eine Leitzinserhöhung, auf die sich der besonders zinsreagible Markt der Bundesanleihen mit einer Renditeerhöhung bereits einzustellen begonnen hat. Ob sich der Zentralbankrat wirklich zu einem solchen Schritt entschließt, dürfte in erster Linie davon abhängen, ob eine weitere Steigerung des Dollars und Abschwächung der D-Mark ein solches Ausmaß annehmen, daß die Währungshüter eine Beeinträchtigung der Preisstabilität befürchten müssen. Deswegen richten sich alle Blicke auf den Devisenmarkt. (cd.)

Emissionen	11.5. 84	4.5. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,59	7,41	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,59	7,50	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,56	7,50	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,76	7,75	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,52	7,44	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,20	7,11	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,13	8,08	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,53	7,45	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,87	7,78	8,08	8,45	10,32

JAPAN / Luftfahrtindustrie bemüht sich um Anschluß an Europa und die USA

Beteiligung an internationalen Projekten

rtr, Tokio

Die lange Jahre um Anschluß an Europa und die USA bemühte Luftfahrtindustrie Japans ist flügge geworden. Sie schickt sich an, Stücke aus dem großen Kuchen des kommerziellen Flugzeugmarktes im Werte von mehreren hundert Millionen Dollar für die nächsten zwei Jahrzehnte herauszuschneiden. Nach stetiger Profilierung als Lieferant von Teilen für führende Flugzeugproduzenten seit Beginn der 80er Jahre haben sich die japanischen Hersteller inzwischen an bedeutenden internationalen Projekten für Entwicklung und Produktion von Flugzeugen und Flugzeugmotoren der nächsten Generation beteiligt.

Die drei führenden Unternehmen der japanischen Luftfahrtindustrie – Mitsubishi, Kawasaki und Fuji Heavy Industries – konzentrieren sich auf die nächste Jet-Generation und nehmen damit einen auf 3500 Fluggeräte veranschlagten Weltmarkt in den nächsten zwei Dekaden ins Visier. Sie sind zum Beispiel an den Planungen von Boeing für eine 150sitzige Passagiermaschine und an dem Fünf-Nationen-Projekt für das neue Flugzeugtriebwerk V-2500 beteiligt.

Eine Beteiligung an dem europäischen Airbus-Projekt zum Bau des ebenfalls 150sitzigen A-320 ist zudem im Gespräch und wird von dem Konsortium Airbus Industrie unter Kostengesichtspunkten angestrebt. Der A-320 soll bereits 1992 in die Lüfte abheben, damit die internationalen Fluggesellschaften rechtzeitig ihre dann veralteten Boeing-Bestände ersetzen können.

In der Luftfahrtbranche gilt als sicher, daß Japan auch in den nächsten Jahren bei Projektkooperationen nur die Rolle eines „Junior-Partners" spielen wird. Dennoch wird Japan wegen seiner Finanzkraft als attraktiver Partner angesehen. Das japanische Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) stellt beträchtliche Subventionen für heimische Luftfahrtunternehmen bereit, die sich an neuen Projekten beteiligen.

Im europäischen Airbus-Konsortium hält man Japan für fähig, einen eigenen 150-Sitzer bauen zu können. Probleme lägen allerdings noch im Absatz, für den ein weltweites Marketing sowie Wartungs- und Service-Einrichtungen unabdingbar sind.

In das 150-Sitzer-Projekt von Boeing sind die drei führenden Flugzeugunternehmen Japans nicht nur mit einer 25prozentigen Beteiligung eingestiegen, sondern sie haben darüber hinaus versprochen, beim Absatz behilflich zu sein. Allerdings müssen mindestens 500 Stück verkauft werden, bevor einer der Projektpartner einen Gewinn einstreichen kann.

Stark engagiert hat sich Mitsubishi bei den Triebwerken von morgen. Zusammen mit Kawasaki und Ishikawajina-Harima Heavy Industries ist Mitsubishi über die neue Japan-Aircraft Maintenance Corporation bei der Entwicklung des Triebwerkes V-2500 für 150sitzige Maschinen der neuen Generation dabei, die eine Gruppe von Unternehmen aus fünf Nationen zu geschätzten Kosten von einer Mrd. Dollar in Angriff genommen hat. Darüber hinaus hat sich Mitsubishi mit der amerikanischen Pratt and Whitney zu einer weiteren Triebwerkskooperation entschlossen.

Auch bei Citroën wird jetzt gestreikt

J. Sch. Paris

Die französische Automobilindustrie kommt nicht zur Ruhe. Nach dem mehrwöchigen Streik bei Talbot in Poissy zu Beginn dieses Jahres wird seit Freitagnachmittag das Citroën-Werk Aulnay-sous-bois bei Paris von einem Teil der Belegschaft besetzt gehalten. Dazu aufgerufen hatte die kommunistische CGT-Gewerkschaft. Sie will mit dieser völlig überraschend beschlossenen Aktion die Verwaltung zur Aufgabe ihrer Entlassungspläne zwingen.

Wie Talbot, so gehört auch Citroën zu dem privaten Automobilkonzern Peugeot. Das Werk Aulnay, in dem das CX-Modell montiert wird, beschäftigt 6800 Personen, davon 4500 Gastarbeiter, von denen die meisten Marokkaner sind. Entlassen werden sollen 1309 und frühpensioniert 400 Personen. Für sämtliche Citroën-Werke wurde bei den Behörden die Genehmigung zur Freisetzung von 6000 Arbeitern, davon 2800 Entlassungen, beantragt. Noch ist der Entlassungsantrag nicht genehmigt. Jedoch erklärte Sozialminister Bérégovoy, daß die Gewerkschaften die notwendige Umstrukturierung nicht behindern.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Werner Jagielski, Aalen-Wasseralfingen; **Ahrensburg:** Nachl. d. Robert Ludwig Joachim Blunk, Bargteheide; **Berlin-Charlottenburg:** Mayntz GmbH & Co. KG; **Bochum:** Herbert Bartsch GmbH vorm. Heinz Michel GmbH & Co. KG; **Burgdorf:** Haferland Bauges. mbH u. Co. KG.; **Dortmund:** Risch Verwaltungsges. mbH u. Co. KG, Baugesellschaft; Risch Verwaltungsges. mbH; **Düsseldorf:** KERSTEN Industriebedarf GmbH & Co. KG; ZAW-Industriemontage u. Rohrleitungsbau GmbH; **Langenfeld:** Suitbert Kleibrink, Schreinermeister, Bau- u. Möbelschreinerei, Innenausbau; Nachl. d. Ewald Schütte; **Euskirchen:** Nachl. d. Paul Meuser, Mechernich-Kommern; **Flensburg:** Dietrich-Karl Hück, Arzt, Sörup; **Hanau:** Pintsch Öl GmbH; **Hannover:** Heinz Knudsen jun., Inh. d. „Bogo" Sporthauses Heinz Knudsen, Ronnenberg; **Höxter:** Weser Kunststoffe Zurwehme Ges. mbH, Beverungen; **Iserlohn:** Wilhelm Brasse; Verwaltungsges. mbH d. Fa. Wilhelm Brasse; **Lübeck:** Heinrich Karwoth Vorwerker Bauges. mbH u. Co. KG; **Lüdinghausen:** Optima Kleider GmbH, Olfen; Pieper Innenausbau- u. Möbelwerkstätte GmbH, Olfen; **Offenburg:** Eleonore Wörner geb. Haas, Offenburg-Zell-Weierbach; **Osnabrück:** Nachl. d. Gisela Margarete Link geb. Liebisch; **Pforzheim:** Dr. Funk GmbH, Brillenfabrik, Ölbronn-Dürrn; **Rendsburg:** Alfred Kowalewski, Nindorf.

Anschlußkonkurs eröffnet: Esslingen: Geb. Abel GmbH & Co., Wernau.

Vergleich beantragt: Albstadt: Julius Schweizer KG, Bauunternehmen; **Stuttgart:** Einrichtungssysteme Dr. Schiller GmbH, Backnang.

KÖNIGSBACHER BRAUEREI / Ausstoß gehalten

Ein „grundsolides Jahr“

HANS BAUMANN, Koblenz

Er nennt es selbst ein „grundsolides Jahr“, der Sprecher des Vorstandes der Königsbacher Brauerei AG, Koblenz. Gemeint ist das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.), dessen Bilanz jetzt vorliegt. Bei gleichgebliebenem Ausstoß hat sich der Umsatz von 190 auf 201 Mill. DM erhöht. Preistreue und Denken in Renditen gehören seit eh und je zur Philosophie dieses traditionellen Hauses.

Hans-Joachim Karrich nennt keine Ausstoßziffern mehr, da er das Denken in Mengen für ein Grundübel der deutschen Brauwirtschaft hält. Man wird aber richtig liegen mit der Annahme, daß der Gesamtabsatz einschließlich alkoholfreier Getränke bei 1,4 Mill. Hektoliter liegt, wobei der Bierabsatz erheblich jenseits der einen Millionen liegt.

Im „grundsoliden Jahr“ wurden 11 Mill. DM investiert. Die Finanzanlagen erhöhten sich um mehr als 3 Mill. DM durch Ausleihungen an die Kunden auf jetzt beachtliche 27 Mill. DM. Die Liquidität stieg von 21 auf 23 Mill. DM; sie übersteigt damit das Grundkapital von 21 Mill. DM.

Die Rückstellungen wurden um 2,5 auf 47 Mill. DM aufgestockt. Der Jahresüberschuß ist mit 3,3 (3,1) Mill. DM ausgewiesen. Ein Abschluß, wie man ihn in der deutschen Brauwirtschaft suchen muß. Der Cash-flow signalisiert, daß auch in den kommenden Jahren die Investitionen aus Eigenmitteln finanziert werden können.

Doch Karrich ist ein konservativer Unternehmer, der bei allem Optimismus nie vergißt, daß „Wirtschaft“ auch die Gefahr des Niedergangs einschließt. So sagt er in einem Ausblick: „Wir machen uns ernsthafte Gedanken, wie wir 1983/84 gut über die Bühne bekommen können.“ Dazu gehört auch, die galoppierenden Kosten zu zügeln. Eine Preiserhöhung (nach zweijähriger Pause) um 3 Prozent soll dazu beitragen. Einschließlich des Aufschlages des Fachgroßhandels rechnet Karrich damit, daß sich die Halbliterflasche um 5 Pfennig verteuert. Der Faßbierpreis bleibt unverändert.

Im Berichtsjahr hat die Marke Königsbacher 300 Gaststätten hinzugewonnen. Das Bier wird zur Zeit in der Bundesrepublik in rund 10 000 Gaststätten gezapft. Königsbacher ist zu 50 Prozent an der Quelle Dauner Sprudel beteiligt, die im Berichtsjahr 180 000 Hektoliter absetzte. Diese Quelle fließt munter. Allein in den ersten Monaten 1984 stieg der Ausstoß um 10 Prozent. Die Aktionäre haben wieder Teil mit einer Bardividende von 9 Prozent.

SPARKASSEN / Unternehmen investieren stärker

Kreditgeschäft beschleunigt

dos. Hannover

Eine Änderung des Sparverhaltens bei den privaten Kunden beobachtet der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband. Nachdem 1983 die Geldvermögensbildung der Privatpersonen mit 1,8 Mrd. DM um 800 Mill. DM unter dem Niveau des Vorjahres lag, habe sich im ersten Quartal 1984 der Trend wieder umngekehrt, erklärte Verbandspräsident Dietrich H. Hoppenstedt. Die Spareinlagen bei den 73 niedersächsischen Sparkassen nahmen in den ersten drei Monaten um gut 170 Mill. DM zu. Die Gesamteinlagen allerdings, die 1983 noch um 5,1 Prozent auf 50,7 Mrd. DM wuchsen, verringerten sich im ersten Quartal um 0,1 Prozent, weil die Unternehmen wieder stärker investierten und ihre Geldvermögensbestände um 183 (20) Mill. DM abbauten.

Weiter beschleunigt hat sich das Kreditgeschäft, das bereits 1983 um 5,8 Prozent auf 49,1 Mrd. DM ausgeweitet worden war. Der Zuwachs um 1,2 Prozent im ersten Quartal 1984 sei zu zwei Dritteln auf kurzfristige Kredite einschließlich Wechselkredite entfallen. Zufrieden zeigt sich Hoppenstedt mit der Ertragsentwicklung. Die auf 3,56 (3,49) Prozent erhöhte Zinsspanne ließ 1983 das Betriebsergebnis vor Steuern auf 1,73 (1,69) Prozent der Bilanzsumme steigen.

Überaus kritisch äußerte sich Hoppenstedt zu der angestrebten Fusion der Oldenburgischen Landesbank und der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank, Hamburg. Nach seiner Ansicht sprechen mehr Argumente gegen als für einen Zusammenschluß. Die Sparkassenorganisation habe weitgehende Bedenken. Aus landespolitischer Sicht sei die Fusion wenig sinnvoll. Hoppenstedt gibt dem Vorhaben nur geringe Chancen für eine Realisierung.

3M DEUTSCHLAND / Sorge mit dem Dollar im Bereich Handelsware

Umsatzplus überwiegend im Inland

HARALD POSNY, Neuss

Ganz unzufrieden kann die 3M Deutschland GmbH, Neuss, angesichts des allgemein schwierigen Wirtschaftsumfelds mit dem Geschäftsjahr 1982/83 (31. 10.) eigentlich nicht gewesen sein. Zwar stieg der Gesamtumsatz nur um 4,1 Prozent (mengenmäßig um 4,6 Prozent) auf 868 Mill. DM, doch trug der Inlandsumsatz mit einem Wachstum von knapp 6 Prozent auf 646 Mill. DM bei einem Mengenplus von 7,9 Prozent wesentlich stärker zu Umsatz und Ergebnis bei als das Auslandsgeschäft (222 nach 224 Mill. DM).

Am Inlandsumsatz sind die Bereiche Industriemärkte mit 27, Büro- und Informationssysteme mit 20 und der Fahrzeug-, Sicherheits- und Kennzeichnungssektor (17 Prozent) die weitaus größten, fast gleichauf liegen (foto-)grafische Produkte, Network Technik, Heimelektronik und Konsumgüter sowie Elektrogeräte mit jeweils 10 Prozent.

Eher Anlaß zur Sorge ist für den 3M-Managing-Director, den Schweden Bo Ekman, und seinen Finanzchef Günter Neisen die Kostenentwicklung. Hier stieg der Materialeinsatz (vor allem Handelsware) mit 7 Prozent auf 454 Mill. DM nicht nur stärker als der Umsatz, es erhöhte sich auch innerhalb der letzten 5 Jahre der Anteil an der Gesamtleistung von 44 auf 52,2 (50,8) Prozent, während sich z. B. der Personalkostenblock von 24,3 auf 25,2 (25,8) Prozent nur geringfügig bewegte. Die Belegschaft verringerte sich im letzten Jahr von 3370 auf 3221 Personen.

Der Materialkostenblock geht überwiegend auf die verschlechterte Währungsrelation der DM zum Dollar zurück. Ekman sieht sich auf der einen Seite ohnmächtig gegenüber der Dollarentwicklung, auf der anderen könnte es ihm die Mutter Minnesota Mining & Manufacturing Company, St. Paul, Minnesota/USA, verübeln, wenn er mehr Produkte in Europa verkaufen würde.

Das Vorsteuerergebnis ging 1982/83 von 8,1 auf 5,8 Prozent des Umsatzes zurück, nach Steuern stieg der Jahresüberschuß leicht auf 25 (24) Mill. DM, entsprechend 2,9 (2,7) Prozent des Umatzes. Der höhere Jahresüberschuß ist auschließlich eine Folge der geringeren Ertragssteuerbelastung, da im Berichtsjahr – anders als im Jahr zuvor – für eine Dividende der volle Steuersatz angewandt wurde. Für 1982/83 werden 26,8 Mill. DM ausgeschüttet. Zusammen mit dem Gewinnvortrag von 150 Mill. DM beträgt der aufgelaufene Gewinn 175 Mill. DM. Im übrigen ist 3M Deutschland solide finanziert und außerordentlich liquide. Das Eigenkapital macht 73 (74) Prozent der Bilanzsumme aus und überdeckt mit 315 Mill. DM das Anlagevermögen (153) und die Vorräte (151 Mill. DM).

Für 1983/84 ist Ekman nach 6 Monaten und einem Umsatzwachstum von 11 Prozent vor allem aus dem Inlandsmarkt optimistisch. Zur Zeit ist dank höherer (65 nach 62 Prozent) Kapazitätsauslastung und zum Stillstand gekommenen Preisverfall auch in sensiblen Marktsektoren eine Umkehr des Vorsteuerergebnisses zu erkennen. Bo Ekman: „Aber bei einem Dollarkurs von 2,80 DM wird es schwierig, das Ergebnis zu verbessern.“

GEORG FISCHER / Betriebsergebnis verbessert – Dividende fällt aus

Umstrukturierung trägt Früchte

HARALD POSNY, Düsseldorf

Wie die Konjunktur im Investitionsgütersektor verlief auch für den schweizerischen Georg Fischer-Konzern das Geschäftsjahr 1983 unbefriedigend. Das Konzernergebnis litt unter erheblichen außerordentlichen Aufwendungen für Sonderabschreibungen, Stillegungen und damit verbundene Sozialpläne für eine weiter auf 15 112 (15 542) verringerte Belegschaft. Obwohl diese Aufwendungen aus den Reserven des Anlagevermögens kompensiert wurden, ist ein Verlust von erneut 11 Mill. sfr ausgewiesen worden.

Auf der anderen Seite hat sich das operative Ergebnis nach Zinsen um 24 Mill. sfr in positive 5 Mill. sfr verwandelt. Der Umstrukturierungsprozeß beginnt erste Früchte zu tragen. In erheblichem Umfang (47 Mill. sfr) konnten Schulden abgebaut werden, der Eigenkapitalanteil von 35 Prozent an der Bilanzsumme wurde gehalten.

Die Georg Fischer AG (GF), Schaffhausen, geriet mit 2,3 Mill. sfr in die roten Zahlen (nach einem Gewinn von 1,3 Mill. sfr im Jahr zuvor), denen 4,8 Mill. sfr Gewinnvortrag gegenüberstehen und für eine Ausschüttung (zuletzt 25 sfr je 500 sfr-Inhaberaktie für 1980) nicht ausreichen.

Das Stammhaus verzeichnete 1983 einen Rückgang des Umsatzes um 9,6 Prozent auf 698 Mill. sfr, der Konzernumsatz ging von 1,63 auf 1,56 Mrd. sfr zurück. Die Hälfte des Rückgangs von 4 Prozent ist währungsbedingt. Vor allem die Abschwächung des DM-Kurses hat sich angesichts des bedeutenden deutschen Anteils am Konzern-Gesamtumsatz negativ auf Erträge und Bilanzpositionen in Schweizer Franken niedergeschlagen.

Die Bundesrepublik ist nach wie vor in Produktion (42 Prozent) und Verkauf (36 Prozent) Schwerpunkt des GF-Konzerns. So profitierte GF im Bereich Kundenguß (626 Mill. sfr) eindeutig von der Nachfragebelebung der deutschen Pkw-Industrie. Die Kapazitäten waren sowohl in Singen als auch in Mettmann bei Düsseldorf besser ausgelastet.

Im Baubereich wurden zusätzlich die Chancen der anziehenden Konjunktur für Guß- und Kunststoffprodukte (364 Mill. sfr) u. a. für Fittings, Armaturen, Hydraulikzylinder wahrgenommen. Der Maschinenbau (u. a. Burkhardt & Weber, Reutlingen) steigerte den Umsatz (306 nach 250 Mill. sfr) im harten Wettbewerb, nicht jedoch den Ertrag. Der Anlagenbau fiel dagegen auf 265 (300) Mill. sfr zurück.

Im laufenden Jahr hat sich der Geschäftsgang im Konzern deutlich belebt. Der Bestelleingang des 1. Quartals liegt um 12 Prozent über dem Vorjahr, der Konzernumsatz stieg um 5 Prozent. Im Gesamtjahr 1983 wuchs der Bestelleingang auf 1,51 (1,47) Mrd. sfr, der Auftragsbestand lag bei 648 (719) Mill. sfr. Die Investitionen lagen mit 43 (61) Mill. wesentlich unter den Abschreibungen von 57 (59) Mill. sfr. Der Cash-flow betrug 52 (51) Mill. sfr.

DANISCO BERLIN / Aquavit-Absatz stabilisiert sich

„Kein Anlaß für Euphorie“

HENNER LAVALL, Bonn

Die Freude über das 60. Jubiläumsjahr ist nicht ganz ungetrübt: Die Danisco-De Danske Spritfabrikker Berlin GmbH, Berlin, hätte sich nach den Worten ihres Geschäftsführers Bernd Gröning ein erfolgreicheres Jahr 1984 gewünscht. „Aber die ersten vier Monate geben keinen Anlaß für Euphorie.“ Der Aquavit-Hersteller und -Importeur von Produkten der gleichnamigen Muttergesellschaften in Dänemark ist allerdings sicher, daß die Absatzzahlen im laufenden Geschäftsjahr leicht anziehen werden. Voraussetzung seien aber entsprechende Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die Steuerdiskussionen meinte Gröning, „Bonn sollte aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und unsere Branche noch eine Weile in Ruhe lassen“.

Das Jahr 1983 verlief für das Spirituosen-Unternehmen – gemessen an der Konkurrenz – bereits wieder zufriedenstellend. Nach den beiden aufeinanderfolgenden Branntwein-Steuererhöhungen in 1981 und 1982 um insgesamt sechs Mark je Liter reinen Alkohol, litt die Branche auch noch 1983 unter dem Konsumverzicht aller Bevölkerungskreise.

Dabei schrumpfte der Aquavit-Markt mit rund fünf Prozent stärker als der gesamte Spirituosenmarkt (rund 4,5 Prozent). Die Berliner Danisco-De Danske Spritfabrikker überstand das letzte Jahr dagegen ohne weitere Absatzeinbußen, wie Gröning zufrieden feststellte. So sind mit dem Verkauf von unverändert 3,7 Mill. Flaschen Aquavit und Bitter 68,3 (i.V. 65,2) Mill. DM Umsatz erzielt worden. Der Staat hat an dem Erfolg des Aquavit-Marktführers mit 27,8 Mill. DM Branntweinsteuer partizipiert, reichlich 40 Prozent vom Umsatz.

Daß rund ein Drittel Marktanteil in Deutschland nicht in den Schoß fallen, beweisen die für Marketing wieder ausgegebenen 7 Mill. DM in 1983. „Wir haben es aber nach wie vor nicht nötig, die vom Handel so gern geforderte Aktionshilfe in Form von finanzieller Unterstützung zu gewähren“, meinte Gröning selbstbewußt.

So soll es auch künftig bleiben. Vorteilhaft für das Berliner Unternehmen mit einem weiteren Herstellungsbetrieb in Buxtehude ist dabei die Absatzstruktur: 50 Prozent der Produkte werden in der Gastronomie verkauft. „Es hat unseren Absatz deshalb nicht betroffen“, erklärte Gröning, „daß im Haushaltsverbrauch der Anteil von Aquavit am gesamten Spirituosenkonsum von 1,8 Prozent auf 1,7 Prozent in letzten Jahr gesunken ist“.

KÜPPERSBUSCH / Vergleich vorzeitig erfüllt

Verlustvortrag getilgt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die im Sommer 1982 im Sog der damals zahlungsunfähig gewordenen AEG ebenfalls in Schwierigkeiten geratene Küppersbusch AG, Gelsenkirchen, hat nach Trennung von der Mutter AEG, erfolgreicher Sanierung und Konzentration auf das Hausgeräte-, Haustechnik-, Großküchen- und Industrie-Wärmetechnikgeschäft im ersten eigenständigen Geschäftsjahr 1983 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Im Geschäftsbericht heißt es dazu, der Verlustvortrag aus 1982 von 22,5 Mill. DM sei durch außerordentliche Erträge aus dem Forderungsverzicht im Rahmen des Vergleichs freigewordene Rückstellungen und Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil voll getilgt worden.

Zu Jahresende 1983 war der Vergleich vorzeitig erfüllt worden (die WELT v. 8. 2. 84). Angesichts der fühlbaren Erholung des Hausgerätesektors, sowie des Exports glaubt der Vorstand, im laufenden Jahr „ein ausgeglichenes Ergebnis auch aus eigner Kraft“ erzielen zu können.

Das Geschäftsjahr 1983 ist besser als im Sanierungsplan vorgesehen, verlaufen. Obwohl Vergleiche wegen der veränderten Umsatz-, Kosten- und Personalstruktur kaum möglich sind, hat Küppersbusch einen Umsatz von 227 (286) Mill. DM erzielt. Davon kamen 46 Prozent aus dem Hausgeräte-, 31 Prozent aus dem Haustechnik- sowie 23 Prozent aus dem Großküchengeschäft. Immerhin lag der Umsatz um 11 Prozent über den Plandaten. Die Beschäftigtenzahl ging um 26 Prozent auf 1400 zurück. Das Küppersbusch-Grundkapital von 15 Mill. DM liegt noch zu 45 Prozent bei AEG, weitere 52 Prozent sind bei dem Essener Rechtsanwalt Karlheinz Hütsch „geparkt“, bis ein geeigneter Käufer gefunden ist.

FINANZANZEIGEN

DEUTSCHE SCHIFFAHRTSBANK
Aktiengesellschaft
DOMSHOF 17 · 2800 BREMEN · TELEFON: 0421/3609-0 · TELEX: 244870

KURZBILANZ 1983:

AKTIVA	Mio. DM	PASSIVA	Mio. DM
Langfristige Schiffskredite	1.856,0	Schiffspfandbriefe u. Darlehen	1.861,2
Ausleihungen bis 4 Jahre	173,1	Verbindlichkeiten bis 4 Jahre	174,0
Durchlaufende Kredite	24,0	Durchlaufende Kredite	24,0
Liquide Anlagen	87,4	Übrige Passiva	67,2
Wertpapiere	25,7	Eigenkapital	82,0
Übrige Aktiva	45,7	Bilanzgewinn	3,5
Summe der Aktiva	2.211,9	Summe der Passiva	2.211,9
		Bürgschaften	143,6
		Geschäftsvolumen	2.355,5

Der Geschäftsbericht 1983 kann von Interessenten bei uns angefordert werden.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 11. Mai 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 in Höhe von DM 3 500 000,– zur Ausschüttung einer Dividende von 10 % zu verwenden.

INTERNATIONALE SCHIFFSFINANZIERUNGEN

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung der Aktionäre unserer Gesellschaft findet am Mittwoch, dem 20. Juni 1984, um 10.00 Uhr im Forum des Stadthauses in Bad Homburg v. d. Höhe, Marienbader Platz, statt.

Die vollständige Tagesordnung sowie Hinweise zur satzungsgemäßen Hinterlegung der Aktien erscheinen im Bundesanzeiger Nr. 89 vom 11. Mai 1984. Letzter Hinterlegungstag ist der 14. Juni 1984.

Unsere Aktionäre, die ihre Aktien durch ein Kreditinstitut verwahren lassen, erhalten über ihre Depotbank eine Einladung zur Hauptversammlung zugesandt.

Bad Homburg v. d. Höhe, 9. Mai 1984
Der Vorstand

ALTANA Industrie-Aktien und Anlagen AG **ALTANA**

Die Aktionäre der

Otto Stumpf Aktiengesellschaft

Nürnberg, Sportplatzstraße 30, werden hiermit zu der am Dienstag, dem 26. Juni 1984, vormittags 11.00 Uhr im Sitzungssaal der Deutsche Bank AG, Karolinenstraße 30, Nürnberg, stattfindenden

57. ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Den genauen Wortlaut der Tagesordnung bitten wir dem Bundesanzeiger Nr. 90 vom 12. 5. 1984 zu entnehmen bzw. bei unserer Gesellschaft abzufordern.

Fürth, im Mai 1984 Der Vorstand

GUANO-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg

Wir laden unsere Aktionäre zu der am 28. Juni 1984 um 11.30 Uhr in unseren Geschäftsräumen Hamburg, Spitalerstraße 10, 4. Stock, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein. Die Tagesordnung der Hauptversammlung sowie Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien und Ausübung des Stimmrechts bitten wir dem Bundesanzeiger Nr. 91 vom 15. Mai 1984 zu entnehmen.

Hamburg, im Mai 1984 DER VORSTAND

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje – Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

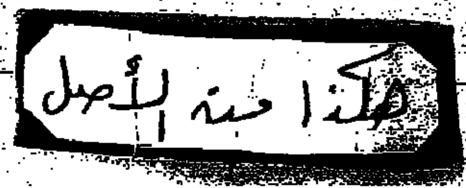
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



LEICHTATHLETIK

Fernduell Göhr gegen Ashford

dpa/sid, Erfurt/Frankfurt

Wenige Tage nach der Verkündung des Olympia-Boykotts durch die Sowjetunion, die „DDR" und fünf andere kommunistische Länder hat in der Leichtathletik die Zeit der Fernduelle begonnen. Den Anfang machten die beiden weltbesten 100-Meter-Läuferinnen Marlies Göhr („DDR") und Evelyn Ashford (USA).

Die 26jährige Jenaerin blieb in Erfurt mit 10,96 Sekunden zum 14. Mal auf dieser Strecke unter elf Sekunden. Wenige Stunden später antwortete Evelyn Ashford in Modesto (Kalifornien) mit windunterstützten 10,78 Sekunden – das war sogar um eine Hundertstelsekunde schneller als bei ihrem im Juli 1983 in der Höhenlage von Colorado gelaufenen Weltrekord (10,79). Marlies Göhr: „In dieser Saison will ich mir den Weltrekord zurückholen. Meine 10,96 Sekunden bei den fürchterlichen Wetterbedingungen in Erfurt zeigen mir, daß ich schon gut in Form bin. Und dann möchte ich bei den Sportfesten nach den Olympischen Spielen möglichst auf Evelyn Ashford treffen." Die Ashford konterte: „Wenn es bei mir so weitergeht, hat mein Weltrekord nicht mehr lange Bestand."

Über 100 m wurden in Modesto die 10,01 Sekunden des Amerikaners Mel Lattany vom Winde verweht, Europameister Frank Emmelmann (Magdeburg) sprintete in Erfurt bei nur sieben Grad reguläre 10,19 Sekunden. Für heraussragende Leistungen sorgten außerdem Kugelstoß-Weltrekordler Udo Beyer (21,54 m), Speerwerferin Antje Kempe (7o,58 m) und Diskuswerferin Gisela Beyer (69,58 m).

Beim 4. Frankfurter Stadt-Marathon wahrte die Darmstädterin Charlotte Teske mit einem Sieg in 2:31:17 Stunden ihre Olympia-Chance. Monika Lövenich (Huchem-Stammeln), die wegen erneuter Ischiasbeschwerden schon nach sieben Kilometern aufgeben mußte, beendet vielleicht ihre sportliche Karriere. Bei den Männern gab es einen äthiopischen Doppelsieg: Dereje Nedi (2:11:16) gewann vor Vize-Weltmeister Kebede Balcha (2:11:38). Ob die Äthiopier in Los Angeles am Start sein werden, steht noch nicht fest.

HOCKEY

Bronze für deutsches Damen-Team

sid, Lille

Einen halbwegs versöhnlichen Ausgang nahm der bisherige Saisonverlauf für die Damen des Deutschen Hockey-Bundes (DHB). Mit einem 1:0-Sieg über England sicherte sich das DHB-Team gestern nachmittag im französischen Lille die Bronzemedaille bei der Hockey-Europameisterschaft (den Titel gewann Holland mit einem 2:0 über die UdSSR).

Damit werden die enttäuschenden Ergebnisse der vergangenen Wochen etwas aufgewogen. Nach den überraschenden Niederlagen gegen die UdSSR in der Osterwoche und den Enttäuschungen beim Jubiläums-Turnier des deutschen Verbandes in Berlin fand die Olympia-Vorbereitung jetzt eine halbwegs versöhnliche Zwischenstation.

Schon in den fünf Vorrundenspielen zeigte sich die deutsche Mannschaft gegenüber den vorausgegangenen Tests verbessert. Sie gewann alle Spiele ohne Gegentor und wurde souveräner Sieger der Vorrundengruppe B. Die stärkeren Gegner allerdings waren der Gruppe A zugelost, in der auch die Mannschaften von Weltmeister Holland und der Sowjetunion spielten, die sich für das Finale der Europameisterschaft qualifizierten.

Erst im Halbfinale traf die deutsche Mannschaft auf einen dieser stärkeren Gegner und scheiterte im Kampf um den Einzug ins Finale fast erwartungsgemäß an Holland. Bereits vor zwei Wochen in Berlin hatten die Holländerinnen mit 1:0 gewonnen.

In Lille wurde ihnen der Sieg jedoch weitaus schwerer gemacht: Bis drei Minuten vor Schluß erwiesen sich die deutschen Frauen als gleichwertige Gegner und waren dem 2:2-Ausgleich oft sehr nahe. ein Konter der Holländerinnen führte in der 67. Minute zum entscheidenden 1:3, das für die Mannschaft von Bundestrainer Wolfgang Strödter nur noch den Kampf um die Bronzemedaille zuließ.

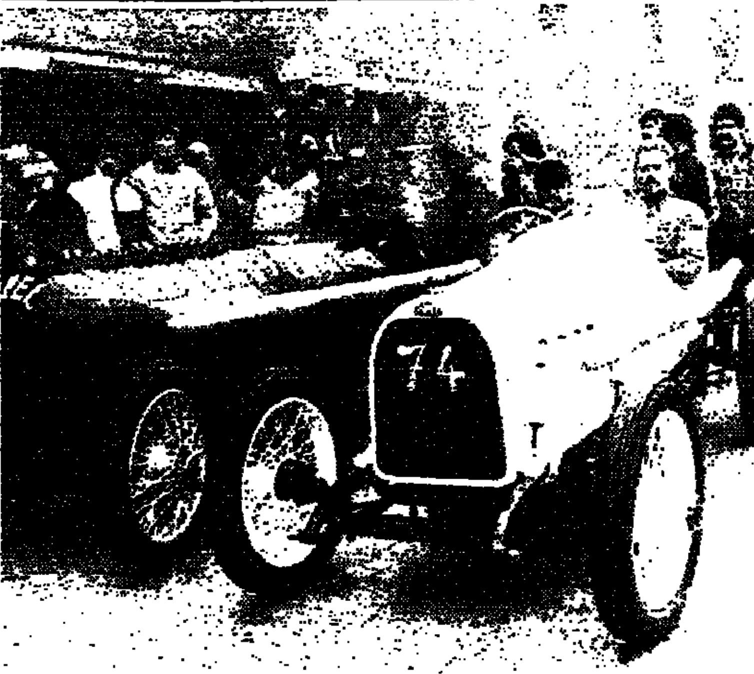
Wie schon in den verangegangenen Spielen fand auch die Begegnung um den dritten Platz in fast familiärer Atmosphäre statt. Nur eine Handvoll Zuschauer wurde Zeuge des 1:0-Sieges der deutschen Damen, den Mittelstürmerin Martina Koch (Hanau) in der 47. Minute sicherstellte.

NÜRBURGRING / Die große Eröffnungsshow bei Regen und Kälte





Niki Lauda wieder auf dem Nürburgring: Mit John Watson (links) auf dem Weg zum Rennen mit Mercedes-Fahrzeugen. FOTO: SVEN SIMON



Ob Opel, hier im Bild, ob Mercedes, ob Ford – bei der großen Eröffnungs-Show waren auch die Oldtimer dabei. FOTO: HORSTMÜLLER

100 000 Motorsport-Fans im Chaos

Ein kurzer, heftiger Slalom um Kiefern und Baumstümpfe, dann stand das Auto inmitten von Sumpfdotterblumen und vor Nässe triefendem Gras: Parkplatz „A 8", gleich gegenüber der Start-und-Ziel-Geraden des alten und neuen Nürburgringes. Vorher, zwischen dem Hotel „Döttinger Höhe" und der Einfahrt zum „Ring", schien eine dreiviertel Stunde lang nichts mehr zu gehen. Da stand Auto an Auto, da schlängelten sich Motorradfahrer verwegen durch die kilometerlange Blechlawine, da hatten entnervte Automobilisten längst den langen Marsch durch den Regen angetreten. Nürburgring-Eröffnung 1984: Kälte, Chaos, Regen.

Mit 80 000 Zuschauern hatte die Nürburg-Ring GmbH gerechnet. Auf den Weg in die Eifel hatten sich aber wohl doppelt soviel gemacht, Einlaß fanden am Ende nur 100 000, obwohl noch am Freitagabend in fliegender Hast 20 000 Notkarten nachgedruckt werden mußten. Etwa 20 000 Motorsport-Fans kamen aber erst gar nicht bis zu den Tribünen, weil sie mit Tikkets zwischen den klammen Fingern hoffnungslos im Stau steckengeblieben waren oder auf den unbefestigten Parkplätzen zwischen Kiefern und Baumstümpfen keinen Platz mehr fanden.

Mit 515 Kraftfahrzeugen je 1000 Einwohner hat Rheinland-Pfalz ohnehin schon die bei weitem größte Autodichte unter allen Bundesländern, doch zur Eröffnung des neuen Nürburgrings kamen sie aus allen Teilen Europas. Die Folge: Schon um 14.00 Uhr – eine Stunde nach Beginn des Show-Programms – meldete die Polizei Verkehrsstillstand in einem Umkreis von 20 Kilometern. Fünf Stunden Fahrzeit von Frankfurt in die Eifel galten am Samstag als guter Wert. Am Ende der Fahrzeugkolonnen wurden von denen, die den Kampf ums Vorankommen aufgegeben hatten, Karten zu Schwarzmarktpreisen von 40 Mark (Normal: 25 Mark) angeboten.

Die Unkenntnis vieler Zuschauer über die Beschaffenheit des neuen Motodroms, die aus ganz Rheinland-Pfalz abkommandierten und in der Eifel ortsunkundigen Polizisten, aber auch die These der Organisatoren: „Wir lassen mal alles auf uns zukommen" hatten den neuen Nürburgring schon zur Eröffnung aus allen Nähten platzen lassen. Sicher, 1975, bei einem der letzten großen Grand-Prix-Veranstaltungen auf dem alten Ring, waren auch rund 100 000 Besucher gekommen. Doch damals verteilten sich die Zuschauer um eine Rennstrecke von 22,8 Kilometern Länge. Am Samstag aber mußte eine weitaus größere Zahl um ein 4,5 Kilometer langes Motodrom gruppiert werden. Und wer von den Zuschauern hatte das schon begriffen? Da war zum Beispiel die Gruppe junger Motorradfahrer aus Skandinavien, die an der „Hohen Acht" – wie in alten Zeiten – zeltete, finnische, schwedische und norwegische Flaggen aufzog, den Spirituskocher in Gang setzte und der Dinge harrte, die kommen sollten. Doch es kam kein Auto vorbei. Gefahren wurde nämlich woanders, auf dem neuen „Ring."

Hugo Strasser hatte im dicken Wintermantel dirigiert, seine Saxophonisten gar nicht erst die Handschuhe abgelegt – so kalt war es droben in der Eifel geworden. Das Staatsballett von Ruanda verzichtete auf seine Darbietungen, weil seine an tropische Hitze gewöhnten Trommeln bei Eisheiligen-Temperaturen keinen Ton mehr von sich gaben. Dabei sollte ihr dumpfer Klang durch die ganze Eifel hallen, bis hinunter nach Niederzissen, um von der Eröffnung des neuen „Ringes" zu künden ...

Also mußte es beim Grußwort des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und dessen Forderung bleiben: „Der Nürburgring muß wieder Weltgeltung erlangen" und bei der Prognose des österreichischen Formel-1-Fahrers Niki Lauda: „Ich bin sicher, daß an dieser Strecke zehn oder sogar 15 Jahre nichts verändert werden muß, weil einfach bei der Planung weit genug vorausgedacht wurde." Beides kann in Einklang gebracht werden, wenn die Organisation klappt, wenn nicht unkontrollierte Massen Fahrerlager und Boxenstraße bevölkern, wenn die Rennleitung nicht innerhalb eines Touristenschwarms Entscheidungen treffen muß. Denn eines hat das Chaos in der Eifel überdeutlich bewiesen: Der Mythos Nürburgring hat nichts von seiner Anziehungskraft verloren – im Gegenteil. Doch was wäre gewesen, wenn 20 Grad Wärme noch mehr Publikum als am Samstag angelockt hätten, wenn statt der Oldtimer-Vorstellungen richtige Rennen stattgefunden hätten? Vielleicht gibt es in 14 Tagen beim Großen Motorrad-Preis von Deutschland eine Antwort, wenn Zehntausende mit eigenen Motorrädern in die Eifel kommen.

KLAUS BLUME

GALOPP

Zwei Längen Vorsprung: Slederella

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Mit zwei Längen Vorsprung gewann die dreijährige Stute Slenderella aus der Zucht des Gestüts Schlenderhan vor nur 7000 Zuschauern auf der Galopprennbahn in Düssdeldorf das ARAG-Schwarzgold-Rennen (102 000 Mark, 60 000 Mark der Siegerin, 1600 m, Europa-Gruppe III), das erste klassische Rennen der Turf-Saison 1984. Im Sattel saß Jockey Andreas Tylicki (27). Slenderellas Trainingsgefährtin La Colorada aus dem Gestüt Fährhof, als 28:10-Totofavoritin am Start, erreichte als Zweite das Ziel vor Trude mit Peter Schade, das letzte Platzgeld fiel an die 360:10-Außenseiterin Romana mit Championjockey Lutz Mäder.

Georg Bocskai (24), erster Jockey am Stall von Championtrainer Heinz Jentzsch (64) in Köln, hatte sich für den Ritt auf La Colorada entschieden. Er hoffte darauf, festes Geläuf vorzufinden, hatte dabei aber offensichtlich die Wettervorhersagen außer Betracht gelassen. Slenderella hatte zuletzt im Düsseldorfer Stutenpreis die Winterkönigin La Colorada bereits geschlagen. Bei insgesamt fünf Starts blieb die Stute viermal siegreich.

Das Rennen, zur Erinnerung an die legendäre Schlenderhaner Stute Schwarzgold gelaufen, die 1940 mit Jockey Gerhard Streit den Preis der Diana und das Derby (mit zehn Längen Vorsprung) gewann, hat Championtrainer Heinz Jentzsch seit 1962 gestern zum zehnten Mal gewonnen. Das Gestüt Schlenderhan, in den letzten Jahren im harten Konkurrenzkampf mit dem Gestüt Fährhof um die Nummer eins im deutschen Rennsport, gewann gestern das 83. klassische Rennen seit der Gründung im Jahre 1869. Gestütsleiter Ewald Meyer zu Düte: „Siege in diesem Rennen haben für uns einen besonderen Stellenwert."

Im Graf Beissel-Rennen in Düsseldorf mußte der heiße Favorit Love Letter vom Start verwiesen werden. er war trotz aller Bemühungen nicht bereit, seinen Startplatz zu beziehen. Der Hengst galt als einer der Favoriten für das Deutsche Derby.

Toto des Schwarzgold-Rennens: Sieg 44, Pl. 16, 19, 21, ZW: 144, DW: 1076.

32. Bundesliga-Spieltag: Stuttgarts Patzer läßt selbst München wieder hoffen

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	32	18	10	4	77:31	46:18	49:11	28:4	28:20	18:14
2. Hamburg	32	20	6	6	74:34	46:18	49:18	26:6	25:16	20:12
3. München	32	19	6	7	80:38	44:20	56:12	29:3	24:26	15:17
4. M'Gladbach	32	19	6	7	76:47	44:20	51:16	30:2	25:31	14:18
5. Bremen	32	18	7	7	76:43	45:21	48:12	28:4	28:31	15:17
6. Köln	32	14	6	12	62:53	34:30	37:23	21:11	25:30	13:19
7. Leverkusen	32	13	8	11	49:46	34:30	31:14	24:8	18:32	10:22
8. Bielefeld	32	11	9	12	38:45	31:33	23:17	19:13	15:28	12:20
9. Uerdingen	32	12	7	13	60:70	31:33	33:24	21:11	27:46	10:22
10. Braunschweig	32	12	6	14	51:66	30:34	38:18	24:8	13:48	6:26
11. Düsseldorf	32	11	7	14	61:67	29:35	45:21	22:10	16:46	7:25
12. K'lautern	32	11	6	15	64:64	28:36	37:20	21:11	27:44	7:25
13. Dortmund	32	10	7	15	51:64	27:37	34:16	22:10	17:48	5:27
14. Mannheim	32	8	11	13	37:56	27:37	23:25	15:17	14:31	12:20
15. Bochum	32	9	8	15	51:67	26:38	32:24	20:12	19:43	6:26
16. Frankfurt	32	5	13	14	40:61	23:41	21:19	16:16	19:42	7:25
17. Offenbach	32	7	5	20	46:98	19:45	32:34	17:15	14:64	2:30
18. Nürnberg	32	6	2	24	36:79	14:50	29:37	14:18	7:42	0:32

● **Die Situation:** Stuttgarts Patzer beim 2:2 gegen Frankfurt hat die Meisterschaft noch offener gemacht. Das schon vorab gefeierte „echte Endspiel" zwischen den Schwaben und dem Hamburger SV erhält jetzt noch eine neue Variante: Holen Stuttgart und HSV aus ihren beiden noch ausstehenden Spielen jeweils 2:2 Punkte, Bayern München aber in Dortmund und gegen Uerdingen 4:0 Punkte, dann könnte der Meister wegen der besseren Tordifferenz aus München kommen. Rummenigge: „Eigentlich wollten wir nur noch den Pokal gewinnen. Jetzt hängen wir uns noch einmal richtig rein."

● **Das Restprogramm:** Was für die Stuttgarter bisher als Vorteil galt, wendet sich plötzlich gegen sie: Am nächsten Samstag muß die Mannschaft von Trainer Helmut Benthaus in Bremen antreten – und die Bremer zeigen keine Müdigkeit, obwohl es für sie nur noch darum geht, ihren guten fünften Tabellenplatz zu behaupten. Am 26. Mai kommt dann Hamburg ins Neckarstadion. Zuvor hat der HSV die große Möglichkeit, im Heimspiel gegen Frankfurt den Stuttgarter Fehler nicht zu wiederholen. Bayern München dagegen spielt in Dortmund und gegen Uerdingen, also gegen zwei schwächere Teams.

● **Die Abstiegssituation:** Bochums Sieg über Leverkusen und der überraschende Punktgewinn der Frankfurter haben die Situation am Tabellenende weitgehend geklärt: Der schon feststehende Absteiger Nürnberg wird von Offenbach begleitet, im Relegationsspiel zwischen dem Drittletzten der Bundesliga und dem Dritten der 2. Liga treffen wohl zwei Gründungsmitglieder der höchsten deutschen Spielklasse aus dem Jahre 1963 aufeinander. Eben Eintracht Frankfurt (Trainer Dietrich Weise: „Platz 16 war unser Ziel, das haben wir erreicht") und der MSV Duisburg, Absteiger von 1982.

● **Die Torschützenliste:** Es gibt keinen Zweifel mehr daran, daß sich Karl-Heinz Rummenigge als Torschützenkönig aus der Bundesliga verabschiedet. Seine beiden Treffer beim 5:2-Sieg Bayern Münchens über den 1. FC Kaiserslautern schraubten sein Torekonto auf 25. Damit hat er jetzt in der Torschützenliste sieben Treffer Vorsprung vor dem Mönchengladbacher Frank Mill und Rudi Völler, dem Titelverteidiger aus Bremen. Dieter Schatzschneider liegt mit 15 Treffern immerhin auf Platz fünf hinter dem Bochumer Christian Schreier, zusammen mit fünf weiteren Spielern.

Statistik: Mannschaften, Tore und Zuschauer

ERGEBNISSE

Offenbach – Bremen	3:7	(1:2)
Nürnberg – Hamburg	1:6	(1:3)
Stuttgart – Frankfurt	2:2	(2:0)
Braunschweig – Düsseldorf	4:1	(3:0)
Mannheim – Bielefeld	0:2	(0:0)
Bochum – Leverkusen	2:1	(1:0)
M'gladbach – Uerdingen	7:1	(2:0)
München – K'lautern	5:2	(2:2)
Köln – Dortmund	5:2	(0:2)

DIE SPIELE

München – K'lautern 5:2 (2:2)

München: Pfaff – Augenthaler – Martin, Maurer, Dürnberger – Nachtweih, Kraus, Lerby – M. Rummenigge (46. Del'Haye), Hoeneß, K.-H. Rummenigge. – **K'lautern:** Hellström – Dusek – Wolf, Briegel, Melzer – Brehme, Ellenfeldt (77. Hoos), Geye, Allofs – Nilsson, Hübner (87. Loechelt). – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 0:1 K.-H. Rummenigge (2.), 1:1 Nilsson (32.), 1:2 Wolf (33.), 2:2 K.-H. Rummenigge (45.), 3:2 Kraus (64., Foulelfmeter), 4:2 Lerby (79., Foulelfmeter), 5:2 Del'Haye (83.). – **Zuschauer:** 18 000.

Braunschweig – Düsseldorf 4:1 (3:0)

Braunschweig: Franke – Pahl – Bruns, Scheike (55. Keute) – Geiger, Ellmerich, Lux, Tripbacher, Studzizba

– Geyer, Worm. – **Düsseldorf:** Kurth – Zewe – Bunte, Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fach, Löhr, Weikl – Edvaldsson, Dusend (81. Thiele). – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Lux (6.), 2:0 Geiger (25.), 3:0 Tripbacher (42.), 3:1 Zewe (63., Foulelfmeter), 4:1 Keute (87.). – **Zuschauer:** 10 199. – **Gelbe Karten:** Kuczinski (7), Löhr (3).

Bochum – Leverkusen 2:1 (1:0)

Bochum: Zumdick – Knüwe – Kree, Oswald – Lameck, Woelk, Schulz, Bönighausen, Kühn (87. Krella) – Kuntz (66. Pater). Schreier. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Winklhofer, Röber, Hörster, Patzke (79. Vöge), Geschlecht – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Oswald (32.), 2:0 Kree (73.), 2:1 Vöge (83.). - **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Vollborn (2).

Köln – Dortmund 5:2 (0:2)

Köln: Schumacher – Lefkes – Prestin, Steiner – Hartmann, Reif, Engels, Hönerbach – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Konopka, Rüßmann, Koch (76. Semlits) – Tenhagen, Bittcher, Keser, Raducanu – Klotz, Wegmann (73. Reich). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Rüßmann (21.), 0:2 Koch (44.), 1:2 Lefkes (47.), 2:2 Littbarski (51.), 3:2 Hartmann (72.), 4:2 Littbarski (83.), 5:2 Allofs (86.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Hartmann (4/2), Engels (2), Reif (2), Zorc (2).

Mannheim – Bielefeld 0:2 (0:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Kohler, Schlindwein – Bauer, Hein, Schön – Remark (73. Makan), Linz, Walter (73. Olaidotter). – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Geils, Hupe, Schnier – Kühlhorn, Pagelsdorf, Pohl – Rautiainen, Grillemeier, Ozaki. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 Grillemeier (72.), 0:2 Pagelsdorf (86., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Bauer (2), Wohlers (7/1), Grillemeier (4/2).

M'gladbach – Uerdingen 7:1 (2:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Ringels, Hannes, Borowka – Herlovsen (73. Frontzeck), Matthäus, Fleer – Mill (83. Pinkall), Criens, Lienen. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Schwarz (57. Sackewitz), van de Loo, Buttgereit – Thomas, Funkel, Feilzer, Klinger – Hofmann, Loontiens. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 1:0 Mill (23.), 2:0 Lienen (44.), 3:0 Matthäus (47.), 4:0 Lienen (73.), 5:0 Matthäus (75.), 6:0 Borowka (77.), 6:1 Feilzer (84.), 7:1 Frontzeck (87.). – **Zuschauer:** 13 600. – **Gelbe Karte:** Schwarz.

Nürnberg – Hamburg 1:6 (1:3)

Nürnberg: Heider (41. Kargus) – Grahammer – Reinhardt, Giske – Brunner, Lieberwirth, Täuber, Burgsmüller, Lottermann – Trunk, Heidenreich. – **Hamburg:** Stein – Jakobs (88. Hansen) – Kaltz, Schröder – Hartwig (71. Schatzschneider), Groh, Rolff, Magath, Wehmeyer – Milewski, von Heesen. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Trunk (21.), 1:1 Schroder (22.), 1:2 Kaltz (24., Foulelfmeter), 1:3 von Heesen (40.), 1:4 Rolff (69.), 1:5 Schatzschneider (71.), 1:6 Schatzschneider (74.). - **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Täuber (7/1), Reinhardt (2), Schröder (2).

Offenbach – Bremen 3:7 (1:2)

Offenbach: Reck – Trapp – Thiel (46. Höfer), Kutzop, Demuth – Paulus, Grünewald (74. Michelberger), Bein, Eichhorn – Hofeditz, Krause. – **Bremen:** Burdenski – Fichtel – Kamp, Lellek, Otten – Möhlmann, Pezzey, Meier (65. Hermann) – Reinders (81. Ordenewitz), Neubarth, Völler. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Bein (16.), 1:1 Völler (30.), 1:2 Neubarth (36.), 2:2 Bein (48.), 3:2 Bein (49.), 3:3 Kutzop (58., Eigentor), 3:4 Neubarth (66.), 3:5 Reinders (70.), 3:6 Neubarth (81.), 3:7 Möhlmann (87.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Grünewald (4).

Stuttgart – Frankfurt 2:2 (2:0)

Stuttgart: Jäger – Makan – K.-H. Förster, B. Förster – Schäfer, Niedermayer, Buchwald, Sigurvinsson, Allgöwer – Reichert (90. Zietsch), Ohlicher (84. Müller). – **Frankfurt:** Pahl – Fruck – Berthold, Kraaz – Sievers, Borchers, Mohr, Falkenmayer, Trieb – Krämer (77. Müller), Svensson (73. Tobollik). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 1:0 Reichert (8.), 2:0 Allgöwer (21.), 2:1 Berthold (85.), 2:2 Müller (90.). – **Zuschauer:** 36 000.

VORSCHAU

Samstag, 19. Mai, 15.30 Uhr:

Offenbach – Braunschweig	(4:4)
Hamburg – Frankfurt	(0:0)
K'lautern – Nürnberg	(4:3)
Dortmund – München	(0:1)
Uerdingen – Köln	(0:3)
Leverkusen – M'gladbach	(1:3)
Bielefeld – Bochum	(3:2)
Düsseldorf – Mannheim	(1:1)
Bremen – Stuttgart	(0:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Die Nerven des Favoriten flattern – und auch daran soll Bundestrainer Derwall schuld sein

Von ULRICH DOST

Es ist schon kurios, auf welchen gedanklichen Pfaden manche Menschen wandeln, wenn sie Erklärungen suchen für etwas, was sie nicht wahrhaben wollen. Bundestrainer **Jupp Derwall** (56), man höre und staune, soll nun indirekt schuld daran sein, daß der VfB Stuttgart in seinem Heimspiel gegen Eintracht Frankfurt nicht über ein 2:2 hinauskam und nun befürchten muß, auf der Ziellinie im Kampf um die deutsche Meisterschaft vom Hamburger SV abgefangen zu werden.

Zuzugeben, daß die Mannschaft an diesem Tag weit hinter ihren Möglichkeiten blieb, wäre zu einfach gewesen. Da muß die Schwäche erklärt werden, da muß ein Sündenbock gefunden werden. Und weil es vielfach in Mode gekommen ist, den Bundestrainer für alles verantwortlich zu machen, schlagen die Stuttgarter in die gleiche Kerbe. Die Spieler seien zu nervös und zu hektisch gewesen, weil der Bundestrainer auf der Tribüne saß, meinte Stuttgarts Präsident **Gerhard Mayer-Vorfelder** (51): „Einige haben doch nur noch das Thema Nationalmannschaft im Kopf gehabt." Was richtig ist und gleichzeitig nichts Schlechtes sein muß.

Nach wie vor möchte der baden-württembergische Kultusminister nicht, daß seine Spieler **Helmut Roleder** (30), **Karl-Heinz Förster** (25), **Bernd Förster** (28) sowie **Guido Buchwald** (23) am 22. Mai beim Länderspiel in Zürich gegen Weltmeister Italien 90 Minuten spielen müssen. Mayer-Vorfelder spricht von „Wettbewerbsverzerrung", da die Hamburger vor dem wohl entscheidenden Bundesligaspiel am 26. Mai in Stuttgart mit **Wolfgang Rolff** (24) nur einen Spieler abstellen müssen.

Die Kritik des Stuttgarter Präsidenten bezog sich vor allen Dingen auf Buchwald, der sein Debüt in der Nationalmannschaft geben soll und nach so vielen glänzenden Spielen am Samstag in einer schwachen Stuttgarter Mannschaft zu den Schwächsten zählte. Schon vor dem Spiel war Buchwald bei Mayer-Vorfelder vorstellig geworden und hatte sich beschwert, der Verein lege ihm Steine bei seiner Nationalmannschafts-Karriere in den Weg. Buchwald: „Ich lasse mir meine Karriere nicht kaputtmachen, sonst ist die nächste Saison beim VfB eben meine letzte." Der Abwehrspieler war erst vor dieser Saison vom Zweitligaklub Stuttgarter Kickers zum Bundesligaklub gekommen. Nun gibt es also doch wieder Spieler, die gerne bei Jupp Derwall spielen wollen, da stellt sich aber ein Vereins-Präsidium quer.

Derwall hat nach dem Spiel mit Präsident Mayer-Vorfelder sprechen wollen, doch der möchte erst das Gespräch auf höherer Ebene mit DFB-Präsident **Hermann Neuberger** (64) suchen. Eine Zustimmung holte sich der Bundestrainer dann zumindest von Stuttgarts Trainer **Helmut Benthaus** (48) ein. Derwall: „Die Sache ist klar, die Stuttgarteer sind dabei. Am Dienstag werde ich mein Aufgebot für Zürich bekanntgeben."

Die Stuttgarter aber sind nervös geworden. „Wir hätten den gleich polizeilich abführen sollen", sagte Geschäftsführer **Ulrich Schäfer** (45) zum Besuch des Bundestrainers, „und am 26. Mai beim Finale ist er ja auch bestimmt wieder da." Was vielleicht witzig klingen sollte, zeigt letztlich nur den mühevollen Versuch, eigene Schwächen zu übertünchen. Derzeit halten sich die Stuttgarter nur mit Durchhalteparolen aufrecht. **Karl Allgöwer** (27), gegen Frankfurt noch der beste Stuttgarter, sagt: „Wer jetzt durch den Punktverlust nicht mehr an den Titel glaubt, hat in unserer Mannschaft nichts verloren."

Der Konkurrent aus Hamburg wird es dankbar zur Kenntnis nehmen, daß die Nerven der Stuttgarter doch sehr nahe an der Oberfläche liegen.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

Dieter Schatzschneider jubelt: Gegen den 1.FC Nürnberg erzielte der Hamburger Mittelstürmer zwei Tore und erhöhte damit seine Saison-Trefferzahl auf 15. Zufrieden sind die Hamburger dennoch nicht mit Schatzschneider, sie wollen den Schotten Mark McGhee verpflichten. Der Vorwurf an Schatzschneider: Er kann kein Spiel entscheiden. FOTO: BONGARTS

*

Beim HSV wird derzeit nicht lange gefackelt, da weiß jeder, was er zu tun hat. „Substanz ist bis zum Saisonende genug vorhanden. Die beiden letzten Spiele werden wir auch über die Bühne bringen", sagt Trainer **Ernst Happel** (58). Er vergißt bewußt das Wörtchen „erfolgreich", doch jeder, der ihn kennt, weiß, daß Happel nichts anderes meint. Wo die Stuttgarter noch abwägen („Eine Niederlage in Bremen können wir uns erlauben"), wo sie alles gegeneinander aufrechnen und Spekulationen anstellen, gehen die Hamburger den schnurgeraden Weg. Manager **Günter Netzer** (39): „Unsere Mannschaft wird sich nicht auf andere verlassen."

Und auch das ist typisch für die Hamburger: Wo andere großes Brimborium um Neuverpflichtungen anstellen, tun sie lieber im stillen genau das Richtige. Heimlich, still und leise sind sie sich mit dem Mittelstürmer **Mark McGhee** (27) vom FC Aberdeen einig geworden. Für 1,2 Millionen Mark wollen sie den Spieler vom Europapokalsieger verpflichten. Zum nächsten Heimspiel gegen Frankfurt erwarten die Hamburger den Schotten mit seiner Mutter zu Besuch im Volksparkstadion. Das hat jedenfalls Präsident **Wolfgang Klein** (43) angekündigt.

Mit dieser Verpflichtung wird wohl gleichzeitig das Kapitel **Dieter Schatzschneider** (25) nach nur einjähriger Dauer abgeschlossen sein. Sich selbst korrigieren nennt Trainer Happel diesen Vorgang. Von dem Schotten McGhee hat er immer geschwärmt. Von Schatzschneider hat er erhofft, was er bei dem Schotten immer gesehen hat. Bald schon mußte er erkennen, daß Schatzschneider dazu nicht in der Lage ist. Viel schlimmer noch, daß er ihm nichts mehr beibringen kann. Wenn Schatzschneider beim HSV jetzt noch spielt, dann nur deshalb, weil ein Spieler, der spielt, teurer verkauft werden kann als einer, der auf der Bank sitzt.

Da hilft dem smarten Mittelstürmer auch nicht, daß er auf seine charmante Art im „Aktuellen Sportstudio" am Samstagabend versuchte, die wahren Probleme für sein Scheitern in Hamburg anderen in die Schuhe zu schieben. Schlimm eigentlich, daß sich Moderator Bernd Heller (42) so leicht um den Finger wickeln ließ und Schatzschneider („Ach, wissen Sie, was ich mir wünsche ... Ich wünsche mir einen Sohn nach drei Töchtern") genügend Raum ließ, sich selbst ins rechte Licht zu rücken. Es waren nämlich nicht die Journalisten, die nur darauf gewartet haben, Schatzschneider fertigzumachen. Immerhin hat die Hamburger Mannschaft wegen ihm und **Wolfram Wuttke** (23) eine Mannschaftssitzung einberaumt, in der darüber diskutiert wurde, wie mit den beiden weiter zu verfahren sei. Das haben sich nicht Journalisten ausgedacht.

Ob er denn gegen Frankfurt spiele, wollte Heller wissen. Schatzschneiders Antwort: „Das wissen zwei Leute. Der liebe Gott und der Trainer. Und mit beiden spreche ich nicht momentan ..."

Das hört sich ulkig an, wenngleich man auch darauf gespannt sein darf, wann er wieder mit dem lieben Gott spricht. Froh kann er nur sein, daß sich Happel vornehm zurückhält. Denn der hat schon verlauten lassen, daß ihn die 15 Tore von Schatzschneider „einen Dreck interessieren". Ein HSV mit **Horst Hrubesch** (30), der keine Tore schießt, sei ihm lieber als eine Hamburger Mannschaft mit Schatzschneider, der 15 Mal trifft. Denn das ist klar: Schatzschneider erzielte seine Tore erst dann, wenn es um die Verbesserung der Tor-Differenz ging. Spiele entscheiden und wichtige Punkte sichern – das hat Schnatzschneider nicht gekonnt.

*

Von den Bundesliga-Fans ist man ja einiges gewöhnt – mit dem Benehmen nehmen sie es meistens nicht so genau. Daß aber gleich eine ganze Gruppe von Anhängern schweigend ihren Protest zum Ausdruck bringt, ist ein Novum in der Bundesliga. „Keine Leistung – keine Fans", schrieben die Nürnberger Fans auf ein riesiges Transparent und blieben dem Spiel gegen Hamburg im Fan-Block 4 einfach fern. Was war mit ihnen los, wo sie doch wegen jeder Kleinigkeit ihren Protest vereint herausbrüllen? Sollten sie jetzt in die innere Emigration gegangen sein?

Aber nicht doch, sie waren ja im Stadion, hatten sich auf anderen Stehplätzen verteilt. Und beim genauen Hinschauen fiel tatsächlich noch ein zweites Plakat ins Auge: „Udo, bleib da". Nachtigall, ick hör' dir trapsen.

Udo heißt Nürnbergs Manager **Klug** (46) mit Vornamen, und den hat der Verein schon seit längerem als Manager und Trainer entmachtet. Klug aber war es, der zum harten Kern der Nürnberger Fans ins Stammlokal „Seerose" gegangen war, der mit ihnen diskutiert hatte, der mit ihnen getrunken hatte. Hat sich der geschaßte Manager seiner alten Freunde erinnert und um einen kleinen Gefallen gebeten? Beweisen kann man das nicht, aber vermuten. Schon vor dem Spiel, als noch niemand ahnte, was im Block 4 passierte, sagte Klug zu Journalisten: „Heute werden einige aus dem Vorstand dumm schauen."

In der letzten Woche hatten gerade die Fans das Nürnberger Team aufgebaut. Mit Sprechchören besangen sie bereits den Wiederaufstieg nach einem Jahr in der zweiten Liga. Nun ein plötzlicher Stimmungswandel? Das glaube, wer will.

Tore, Tore – warum nur gerade jetzt?

DW. Bonn

Den Beweis lieferten spätestens die beiden Halbfinal-Begegnungen des deutschen Fußball-Pokals: In den deutschen Stadien können auch wieder mehr als durchschnittlich zwei Tore fallen. Am 32. Spieltag wurde einer der ältesten Rekorde der Bundesliga ausgelöscht. Mit seinen 53 Toren übertraf er die alte Bestmarke vom 9. September 1967 (47 Tore) bei weitem. 53 Tore – im Schnitt fast sechsmal pro Spiel – ließen die Gesamtzahl auf 1029 (im Schnitt 3,57 pro Spiel) anwachsen. Kein anderes europäisches Land kann sich mit solchen Zahlen schmücken. Zum Vergleich: In Italien sind es nur 2,37 Tore pro Spiel, in Frankreich fallen 2,42, in England 2,71.

Die letzten beiden Spieltage können nun die Saison 83/84 zur torreichsten seit Bestehen der Bundesliga werden lassen. 56 Tore fehlen noch, um die Bestmarke von 1085 Toren aus der Saison 73/74 zu brechen.

Nun war dieser 32. Spieltag jedoch prädestiniert, eine solche Torflut hervorzubringen. Da trafen die Spitzenklubs aus Hamburg, München, Mönchengladbach und Bremen auf Vereine wie Nürnberg, Kaiserslautern, Uerdingen und Offenbach. Allesamt Mannschaften, die entweder schon abgestiegen sind oder einen Platz im Mittelfeld der Tabelle bereits sicher haben, für die also der Schlußspurt im Grunde uninteressant geworden ist.

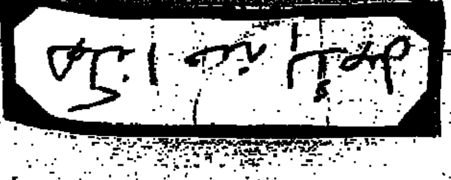
Das Verfolgerquartett des VfB Stuttgart hatte so gesehen leichtes Spiel, seine Tordifferenz aufzubessern. Der Spitzenreiter selbst traf mit Eintracht Frankfurt hingegen auf einen Gegner, der sich noch mit Zähnen und Klauen gegen den Abstieg wehrt. Das Ergebnis: 2:2, nur vier Tore also.

Für Bayer Leverkusen ging es in Bochum um die Teilnahme am UEFA-Pokal, die Bochumer benötigten dagegen dringend zwei Punkte im Kampf gegen den Abstieg. Der 2:1-Sieg der Bochumer zeigt, daß sich hier keiner vorzeitig geschlagen gab.

Der 1. FC Köln lag zur Halbzeit mit 0:2 gegen Borussia Dortmund zurück. Wäre es dabei geblieben, hätten die Kölner ihren Traum vom UEFA-Cup-Platz begraben dürfen. Trainer Hannes Löhr blies zur Offensive, sein Team gewann schließlich mit 5:2. Des Trainers Kommentar: „So stelle ich mir Fußball vor, das wollen die Zuschauer sehen."

Das gleiche sahen die Zuschauer auf dem Mönchengladbacher Bökelberg, wo die Mannschaft um Trainer Jupp Heynckes ebenfalls vier Tore in der zweiten Halbzeit erzielte. Daß beide, Hannes Löhr und Jupp Heynckes, sich in ihrer aktiven Zeit selbst nur zum Tor des Gegners orientierten, dürfte jedoch kaum der Grund der Torflut sein. Nürnbergs Torhüter Rudi Kargus bringt es auf die knappe Formel: „Zum Saisonende ist das immer so. Für viele Mannschaften geht es um nichts mehr. Diejenigen aber, die gewinnen müssen, riskieren alles." Und Jean-Marie Pfaff, der Belgier im Tor des FC Bayern München, fügt hinzu: „Wenn es für einen Verein um nichts mehr geht, dann läßt zwangsläufig die Konzentration nach. Dann ist eben jeder Schuß ein Treffer."

In der Tat: 23 der 53 Treffer vom Wochenende fielen in den letzten 20 Minuten der Spielzeit, also fast die Hälfte. Häufig fielen zwei Tore innerhalb von fünf Minuten, in Nürnberg waren es gar zweimal drei Tore innerhalb von vier Minuten. In der Zeit kurz vor beziehungsweise kurz nach dem Halbzeitpfiff erzielten Hamburg, München, Mönchengladbach, der 1. FC Köln und Werder Bremen alleine acht Tore.



2. Liga

Duisburg fast schon Dritter

sid/dpa, Bonn

Folgen hatte das 0:2 für den Karlsruher SC bei Union Solingen nun wirklich nicht: Die Karlsruher sind bereits in die Bundesliga aufgestiegen, jetzt fehlt ihnen jegliche Motivation. Anders sieht es beim MSV Duisburg aus. Nach dem Abstieg 1982 wollen die Duisburger nun unbedingt wieder aufsteigen. Am Samstag gab es einen ungefährdeten 4:1-Erfolg bei Hertha BSC Berlin. Damit dürfen die Duisburger zumindest weiter vom dritten Platz träumen, der ihnen die Entscheidungsspiele gegen den Drittletzten (wahrscheinlich Frankfurt) der Bundesliga um den dritten Aufsteiger garantiert.

Noch können sich die Duisburger auf die Tore ihres Mittelstürmers Roland Wohlfarth verlassen. Zweimal war der Torjäger in Berlin erfolgreich, mit 28 Treffern führt er jetzt alleine die Torschützenliste der zweiten Liga an.

DIE ERGEBNISSE

Solingen – Karlsruhe	2:0	(2:0)
Osnabrück – Freiburg	0:0	:
Lüttringh. – Stuttgart	0:2	(0:0)
Darmstadt – Hannover	1:1	(1:1)
Oberhausen – SCC Berlin	2:1	(1:0)
Hertha BSC – Duisburg	1:4	(1:1)
Ulm – Wattenscheid	1:1	(1:1)
Saarbrücken – Essen	1:1	(0:1)
Kassel – Köln	2:0	(2:0)
Schalke – Aachen am 15.5.	:	:

DIE TABELLE

1.Karlsruhe	36	23	7	6	88:44	53:19
2.Schalke	35	20	9	6	85:43	49:21
3.Duisburg	36	19	10	7	65:36	48:24
4.Kassel	36	19	7	10	63:36	45:27
5.Aachen	35	16	10	9	46:34	42:28
6.Solingen	36	16	9	11	66:53	41:31
7.Freiburg	36	12	16	8	48:49	40:32
8.Hertha BSC	36	13	11	12	64:54	37:35
9.Köln	36	14	9	13	65:62	37:35
10.Stuttgart	36	13	11	12	50:48	37:35
11.Saarbrücken	36	14	9	13	57:58	37:35
12.Darmstadt	36	11	12	13	47:69	34:38
13.Ulm	36	10	11	15	56:64	31:41
14.Wattenscheid	36	11	9	16	53:67	31:41
15.Hannover	36	9	11	16	48:66	29:43
16.Essen	36	7	18	15	45:59	28:44
17.Oberhausen	36	9	10	17	46:61	28:44
18.Osnabrück	36	10	7	19	39:58	27:45
19.SCC Berlin	36	9	9	18	39:63	27:45
20.Lüttringh.	36	6	5	25	35:82	17:55

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Sonntag, 20. Mai, 15.00 Uhr: Karlsruhe – Osnabrück, Aachen – Ulm, Essen – Kassel, Köln – Schalke, SCC Berlin – Saarbrücken, Stuttgart – Oberhausen, Duisburg – Hannover, Freiburg – Hertha BSC, Wattenscheid – Solingen, Lüttringhausen – Darmstadt.

TENNIS / Die „große weite Welt" am Hamburger Rothenbaum

Image wächst, aber nicht bei den deutschen Stars

H.-J. POHMANN, Bonn

„Die große weite Welt", Zitat der „Berliner Morgenpost", begann schon am Eingangstor der Tennisanlage am Rothenbaum, dem Austragungsort der 77. Internationalen Deutschen Meisterschaften. Da wurde dem Publikum auf einem handgeschriebenen Pappteller mit dem Zauberwort für Veranstalter „ausverkauft" mitgeteilt, daß es keinen Sinn mehr habe, sich noch um Plätze zu bemühen. Eine Entwicklung, die in der Tat erstaunlich ist. Noch Ende der 70er Jahre wurden regelmäßig Verluste eingespielt, es wurden sogar vom Deutschen Tennis-Bund (DTB) Bedenken angemeldet, diese traditionellen Meisterschaften ganz ausfallen zu lassen. Doch ein neues Management mit dem Hamburger Verbandspräsidenten Heinz Brenner an der Spitze schaffte es innerhalb kürzester Zeit, dem angestaubten Turnier ein neues Image zu verleihen.

Zuerst gingen die Veranstalter mit der Manager-Firma McCormack eine Verbindung ein, um den Fans bessere Spieler präsentieren zu können. Einmal mußte Brenner dabei sogar vor dem Pro Council, dem höchsten Gremium im Herren-Tennis, bange Minuten überstehen, als ihm nachgesagt wurde, er habe Garantiezahlungen für Jimmy Connors (100 000 Dollar) geleistet. Doch der Kreis schloß sich. Durch zugkräftige Stars wurde die Industrie mobilisiert, heute stehen *Firmen an, um ihre Produkte am Rothenbaum* präsentieren zu dürfen. Rund um die Plätze entstand eine Zeltstadt, auf der vom Eis am Stiel über Straßenschuhe bis hin zur kompletten Tennis-Bekleidung so ziemlich alles zu kaufen ist. Die Strategie für das zahlende Publikum heißt Abwechslung.

Clou sind die sogenannten VIP-Zelte, neun an der Zahl. Hier versammelt sich dann die Prominenz und die, die es gerne sein will, um mit speziell angefertigten Einlaßkarten „in" zu sein. Da bemühen sich die Hauptsponsoren Ebel und Boss mit Lacroix-Süppchen, oder man entscheidet sich zwischen dem Bier im Zelt des DTB-Vizepräsidenten Dr. Claus Stauder und dem Champagner in der Moët & Chandon-Ecke. Kurzum, Hamburg hat es geschafft, das Turnier ist vom Publikum, den Medien und Sponsoren angenommen worden.

Wenn da nicht ein kleiner Wermutstropfen empfindlich stören würde. Es ist erstaunlich, wie hilflos der DTB auf das Erscheinungsbild der deutschen Stars von Jahr zu Jahr reagiert. Im vergangenen Jahr gab es auf einmal die Masche mit der Nationalmannschaft. Acht Spieler wurden sorgsam fotografiert und in feinen Pressemappen vorgestellt. *Gemeinsames* Auftreten hieß die Devise, die jedoch nicht einmal ein halbes Jahr überdauerte. Diesmal gab es mal wieder eine neue Variante. Nun stellte der Verband für einzelne Spieler einen eigenen Coach zur Verfügung. Nikki Pilic durfte sich um Damir Keretic bemühen, während Boris Bekker Bundestrainer Günter Bosch anvertraut wurde.

Als Mannschaft und sozusagen als Konkurrenzunternehmen trat der ehemalige Damen-Trainer Klaus Hofsäß mit Michael Westphal, Eric Jelen, Hans-Dieter Beutel und Christoph Zipf auf, während das Davis-Cup-Doppel Andreas Maurer und Wolfgang Popp als Alleinunterhalter herumliefen. Dabei scheint Hofsäß im Moment die besten Karten mit seinem Team zu besitzen. Seine Spieler bilden eine Mannschaft, in der die Atmosphäre stimmt.

Bei allem Bemühen für die Herren hat der DTB seine Sorgfaltspflicht *den Damen gegenüber böse vernachlässigt*. Ein deutlicheres Kontrastprogramm hätte es an diesem Wochenende nicht geben können. Da mußten die jungen Vertragsspielerinnen des DTB bei ihren Internationalen Meisterschaften in Berlin zur Qualifikation ohne Betreuer antreten. Zwar hatte der Südafrikaner Graig Webster, zunächst einmal für vier Monate Damen-Honorartrainer des Verbandes, seinen ersten Auftritt. Doch wurde der arme Mann zunächst ins kalte Wasser gestoßen. Bei jedem Mädchen mußte sich der 33jährige, alleine gelassen von allen Funktionären, einzeln mit den Worten vorstellen: „Guten Tag, ich bin jetzt Dein neuer Coach." Kein Wunder, daß mit Silke Meier, Cornelia Lechner und Andrea Betzner bereits die drei Besten in der ersten Runde scheiterten.

Juan Aquilera gewann als Ungesetzter

sid, Hamburg

Der 22jährige Spanier Juan Aquilera gewann als erster nicht gesetzter Spieler in der 93jährigen Rothenbaum-Geschichte das Herreneinzel bei den 78. Internationalen Tennis-Meisterschaften von Deutschland in Hamburg. Der 36. der Weltrangliste, der nach dem französischen Titelverteidiger Yannick Noah im Halbfinale den Argentinier Guillermo Vilas ausgeschaltet hatte, besiegte im Endspiel den 20 Plätze höher eingestuften Schweden *Sundstroem* vor 9500 Zuschauern mit 6:4, 2:6, 2:6, 6:4, 6:4.

Auf dem Tennisplatz findet er fast auf jeden Schlag seines Gegners die passsende Antwort. Als aber nach seinem sensationellen Sieg über den Argentinier Guillermo Vilas im Halbfinale der Internationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften in Hamburg die Fragen auf ihn herunterprasselten, fehlte dem Spanier zunächst jene Schlagfertigkeit. Nur langsam fand er seine Selbstsicherheit: „Jetzt bekommen die anderen hoffentlich ein wenig mehr Respekt vor mir."

Die Karriere des Juan Aquilera hat so gar nichts gemein mit denen seiner berühmten Landsleute Orantes oder Higueras. Mit sechs Jahren fing er an, Tennis zu spielen – sechs Jahre später gehörte er zu den Besten seines Landes. Mit 15 hörte er auf. „Mir fehlte die Motivation, und ich wollte mich nicht quälen", erzählt er. Statt dessen spielte er in einer Band das Schlagzeug.

Zwei Jahre später führte ihn der Trainer Juis Brugera wieder auf den „Tennisweg" zurück. „Damals", so Aquilera, „lag ich im Streit mit dem Verband, weil ich zu trainingsfaul war." Damit ist es vorbei. Sechs Stunden tägliches Training haben den jungen Mann, der im Spiel seinen Vorbildern Ilie Nastase und John McEnroe ähnelt, mit dem Hamburger Erfolg unter die ersten 20 der Weltrangliste geführt.

Der Familie in Barcelona mögen die Erfolge von Aquilera gerade recht kommen. Der Vater ist arbeitslos, der „Benjamin" unter vier Geschwistern – drei Jungen, ein Mädchen – sorgt mit den Tennis-Preisgeldern für den Unterhalt der Familie. „Früher haben meine Eltern mir das Tennisspielen ermöglicht – jetzt zahle ich es ihnen zurück."

BOXEN

Sugar Leonhard: Ein Sieg, dann sofort Rücktritt

dpa/sid, Worcester

Sugar Ray Leonhard wird in der amerikanischen Boxwelt gleich nach Muhammad Ali geführt. An Eleganz und Popularität steht er dem großen Box-Idol kaum nach – an Verstand scheint er ihm voraus zu sein. Denn Sugar Ray Leonhard feierte am Samstag zuerst sein Comeback und dann seinen Rücktritt. Ein Schicksal, wie Ali es erlebte, könnte ihm durch die Entscheidung erspart bleiben.

14 000 Zuschauer wollten in Worcester im US-Bundesstaat Massachusetts das Comeback des 27jährigen Modellathleten Sugar Ray Leonhard erleben. Wegen zweier Augenoperationen und akuter Erblindungsgefahr hatte der ehemalige Weltmeister im Weltergewicht 27 Monate keinen Kampf mehr bestritten. Die Box-Kommission des Bundesstaates New York wollte ihm sogar die Lizenz verweigern. Erst ein ärztliches Attest, das dem Boxer nach der zweiten Augenoperation im Februar dieses Jahres völlige Genesung bescheinigte, ermöglichte die Fortführung der sportlichen Laufbahn, die sich jetzt als kurzes Intermezzo entpuppte.

Gegen den 23jährigen Kevin Howard (USA) bestritt Leonhard am Samstag seinen 34. Profikampf. Es sollte ein Aufbau-Kampf werden, ein Training gewissermaßen für die großen Kämpfe gegen Marvin Hagler, Aaron Pryor oder Donald Curry, die von vielen Veranstaltern bereits geplant waren, aber nicht mehr stattfinden werden.

„Es wäre Unsinn, mir selbst etwas vorzumachen. Das, was mich einst ausgezeichnet hat, ist weg. Ich will meine Gesundheit nicht aufs Spiel setzen", erklärte Sugar Ray Leonhard nach dem Sieg über Howard, den das Publikum mit gellendem Pfeifkonzert quittierte.

In der neunten Runde hatte der Ringrichter den Kampf abgebrochen und den leicht angeschlagenen Kevin Howard für kampfunfähig erklärt. Weil Leonhard bei den Punktrichtern trotz nicht überzeugender Leistung vorn lag, wurde er zum Sieger erklärt. Allerdings war Leonhard selbst zuvor zu Boden gegangen – erstmals in seiner Laufbahn. Er wertete den Niederschlag als Zeichen und erklärte sofort seinen Rücktritt von dem Sport, mit dem er bisher 44 Millionen Dollar verdiente.

SPORT-NACHRICHTEN

Regatta mit der „DDR"

Luzern (dpa) – Mit der „DDR", aber ohne die UdSSR wird im Juni (15.–17.) die Internationale Ruderregatta auf dem Rotsee in Luzern stattfinden. Nach der Zusage der „DDR" und Bulgariens erhöhte sich das Teilnehmerfeld auf 30 Nationen. Die UdSSR hatte bereits vor Monaten abgesagt.

Bombendrohung

Sindelfingen (dpa) – Mit einstündiger Verspätung begann das Handball-Pokalendspiel der Frauen in Sindelfingen. Ein Unbekannter hatte bei der Polizei mit der Explosion einer Bombe zu Beginn des Spiels Sindelfingen – TSV Malsch gedroht. Die Durchsuchung der daraufhin geräumten Halle blieb jedoch erfolglos.

Hartmann bleibt Meister

Stuttgart (dpa) – Reiner Hartmann (26) bleibt deutscher Meister im Schwergewicht der Berufsboxer. Beim Stuttgarter Boxabend besiegte er seinen Herausforderer Claus Parge (33) durch Aufgabe in der fünften Runde und feierte seinen 16. Sieg in zwanzig Profikämpfen.

Neuer Turn-Krach

Penzberg (dpa) – Die Querelen im Deutschen Turner-Bund (DTB) nehmen kein Ende: Jetzt erklärte Bundeskampfrichterwartin Berta Senger (Penzberg) ihren Rücktritt, weil Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz nicht sie, sondern die Berlinerin Gudrun Poikehn für die Olympischen Spiele nominieren will.

Ivanescu bleibt

Essen (sid) – Petre Ivanescu (48) wird auch in der kommenden Saison den Handball-Bundesligisten TuSEM Essen trainieren.

Connors deklassiert

Forest Hills (dpa) – Regelrecht deklassiert wurde der ehemalige Wimbledonsieger Jimmy Conners (31) beim „Turnier der Meister" in Forest Hills. Im Halbfinale unterlag er dem Tschechoslowaken Ivan Lendl mit 0:6, 0:6 und blieb damit erstmals in seiner langen Profikarriere ohne Satzgewinn.

Cruyff hört auf

Rotterdam (dpa) – Zwei der populärsten Fußballspieler Europas beenden ihre sportliche Laufbahn. Der 37jährige Holländer Johan Cruyff (u. a. Amsterdam, Barcelona, Rotterdam) und der 33jährige Engländer Kevin Keegan (u. a. Liverpool, Hamburg, Newcastle) bestreiten am Samstag die letzten Spiele ihrer Karriere. Sie hören aus persönlichen und Altersgründen auf.

Thiele bleibt Präsident

Mainz (dpa) – Bernhard Thiele (56) bleibt Präsident des Deutschen Handball-Bundes (DHB). Der 19. Ordentliche Bundestag des Verbandes beschloß außerdem die Einführung einer einteiligen Bundesliga für Frauen ab der Saison 1985/86 und die Lokkerung der Amateurbestimmungen.

Batzill/Wende vorne

La Rochelle (sid) – Albert Batzill/Klaus Wende (Friedrichshafen) wurden vor dem französischen La Rochelle Segel-Weltmeister in der Flying-Dutchman-Klasse. Batzill war bereits 1978 und 1981 mit Bruder Rudolf Weltmeister.

Budd droht Ausschluß

Oslo (sid) – Wegen einer möglichen Doppel-Staatsbürgerschaft droht der 17jährigen Mittelstreckenläuferin Zola Budd der Ausschluß von den Bislett-Spielen der Leichtathleten. Zola Budd, die vor wenigen Wochen die britische Staatsbürgerschaft erwarb, kann vermutlich ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft nicht vor dem 21. Lebensjahr ablegen.

Spandau holt Pokal

Berlin (sid) – Zum sechsten Mal in Folge gewannen die Wasserballspieler von Spandau 04 Berlin den Pokalwettbewerb des Deutschen Schwimmverbandes.

Hogrefe liegt vorn

Böen-Bunnen (dpa) – Der ehemalige deutsche Meister Dieter Hogrefe (Paderborn, 23) auf Foliant, Junioren-Meister Ralf Ehrenbrink (Warendorf) mit Antitschiboy sowie Friedrich Otto (Malente) mit Chirac und Sonja Stotz (Reichenberg) mit Top House belegten die ersten vier Plätze bei der ersten Olympia-Qualifikation der Military-Reiter. Endgültig nominiert wird die deutsche Mannschaft nach dem deutschen Championat in Achselschwang (31. Mai bis 3. Juni).

OLYMPIA /Bundesrepublik schickt jetzt etwa 100 Athleten mehr als geplant nach Los Angeles – Ruderregatta in Essen mit den Sowjets

„DDR"-Kapitän Beyer: Es bleiben Olympische Spiele

sid/dpa, **Erfurt**

Bei der Präsidiumssitzung des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) in Berlin hatten sich die Funktionäre mit dem Olympia-Boykott osteuropäischer und anderer an Moskau orientierten Länder abgefunden. NOK-Präsident Willi Daume: „Wir müssen jetzt von der wirklichen Situation ausgehen, daß die Sowjetunion nicht teilnimmt."

Daume war anzumerken, daß er den Politikern am liebsten etwas ganz anderes gesagt hätte. Etwa das: Seid Ihr denn alle verrückt geworden! Hört auf damit! Laßt unseren Sport in Ruhe! Die Situation aber ist bei „ganz geringer Hoffnung" auf eine Rücknahme des sowjetischen Boykott-Beschlusses noch zu delikat für solche Reaktionen. Deshalb wandte sich das NOK-Präsidium in seinen Beratungen hauptsächlich den hiesigen Sportlern zu und damit den deutschen Nominierungen für Los Angeles. Dabei gilt folgende Tendenz: In Mannschaftssportarten wird das Teilnehmerfeld von Los Angeles je nach Anforderung der internationalen Verbände mit hiesigen Sportlern aufgestockt. Das NOK schüttet nicht sein Füllhorn aus.

Das hat mehrere Gründe: Zum einen ist es Daume ebenso peinlich wie dem Chef de Mission, Heinz Fallak, daß mehrere Sportler ihre Freude über das Fernbleiben von Sportlern aus Boykott-Ländern angesichts der eigenen, erheblich verbesserten Medaillenchancen, nicht zurückgehalten haben. Daume: „Das ist voreilig. Das ist kein sportliches Verhalten." Der zweite Grund: das Geld. Eine Aufstockung um die geschätzten 100 Sportler würde mehr als zwei Millionen Mark zusätzlich erfordern. Gespräche mit der Bundesregierung sind deshalb für diese Woche vorgesehen.

Der dritte Grund ist die Erfahrung von Sarajevo, wo sich die Funktionäre im Winter anhand vieler schwacher Ergebnisse vorhalten lassen mußten, die Fahrkarten zu großzügig vergeben zu haben. Der vierte Grund: Die Sowjets könnten es sich vor dem 2. Juni doch noch anders überlegen. Was würde dann mit den voreilig Nachnominierten?

Heinz Fallak, der in Los Angeles Chef de Mission sein wird: „Klar ist, daß unsere Mannschaft durch den Boykott größer werden muß. Von 100 Sportlern mehr zu sprechen, halte ich aber noch nicht für so ganz realistisch." NOK-Präsident Willi Daume: „Wer unter die ersten acht kommen kann, sollte mitfahren."

In Los Angeles erklärte indes Helmut Meyer, der Leitende Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), statt 320 könnten es am Ende vielleicht 100 deutsche Sportler mehr sein. Das Team werde sich nicht nur durch die nun beabsichtigte Nominierung von Mannschaften im Handball und Volleyball erweitern, sondern beispielsweise auch durch eine größere Anzahl von Frauen im Rudern.

Am 26. Juni wird in Frankfurt endgültig die deutsche Olympia-Mannschaft für Los Angeles feststehen.

Im „DDR"-Spitzensport hat der von den Sowjets ausgehende Olympia-Boykott einen großen Schock ausgelöst. Die „DDR" wird sich nicht an Alternativ-Spielen oder anderen internationalen Sportveranstaltungen während der Olympischen Spiele beteiligen. Sie wird ihrer drohenden Isolation im internationalen Sport dadurch zu begegenen versuchen, daß sie ihre qualifizierten Kampf- und Schiedsrichter nach Los Angeles entsendet und auch die Kongresse besetzt, die im Rahmen der Spiele von den internationalen Fachverbänden abgehalten werden. Das sind die wichtigsten Erkenntnisse am Rande einer Veranstaltung in Erfurt, zu der, als sie noch „Olympia-Qualifikation" der „DDR"-Leichtathleten hieß, fast alle 25 000 Karten verkauft wurden. Doch nun fanden nur noch 3000 Unentwegte den Weg ins Stadion.

Volker Kluge, der Pressesprecher des „DDR"-NOK: „Natürlich gibt es jetzt Motivationsprobleme bei unseren Sportlern. Wir müssen für sie neue Höhepunkte schaffen." Dies soll bei den Leichtathleten durch eine starke Beteiligung an den bereits feststehenden Sportfesten geschehen: Eine Woche vor Eröffnung der Sommerspiele in Ost-Berlin und Potsdam, um für Los Angeles den Maßstab zu setzen; hinterher bei den offiziellen Einladungssportfesten des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) im Kampf mit den olympischen Medaillengewinnern und beim Acht-Nationen-Cup in Tokio. Kugelstoß-Weltrekordler Udo Beyer, zugleich Kapitän der „DDR"-Leichtathletikmannschaft der Männer: „Die internationalen Regeln verbieten Gegenspiele. Wir halten uns daran."

Wie sehr der Boykott-Frust nagt, bewies in Erfurt 100-m-Weltmeisterin Marlies Göhr aus Jena. Ob sie es bedauere, daß es nun zu keinem neuerlichen Zweikampf mit der Amerikanerin Evelyn Ashford komme? Marlies Göhr: „Im Prinzip kann sich Evelyn Ashford bei ihrer Regierung bedanken, daß ich nicht teilnehmen kann. Die amerikanische Regierung hat dafür gesorgt, daß die Voraussetzungen für unsere Teilnahme in Los Angeles nicht gegeben sind." Resigniert fügte sie hinzu: „Seoul 1988 ist für mich auch kein Thema mehr. Ich werde meine Karriere vorher beenden."

Beim Länderkampf im vorigen Jahr gegen die USA in Los Angeles habe sie die amerikanischen Verhältnisse selber studieren können. Frage: Fühlten Sie sich bedroht oder nicht ausreichend sicher? Marlies Göhr: „Nein". – Und dann: „Doch ausgerechnet nach dem von mir gewonnenen 100-m-Lauf fiel die Siegerehrung aus. Wohl, weil ich die Ashford geschlagen hatte. Dieses Verhalten ist bezeichnend für die amerikanischen Gastgeber."

Ganz anders verhält sich Udo Beyer. Der Mann, der im vorigen Jahr in Los Angeles mit 22,22 Meter einen neuen Weltrekord im Kugelstoßen aufgestellt hat, sagt: „Natürlich sind die Wettkämpfe in Los Angeles geschmälert. Sie haben ohne die Sowjetunion und die DDR sicherlich nicht mehr die Brisanz. Doch es bleiben Olympische Spiele. Und die Olympischen Spiele sind stark genug, um auch das zu überstehen. Sie werden weitergehen."

Am liebsten sagten die Russen: Nix verstehen

MORITZ von GRODDECK, Essen

Für die Ruderer aus neun Ländern war die Regatta auf dem Baldeneysee die wichtigste Olympia-Qualifikation vor Los Angeles. Für die Sowjets und wohl auch für Polen und die CSSR, und wahrscheinlich auch für die sozialistischen Brüder Rumänien und Kuba, war es nur eine ganz gewöhnliche internationale Regatta.

„Wie zu Hause", sagte die vielfache sowjetische Weltmeisterin Valentina Semenowa. Sie meinte sicher auch den kalten Nordostwind, der das Rudern recht ungemütlich machte. Die sowjetischen Ruderinnen waren mit der ersten Mannschaft an den Baldeneysee gekommen, während die Männer schließlich von acht gemeldeten Bootsklassen nur noch den Achter und den Zweier mit Steuermann besetzten. Eindeutige Absicht: Sie wollten es vermeiden, mit den Weltmeistern des Deutschen Ruderverbandes, die jetzt durch den Olympia-Boykott der Rudergroßmächte „DDR" und UdSSR auch Olympiafavoriten sind, die Riemen und Skulls zu kreuzen.

Die Weltmeister von Duisburg 1983, Peter Michael Kolbe im Einer, der Vierer ohne Steuermann aus Dortmund und Witten und der Doppel-Vierer aus Ingelheim und Ulm, brachten auch ohne sowjetische Beteiligung mit je zwei Siegen den eindeutigen Leistungsnachweis und schafften damit ihre Olympia-Qualifikation ohne Probleme.

Die sowjetischen Ruderer waren in den Rennen, die sie schließlich ruderten – im Achter und Zweier mit Steuermann – nicht zu bezwingen, während die sowjetischen Frauen ein sozialistisches Duell mit Rumänien austrugen, wobei die rumänischen Ruderinnen noch davon ausgehen, daß sich ihr Sportverband nicht mit den Sowjets solidarisiert.

Mit Valeria Razila aus Utarad haben die Rumänen die beste Einer-Ruderin des olympischen Jahres auf dem Wasser, die im Augenblick noch die Goldmedaille von Los Angeles auf geradem Kurs ansteuert. „Ich wäre sehr traurig, wenn ich nicht in Los Angeles starten dürfte. Ich glaube fest daran, daß unsere Mannschaft nach USA reist", sagt die hübsche Valeria mit treuherzigem Aufschlag ihrer schwarzen Augen.

Die sowjetischen Aktiven beantworten Fragen nach ihren Gefühlen zum Boykott am liebsten mit „nix verstehen" – auch wenn sich viele früher recht gut auf deutsch verständigen konnten.

Eine offizielle Version scheint zu sein, die sowjetischen Mütter ins Gespräch zu bringen. „Wenn meine Mutter nicht sicher sein kann, daß ich unversehrt an Leib und Seele aus Los Angeles zurückkomme, will ich nicht dorthin fahren", hörte man mehr als einmal. Irina Fetissowa, die schon viele Medaillen bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen gewann, will ihre Karriere beenden, wenn der Start in Los Angeles nicht doch noch irgendwie möglich werden sollte. Sie sagte schließlich: „Unsere Nichtteilnahme bedauere ich sehr."

Viele leitende sowjetische Trainer der letzten Jahre sah man nicht in Essen. Dafür fällt ein Mann im Bannkreis der sowjetischen Mannschaft auf, den bisher noch keiner gesehen hatte. „Wir kennen ihn selber nicht", erzählte ein Trainer aus Litauen hinter vorgehaltener Hand, „er setzte sich in Moskau zu uns ins Flugzeug und sagte, ich gehöre dazu." Inzwischen weiß man, Wladimir Sleskow heißt er – und er kann ein wenig Deutsch. Er war Basketballer, Volleyballer, Fußballer („Aber nur Amateur") und ist vom sowjetischen Sportkomitee. „Ich bin Stellvertreter", beantwortete er die Frage nach seiner Funktion. Seit gestern trägt er nagelneue Jeans („Ich war vorher noch nie in der Bundesrepublik").

Regattachef Gunther Kaschlun kommentierte süffisant: „Bei mir hat er sich noch nicht vorgestellt. Sicher ist nur, daß er abgestellt ist, konspirative Gespräche zu überwachen."

Der Präsident des Deutschen Ruderverbandes, Henrik Lotz (Hanau), sieht den Start der Sowjets in Essen als Beweis, daß die internationale Ruderfamilie intakt ist. Lotz: „Ich möchte eindeutig feststellen, daß wir diesen Boykott des Ostblocks genauso bedauern, wie wir uns vor vier Jahren eindeutig gegen den Boykott der Moskauer Spiele ausgesprochen haben. Ich bin sicher, daß unser Sport diesen Schlag überwinden wird, so wie es auch nach 1980 gelungen ist. Ich bin ehrlich betrübt, daß die olympische Ruderregatta von Los Angeles nicht die Qualität haben wird, wie es mit den starken Ruderern aus dem Ostblock der Fall wäre."

Die Vierer-Weltmeister Guido Grabow (Witten) und Jörg Puttlitz (Dortmund) pflichteten ihrem Präsidenten bei: „Wir würden in Los Angeles gerne gegen die sowjetischen Vizeweltmeister eine Goldmedaille gewinnen. Ohne sie verliert sie etwas an Glanz."

Anders denkt Einer-Weltmeister Kolbe: „Ich bin ganz froh, daß der Einer-Wettbewerb sich auf den Zweikampf zwischen dem Finnen Karppinen und mir konzentriert. So ist die Diskussion unwichtig, ob nun der Russe oder der „DDR"-Einer-Ruderer fehlt."

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

Europameisterschaft der Frauen, 1. Endspiel in Göteborg: Schweden – England 1:0 (0:0). – **„DDR"-Oberliga**, 25. Spieltag: Aue – Erfurt 1:0, Lok Leipzig – Rostock 4:1, Halle – Dynamo Berlin 4:5, Dresden – Riesa 4:2, Union Berlin – Frankfurt 0:2, Magdeburg – Chemie Leipzig 5:0, Jena – Karl-Marx-Stadt 2:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 66:34/39:11, 2. Dresden 59:26/36:14, 3. Lok Leipzig 54:28/35:15, 4. Frankfurt 54:34/32:18. – (Dynamo Berlin ist Meister). – **Englische Meisterschaft**: Birmingham – Southampton 0:0, Coventry – Norwich 2:1, Everton – Queen's Park 3:1, Ipswich – Aston 2:1, Leicester – Sunderland 0:2, Notts – Liverpool 0:0, Stoke – Wolverhampton 4:0, Tottenham – Manchester United 1:1, Watford – Arsenal 2:1, Bromwich – Luton 3:0, West Ham – Nottingham 1:2. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 79 Punkte, 2. Manchester United 74, 3. Queen's Park 73, 4. Nottingham 71 (Liverpool ist Meister).

HANDBALL

DHB-Pokal, Viertelfinale, Herren: Essen – Gummersbach 16:12, Reinikkendorf – Schwabing 22:19, Günzburg – Hameln 22:24, Großwallstadt – Kiel 23:17. – Frauen: Engelskirchen – Guts Muths Berlin 25:19, Kiel – Leverkusen 10:17, Sindelfingen – Malsch 21:14, Lützellinden – Herzhorn 26:11.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Feld, Gruppe Nord: Hannover – Gladbach 1:2, Hamburg – Leverkusen 0:2, Uhlenhorst Mülheim – Kahlenberg Mülheim 4:1, SW Köln – RW Köln 1:2. – Gruppe Süd: Rüsselsheim – München 1:1, Frankenthal – Heidelberg 0:0, Limburg – Stuttgart 4:0. **Europameisterschaft**, Damen in Lille, Halbfinale: UdSSR – England 2:0, Holland – Deutschland 3:1.

ROLLHOCKEY

Europapokal der Pokalsieger, Viertelfinale, Hinspiel: Villeneuve – Cronenberg 1:1.

SEGELN

Weltmeisterschaft der Flying-Dutchman-Klasse vor La Rochelle/Frankreich, Endstand: 1. Batzill/Wende (Deutschland), 2. Bouet/Gandolphe, 3. Delage/Poirey (alle Frankreich), ... 10. Schwarz/Fröschl (Deutschland).

TENNIS

Internationale Deutsche Meisterschaften in Hamburg, Herren-Einzel, Halbfinale: Sundström – Wilander (beide Schweden) 6:2, 7:5, Aguilera (Spanien) – Vilas (Argentinien) 7:6, 6:3. – Doppel, Halbfinale: Edberg/Jarryd (Schweden) – Edmondson/Stewart (Australien/USA) 6:2, 6:7, Taroczy/Günthardt (Ungarn/Schweiz) – Leconte/Noah (Frankreich) 6:1, 7:6. – **Schauturnier in Tokio**, Halbfinale: Borg (Schweden) – Korita (USA) 6:7, 7:5, 6:3, Scanlon – Davis (beide USA) 7:5, 6:4.

BOXEN

Veranstaltung in Stuttgart: Halbschwer: Houwle (Belgien) K.-o.-Sieger 2. Rd. – Cellinger (Deutschland); Superwelter: Varela (Deutschland) K.-o.-Sieger 2. Rd. – Ribeiro (Brasilien); Halbwelter: Theodossiadis (Deutschland) Aufgabesieger 5. Rd. – Hauser (Deutschland); Superfeder: Rubin (Deutschland) RSC 2. Rd. – Blanco (Belgien); Mittel: Steinherr (Deutschland) PS nach acht Rd. – Wa (Zaire).

KUNSTTURNEN

Länderkampf der Männer in Aalen: Deutschland 569,50 Punkte, Ungarn 570,75. – Inoffizielle Einzelwertung: 1. Guczoghy (Ungarn) 116,50, 2. Groß 114,70, 3. Japtok 114,65, 4. Geiger 114,55, 5. Wagner (alle Deutschland) 112,75.

RUDERN

INTERNATIONALE REGATTA in Essen, erster Tag, Herren: Doppelzweier: 1. Schmelz/Agrikola (Deutschland) 6:26,10, 2. Stanulov/Panchic (Jugoslawien) 6:28,15, 3. Linemayr/Auerbach (Österreich) 6:30,75, 5. Vega/Castro (Kuba) 6:37,57. – Vierer m. Stm.: 1. England 6:13,82, 2. Rgm. Bonn/Mainz/Hannover/Berlin 6:18,85, 3. Rgm. Osnabrück/Bramsche 6:28,30, 4. Polen 6:34,01, 5. Rgm. Hoechst/Frankfurt 6:40,01. – Zweier mit Stm.: 1. Tetev/Voronov/Lukjanov (UdSSR) 7:15,62, 2. Zimnau/Berger/Ruppel (Essen/Mülheim) 7:16,78, 3. Göpfert/Gress/Ziegler (Würzburg) 7:22,77. – Achter: 1. UdSSR 5:41,42, 2. DRV-Verbandsauswahl 5:44,92, 3. CSSR 6:08,08. – Vierer o. Stm.: 1. Rgm. Dortmund/Witten 6:04,03, 2. England 6:15,45, 3. CSSR 6:16,06, 4. Rüsselsheimer RK 6:27,64, 5. Kuba 6:37,06. – Zweier o. Stm.: 1. Wieneke/Evers (Rüsselsheim/Essen) 6:59,07, 2. Kowalewski/Jelec (Polen) 7:00,33, 3. Wöhnke/Rabe (Lüneburg) 7:03,69, 5. Vahrson/Wegener (Berlin) 7:15,99, 6. Rodriquez/Botana (Kuba) 7:18,29. – Einer: 1. Kolbe (Hamburg) 7:06,80, 2. Vochoska 7:12,00, 3. Bures (beide CSSR) 7:14,97, 4. Haberl (Österreich) 7:16,28, 5. Tobolski (Polen) 7:20,51, 6. Fritz (Österreich) 7:26,50. – Doppelvierer: 1. Rgm. Ingelheim/Ulm 6:01,01, 2. Polen 6:06,21, 3. Kuba 6:08,09.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. Aquavit (Frl. v. Neuert), 2. Star Admiral, 3. Nigritto, Toto: 88/16, 11, 14, ZW: 192, DW: 676; 2. R.: 1. Funkturm (K. Woodburn), 2. Solaris, 3. Bolivar, Toto: 120/26, 12, 22, ZW: 288, DW: 3374, 3. R.: 1. Primadonna (S. Klein), 2. Borama, 3. Basis, Toto: 88/34, 22, 30, ZW: 596, DW: 3650, 4. R.: 1. Palomas (A. Tylicki), 2. Zandor, 3. Ponticello, Toto: 40/26, 42, 34, ZW: 1284, DW: 9756, 5. R.: 1. Calina (M. Hofer), 2. Flower Girl, 3. Kyrena, Toto: 28/13, 22, 30, ZW: 548, DW: 1348, 6. R.: 1. Ad Ludo (R. Suerland), 2. Seeteufel, 3. Jubilar, Toto: 76/22, 66, 42, ZW: 3000, DW: 40 060, 7. R.: 1. Graue Eminenz (M. Hofer), 2. Mirkash, 3. Merkur, Toto: 84/26, 18, 26, ZW: 516, DW: 3380, 8. R.: 1. Altkanzler (Chr. Scholz), 2. Kilburn Boy, 3. Geheimtip, Toto: 24/14, 17, 22, ZW: 180, DW: 1816, 9. R.: 1. Zobel (J. Piontek), 2. Ganges, 3. Farinati, Toto: 52/15, 26, 15, ZW: 1036, DW: 5348.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 23, 24, 26, 31, 47, Zusatzzahl: 17. – Spiel 77: 7 6 6 9 8 3 8. – Toto, Elferwette: 2, 0, 1, 2, 1, 1, 1, 1, 0, 1, 2. – **Rennquintett**: Rennen A: 4, 7, 6. – Rennen B: 32, 26, 30. (Ohne Gewähr).

Pankraz, der TV-Spot und der Eurokopfhörer

Die Werbespots der Parteien für die Europawahl im Fernsehen sind außerordentlich lästig. Man kann ihnen schwer entgehen, denn sie werden, genau wie die Spots zur Bundestagswahl, jeweils nach den Nachrichten gesendet; wer sie abschaltet, läuft Gefahr, zu spät wieder einzuschalten und den Beginn des *folgenden* Fernsehspiels zu versäumen. So läßt man den Apparat in Gottes Namen laufen und findet sich einer hohlen, im Grunde völlig verlogenen Rhetorik ausgesetzt, die auf die Nerven geht und die Laune verdirbt.

Welche Partei auch gerade am Zuge ist, immer gibt es dasselbe Argumentationsmuster. Man solle unbedingt wählen gehen, heißt es da mit stupider Insistenz, denn die Sache sei „unerhört wichtig". Das wird so lange wiederholt, bis sich auch der letzte zu fragen anfängt, wie wichtig die Wahl denn wirklich ist. Und sehr schnell merkt er, daß ihm hier – fast wie bei den Neunundneunzig-Prozent-Wahlen in den kommunistischen Volksdemokratien – zugemutet wird, ein „Parlament" zu wählen, das überhaupt nichts zu sagen hat und dessen „Parlamentarier" sich zum größten Teil aus ausrangierten Alt- und Jungpolitikern zusammensetzen, deren beste Zeit längst vorbei ist oder vielleicht irgendwann erst einmal kommen wird.

Welcher Teufel mag die Verantwortlichen geritten haben, als sie das „Europa-Parlament" einrichteten? Sie haben eine gigantische Karikatur auf den Parlamentarismus geschaffen, eine Redebühne, die nur sich selbst genügt, die – wenn überhaupt welche – dann nur gelangweilte Zuschauer hat und deren Forderungen, Appelle und Gesetzesentwürfe Tag für Tag und Woche für Woche von den europäischen Regierungen mißachtet und in den Wind geschrieben werden. Nicht einmal die diversen „Generalstände" zur Zeit der absoluten Monarchie waren so ohnmächtig wie heute das „Europa-Parlament". Glaubt wirklich irgend jemand, daß man damit ein politisches Modell geschaffen hat, das Zukunft anzieht und die Jugend fasziniert, sogar begeistert?

Wer sich auch nur einigermaßen auf die Mentalität der Engländer und Franzosen eingelassen hat, der ist sich im klaren darüber, daß weder London noch Paris jemals Souveränitätsrechte an das „Europa-Parlament" abtreten werden. Überhaupt, von den großen europäischen Nationen wäre allenfalls Deutschland dazu bereit. Die Deutschen sind die einzigen, die die „Vereinigten Staaten von Europa" noch ernst nehmen, weil sie glauben, damit ihrer schwierigen eigenen Identitätsfindung aus dem Wege gehen zu können. Aber auch sie (und hoffentlich ihre verantwortlichen Politiker) haben inzwischen realisiert, daß in puncto europäische Einigung das Optimum dessen, was erreichbar ist, auch schon erreicht ist, daß es also gegenwärtig nur darauf ankommen kann, das Erreichte zu sichern, um nicht alles wieder zu verlieren.

Die großen Brüsseler Wirtschaftsdebatten und die verschiedenen EG-Gipfel der letzten Jahre sprechen eine eindeutige Sprache, sie standen sämtlich unter dem Zeichen der Desintegration, und es bedurfte eines gewaltigen Aufwands an Diplomatie und Rhetorik, um die aufklaffenden Widersprüche mehr zu verkleistern als zu kitten. Man muß also schon froh sein, wenn es gelingt, protektionistische Handelsschranken zwischen den Ländern der Gemeinschaft zu verhindern, einen halbwegs befriedigenden Zahlungsausgleich herzustellen und den gemeinsamen Verteidigungswillen gegenüber der Sowjetunion intakt zu halten. Mehr ist einfach nicht drin in diesem Europa, und kein europäisches Scheinparlament wird daran etwas ändern können.

Wäre es denn gut, wenn es anders wäre? Die Zersplittertheit Europas hat auch ihre Vorteile, man könnte sie „Vielfalt" nennen, und man könnte diese Vielfalt preisen. Die beiden großen Unions-Staaten in der heutigen Welt, die USA und die UdSSR, haben für ihre Weltmachtstellung einen hohen Preis zahlen müssen. In der Sowjetunion unterdrückt das Staatsvolk der Russen alle übrigen Völker, und es herrscht die Einöde einer allumfassenden Weltanschauungsdiktatur. In Amerika regiert kulturell der „neue Hellenismus", eine englischsprachige Einheitszivilisation, die ethnologische Minderheiten in Gettos abdrängt und dadurch sowohl soziale wie kulturellen Zündstoff anhäuft. Beide Unionsformen haben ihre Bewährungsprobe wahrscheinlich durchaus noch vor sich.

In (West)Europa verhindert das dichte Beieinander solch kräftiger Sprach- und Kulturcharaktere wie der Franzosen, der Deutschen, der Briten, der Italiener usw., daß der „neue Hellenismus" allmächtig wird und die Sprachen ins Getto drückt. Das politische System ist nicht tyrannisch wie in Moskau oder abstrakt wie in Washington, sondern es paßt den Völkern wie ein maßgeschneidertes Kleid. Politik, Sprache, Nationalität und Kultur sind weitgehend kongruent, wodurch ein Optimum an politischer Partizipation erreicht wird, die Politik ihrerseits aber sehr konkret wird, sich nicht ausschließlich an Ideologien, Weltanschauungen oder Heilslehren orientieren muß.

Mag der Bonner Bundestag oft auch noch so abstrakt und volksfern daherreden, er bietet einem Deutschen immer noch mehr Heimat, als etwa der amerikanische Kongreß einem polnischen Schuster in Chicago oder einem skandinavischen Holzfäller in Nord-Dakota bieten kann. Die Distanz würde jedoch sofort auch für den Deutschen wachsen, wenn er die ihn angehenden politischen Debatten plötzlich nur noch per Kopfhörer verstehen könnte, weil sie aus Brüssel oder Straßburg und dazu noch in fremder oder zumindest unvertrauter Sprache kämen.

Vielleicht ist es gerade gut, daß wir noch nicht von reinen Kopfhörer-Parlamenten regiert werden. Die schlimmen Werbespots für die Europa-„Wahlen" legen diesen Gedanken jedenfalls nahe.

Pankraz

Vom Land der Musik zum Land des Wortes: Württemberg gedenkt seiner Reformation vor 450 Jahren

Stiftler, die nicht ins Pfarrhaus gingen

Auf den ersten Blick scheint es lediglich ein lokales Ereignis: In diesen Tagen feiert eher bescheiden mit Ausstellung, Festakt und Festgottesdienst in Stuttgart die Evangelische Kirche in Württemberg, daß vor 450 Jahren die Reformation im damaligen Herzogtum Württemberg eingeführt wurde. Doch dieser erste Eindruck trügt: Ohne das schwäbische Luthertum und seine Hauptausbildungsstätte, das Tübinger Stift, wäre das reiche, weit über die Landesgrenzen hinauswirkende Geistesleben nicht denkbar. „Ein ganzes Land", so meinte der französische Germanist und Kenner deutscher Geistesgeschichte, Robert Minder, sei „von Schulpforta nicht geprägt worden wie das kraftvoll in sich ruhende Schwaben vom Stift."

Wohl in keiner anderen deutschen Landschaft bedeutet die Reformation einen so gravierenden, bis heute noch spürbaren Einschnitt wie in der Gegend um Alb und mittleres Neckartal, dem Territorium des einstigen Herzogtums Württemberg. Fast schlagartig endet eine zuvor in vielen Zeugnissen bekundete Lebens- und Sinnenfreude mit der entsprechenden Darstellung in bildenden Künsten und Musik.

An ihre Stelle tritt, orientiert an der Bibel, aber auch an der Literatur der Antike, eine Wortkultur und Worttradition. „Tatsächlich ist diese ganz von der unauslöschlichen, von der bleibenden und von der 'stiftenden' Kraft des Wortes durchzogene Dichtung eines Hölderlin ohne die württembergisch-schwäbische Humanisten- und Pietistentradition nicht ganz verständlich, und Schillers Fundament, wie Minder oder Benno von Wiese dargetan haben, lebt aus dieser gleichen Quelle wie die am Wort und an der Wort- und Satzdisziplin sich organisierende Weltsystematik Hegels" (Otto Borst).

Im Jahr 1648 wurde in Württemberg als dem ersten Land in Europa die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Auch im Sommer sollte die Schule trotz der notwendigen Hilfe der Kinder bei der Feldarbeit regelmäßig besucht werden. Versäumnisse waren zu bestrafen. Dies war die konsequente Weiterführung einer Entwicklung im Sinne Martin Luthers, mit der Johannes Brenz, der für die Festigung der neuen Lehre entscheidende Theologe, schon zuvor begonnen hatte.

In seinem jetzt erschienenen schönen Buch „Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche. Eine Geschichte der Evangelischen Landeskirche in Württemberg" (386 S., 38 Mark, F. J. Steinkopf) beschreibt Gerhard Schäfer die Kirchenordnung, die 1527 von Brenz für die



Im Mittelpunkt das Studium des Wortes: Der Evangelist Markus an der Goldenen Kanzel in der Stuttgarter Stiftskirche FOTO: PETER MITCHELL

Reichsstadt Schwäbisch Hall entworfen, 1543 endgültig von ihr angenommen worden war, in diesem Punkt: „... Teile der bisherigen Ausgaben für die Verteidigung sollten für Bildungszwecke verwendet, die Lehrer aus dem eingezogenen Klostervermögen besoldet werden. Die Eltern hatten kein Schulgeld zu bezahlen, der Unterricht wurde täglich auf zwei Stunden beschränkt. Damit wollte Brenz der armen Bevölkerungsschicht entgegenkommen, bei der die Mitarbeit der Kinder zu Hause unentbehrlich schien. Er forderte auch eine Schule für Mädchen: Die Jugend sei der höchste Schatz einer Bürgerschaft, sie verdiene gefördert zu werden.

Der Ausbau des Schulwesens lag Brenz als Humanist grundsätzlich am Herzen, als Politiker sah er dessen allgemeinen Nutzen, als ein Mann der werdenden evangelischen Kirche wollte er dafür sorgen, daß Voraussetzungen geschaffen wurden für die Versorgung der Gemeinde mit gut ausgebildeten Pfarrern und daß im Sinn des allgemeinen Priestertums Männer und Frauen imstande sind, die Bibel selber zu lesen, die Heilige Schrift gehöre allen."

Konsequenterweise zog der von Brenz beratene Herzog Christoph nicht, wie sonst häufig üblich, das Vermögen der Klöster an sich. „Die Klosterordnung vom Jahr 1556 schaffte die Klöster nicht ab; sie wurden zu Klosterschulen, in denen der Nachwuchs der Pfarrerschaft eine intensive humanistische Ausbildung als Vorbereitung für das Studium erhielt; im Vordergrund standen die alten Sprachen und ein erster Unterricht in theologischen Fächern, dazu kamen Musik und allgemeinbildende Fächer ... Wer die Aufnahmeprüfung, das spätere Landexamen, bestanden hatte, genoß freien Aufenthalt ... Die Möglichkeit zu einem Theologiestudium als Voraussetzung zum Beruf des Pfarrers stand jedem tüchtigen Landeskind offen, unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Familie" (Schäfer).

Parallel dazu wurde an der Landesuniversität Tübingen Theologie die erste Fakultät, die den Kanzler stellte. Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten wurde das Stift weiter ausgebaut, die Zahl der Stipendiaten auf 100, später 150 erhöht. Während der beiden ersten Jahre war ein allgemeines Grundstudium zu absolvieren, das mit der Magisterprüfung abschloß, dann folgte das eigentliche Studium der Theologie.

Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein waren so gut wie alle bedeutenden Württemberger Absolventen des Landexamens und „Stiftler", bis in unsere Tage ist ihr Anteil an den führenden Persönlichkeiten Württembergs – weit über die Theologie hinaus – beachtlich. Denn „Stiftler" – die Namen Hölderlin, Hegel und Schelling stehen hier stellvertretend für viele – mußte und muß keineswegs heißen, daß die Karriere nach dem Studium im Pfarramt endet.

Zeiten strikter Orthodoxie („lutherisch Spanien") wechselten mit solchen einer starken, bis heute in einigen Kreisen anhaltenden Verinnerlichung. Neben den glaubensstarken „Schwabenvätern" wie Bengel und Hochstetter stehen Köpfe wie Johann Valentin Andreä, ein Vorläufer sowohl der Aufklärung als des Pietismus.

Produkte dieser Kirche und ihrer Theologenausbildung waren sowohl ein spekulatives Genie wie Friedrich Christoph Oetinger („der Magus des Südens") als auch kritische Denker wie David Friedrich Strauß und sozial engagierte Seelsorger wie Gustav Werner, der mit gefährdeten Jugendlichen eine Wohn- und Arbeitsgemeinschaft aufzubauen versuchte (und dies in der Zeit des Biedermeier!) und der jüngere Blumhardt. Gemeinsam ist ihnen die gründliche Ausbildung, der sorgfältige Umgang mit dem Wort, ungeachtet aller Differenzen.

Bedingt durch die bis zur Napoleonischen Zeit geltenden Verfassung, die dem Klerus ein starkes Mitspracherecht in der „Landschaft" (Parlament) zuwies, war Kirche in Württemberg lange Zeit identisch mit dem Staat, ohne daß dieser jedoch zur Theokratie ausartete. Besonders während der Zeit absolutistischer katholischer Landesherren traf dies zu.

Inzwischen hat sich auch hier vieles geändert. Abgesehen von einigen Eigenheiten – in Württemberg wird als einziger deutscher Landeskirche die Synode direkt vom Kirchenvolk gewählt, ist der Gottesdienst noch schlichter Predigtgottesdienst ohne liturgischen Zierrat – hat sich vieles den Zuständen in anderen deutschen Ländern angeglichen. Geblieben aber ist eine immer noch spürbare Bindung großer Bevölkerungsteile an Bibel und Kirche, geblieben ist auch das große Verdienst der lutherischen Landeskirche um die Bildung, das nicht nur im Wirken der Geistesgrößen, sondern auch in der eigenartigen schwäbischen Achtung vor dem Wort bis zum heutigen Tag fortwirkt.

HENK OHNESORGE

JOURNAL

Orchestervereinigung tritt der DAG bei

DW. Hamburg

Die aus dem DGB ausgetretene Deutsche Orchestervereinigung (DOV) hat sich unter Beibehaltung ihrer organisationsrechtlichen Eigenständigkeit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft korporativ eingegliedert. Die DOV ist die allein zuständige gewerkschaftliche Vertretung der Orchestermusiker, der Organisationsgrad liegt über 90 Prozent. Die DOV gehörte seit 1965 über die Gewerkschaft Kunst dem Deutschen Gewerkschaftsbund an. Sie hatte im März ihren Austritt aus dem DGB erklärt, da die dort unter Führung der Industriegewerkschaft Druck und Papier geplante Mediengewerkschaft das Fortbestehen selbständiger Künstlerorganisationen ausschließt.

EG-Kulturminister zur Zukunft des Films

AFP, Cannes

Die erste Kulturminister-Konferenz der Europäischen Gemeinschaft findet am 22. Juni in Brüssel statt. Dies teilte der französische Ressortchef Jack Lang in Cannes mit, wo er sich nach der Eröffnung der Filmfestspiele aufhielt. Auf der Tagesordnung an erster Stelle stehe die „Bedrohung des europäischen Kinofilms durch die privaten Fernsehsender". Lang sprach sich für EG-weite Regeln bei der Verbreitung von Filmen aus. Zuerst sollten die Kinos kommen, dann die Videokassetten, dann Fernsehen im Abonnement und ganz am Schluß öffentliche Sender. Die Fernsehsender in den EG-Staaten forderte Lang auf, Mindestquoten für den Anteil europäischer Produktionen im Filmangebot festzusetzen. Dies sei „kein Protektionismus", es gehe vielmehr darum, Europa „Selbstbewußtsein" zu verschaffen.

Sabine Meyer verzichtet auf Philharmoniker

Gtl. Berlin

Sabine Meyer, Solo-Klarinettistin auf Probe beim Berliner Philharmonischen Orchester, hat in Briefen an den künstlerischen Leiter Herbert von Karajan, den Intendanten und den Orchestervorstand mitgeteilt, daß sie mit Ablauf des Probejahres ihren Platz im Orchester zur Verfügung stellt. Die bereits terminierte endgültige Abstimmung der Orchesterversammlung über Verbleib oder Ausscheiden der Probandin wird damit hinfällig. Ihr Verzicht auf den philharmonischen Posten, den sie von Anfang gegen den erklärten Willen des Orchesters, einzig gestützt auf die künstlerische Wertschätzung Karajans, besetzt hielt, eröffnet Karajan wie dem Orchester nun die Möglichkeit, die im Verlauf des letzten Jahres aufgetretenen Streitigkeiten neu zu überdenken.

Briefe von Donizetti aufgefunden

DW. Wien

Ein Konvolut von Briefen Gaëtano Donizettis ist kürzlich in einem steiermärkischen *Hausarchiv* des Fürstenhauses Liechtenstein aufgefunden worden. Sie sind gerichtet an Moriz Graf von Dietrichstein und stammen aus der Zeit Donizettis als Kaiserlicher Hofkapellmeister in Wien. Die Briefe schließen einige Lücken im Quellenmaterial zu Donizettis Wiener Tätigkeit. Ebenfalls zu dem Konvolut gehört der Bericht des Arztes Carl Weber, der im Auftrag des Kaisers von Dietrichstein nach Frankreich gereist war, um an Ort und Stelle *Donizettis* Gesundheitszustand zu erkunden. Donizetti war in Paris in geistige Umnachtung gesunken und nahm seine Wiener Verpflichtungen nicht mehr wahr.

Stuttgart wird 1985 Treffpunkt der Musikwelt

dpa, Stuttgart

Zum „Internationalen Musikfest Stuttgart", das 1985 in der Bundesrepublik *die Hauptveranstaltung* zum Europäischen Jahr der Musik sein soll, werden mehr als 1000 Musikwissenschaftler und bekannte Künstler aus aller Welt erwartet. Bei dem Musikfest sind ein musikwissenschaftlicher Kongreß mit dem Thema „Bach, Händel, Schütz – Alte Musik als ästhetische Gegenwart" und insgesamt 55 Konzerte vorgesehen, teilte die Internationale Bachakademie Stuttgart mit, die das Musikfest organisiert.

Evian-Wettbewerb für Streichquartette

AFP, Evian

Ensembles aus der Bundesrepublik und Österreich sind beim internationalen Streichquartett-Wettbewerb in Evian ausgezeichnet worden. Der mit 30 000 Franc dotierte zweite Preis ging an das Mannheimer Streichquartett, das österreichische Artis-Quartett erhielt den ebenso hoch dotierten Preis der Internationalen Presse. Ein erster Preis wurde nicht vergeben.

Elton John auf Tournee

Von Maurice den Strohhut geerbt

Kein Bau ist so häßlich, daß Elton John ihn nicht bis auf den letzten Platz füllen könnte – da mögen die Eintrittspreise noch so üppig sein. So war es denn auch in der Kölner Sporthalle, wo der britische Popsänger jetzt seine Deutschland-Tournee begann.

Wer ihn von früheren Konzerten kennt, ist zunächst einmal baß erstaunt, wie „normal" der mittlerweile 37jährige geworden ist. Keine paillettenbestickten Hotpants zieren ihn, keine Federboa wärmt ihm den Hals, keine extravagante Brille aus seiner reichhaltigen Sammlung schärft seinen Blick. Zur schwarzen Hose eine rote Frackjacke, die er für die üppigen Zugaben gegen eine taubenblaue eintauscht, und ein kecker Maurice-Chevalier-Strohhut mit jeweils farblich abgestimmtem Band – das reichte ihm für seinen pausenlosen Zweistundenauftritt.

Wohl sprang Elton John zur vorgerückten Stunde mal auf den weißen Flügel, robbte unter ihm hindurch und warf mit Elan den Klavierschemel in die Kulisse. Aber alles in allem gab er sich recht gesetzt. Wie übrigens auch sein Publikum, das sich spät erst aus der Reserve locken ließ und dann zum unverwüstlichen „Crocodile Rock" die Bühne stürmte.

Neues und Altes wolle er zu Gehör bringen, verkündete der Sänger zu Beginn seines Konzerts. Das Alte war besser. Balladen wie „Candle in the Wind", „Don't let the Sun go down on me" und natürlich „Goodbye, Yellow




Zweistundenauftritt zum Tourneestart: Der britische Pop-Star Elton John FOTO: SVEN SIMON

Brick Road" legen immer noch wohltönendes Zeugnis vom Einfallsreichtum ihres Komponisten ab.

Eine musikalische Fortentwicklung läßt sich dagegen in Johns Kompositionen kaum ausmachen. In den Rhythmus-betonten Nummern, z. B. „Saturday Night's Alright for Fighting", fragt ohnehin keiner nach melodischem Einfallsreichtum, aber ein Song wie „Blue Eyes" unterscheidet sich nur unwesentlich von den frühen balladesken Nummern.

Die ganz große Zeit der ganz großen Popstars, dieses Gefühl wurde man in Köln nicht los, scheint vorbei zu sein. Das Publikum schwelgte jedenfalls mehr in Nostalgie, als daß es spontane Begeisterung zeigte. Aber man darf nicht vergessen, daß die Kehrseite der Nostalgie letztlich nichts anderes ist als der Mangel an Neuem. Da sollte sich mancher Künstler mal fragen, wie lange sein Publikum die ollen Kamellen noch lutschen will.

RAINER NOLDEN

Mainz: Novitäten von Segerstam und Bergman

Man schreibt Tagebuch

Betzdorf an der Sieg ist der nördlichste, Wörth an der elsässischen Grenze der südlichste Veranstaltungsort der gerade eröffneten dritten Rheinland-Pfälzischen Musiktage (vergl. WELT v. 10. Mai). Von allen Musikfestspielen, die sich eine „Breitenwirkung" zum Ziel gesetzt haben, tun dies die vom Mainzer Kultusministerium intendierten und geförderten Musiktage auch geographisch am konsequentesten, indem sie nicht die Fülle der Veranstaltungen in den traditionellen Kulturzentren vermehren, sondern weit ins Land hinaus gehen.

Man möchte dem Veranstalter dieses Pionierprojektes Nerven und Geduld wünschen, falls es mit der „Akzeptanz" nicht überall auf Anhieb klappen sollte, denn bis ein solches Vorhaben – siehe Donaueschinger Musiktage oder Wittener Tage für Neue Kammermusik – Ruhm und Rang eines gesellschaftlichen Ereignisses bekommt, das dauert erfahrungsgemäß Jahre. Da sind Durststrecken zu überwinden, Perioden des Zweifels, ob es denn mit der Neuen Musik überhaupt einen Sinn habe, wie sie hier in vorsichtigen Dosen ins Programm eingeflochten ist: Mit anerkannten Werken von Karlheinz Stockhausen, Harrison Birtwistle *oder Theo Brandmüller, aber auch* mit neuen Auftragskompositionen, die das Land an Erik Bergman, Wolfgang Rihm und Tilo Medek vergab.

Wer ein „breites Publikum" ansprechen will, kann dies nicht mit Esoterischem beginnen. So trugen denn auch die beiden Uraufführungen, die die Ludwigshafener Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz unter ihrem neuen GMD, dem finnischen Komponisten und Dirigenten Leif Segerstam, am Wochenende in Mainz vorstellte, die denkbare Überschrift: „Man schreibt wieder ..." (ergänzend zu denken: Konzerte, Sinfonien, Klaviersonaten usw.). Leif Segerstam ist mit seinem „Orchestertagebuch Nr. 14 d" weit entfernt davon, die Erwartungen des Publikums auf eine zünftige Sinfonische Dichtung zu enttäuschen. Er greift voll in den Farbtopf expressiver Gestik in der Nachfolge Tschaikowskys, und Klangschichtungen im Stile Skrjabins entrichten der Spätromantik ihren aktuellen Tribut.

Als stärkste Wirkung empfand ich die irritierenden harmonischen Spannungen, die von stehenden Klangflächen in verzwickten klangfarblichen Zusammensetzungen besonders gegen Ende des Stückes ausgingen. Von Erik Bergmans „Konzert für Violine und Orchester" blieb der Eindruck eher kunstgewerblich: Ein Stück von illustrativen Figuren und phantasievoller Erzählweise, in der es sich dann aber erschöpft – man vermißt den großen Schwung der inneren Berechtigung, der zündenden Idee. Die Violinsolistin Hannele Segerstam *gefiel im kräftigen,* doch nicht gewaltsamen Strich ihrer Interpretation und in der sorgsamen Gestaltung von Details. Auch das Orchester bewies in Klangkultur, Disziplin und klangfarblicher Phantasie ein Niveau, das ein Wort der Anerkennung wert ist.

DETLEF GOJOWY

München zeigt Johannes Itten in der Stuckvilla

Hin zu den Lichttoren

Es ist merkwürdig: Während zum Beispiel Klee und Kandisky bei jeder sich bietenden Gelegenheit gebührend gefeiert werden, wird der Bauhaus-Maler Johannes Itten (1888–1967) hierzulande eher stiefmütterlich behandelt. Um so aufmerksamer geht man jetzt durch die Ausstellung im Münchner Museum Stuck, die unter dem Titel „Zeichnungen und Zeichen" eine breitgefächerte Schau Ittens darbietet.

Itten hatte zeitlebens zwei Aufgaben vor Augen gehabt: Er wollte selber weiterkommen, und er wollte die auf diesem Weg gemachten Erfahrungen an andere weitergeben. Mag sein, daß dieses Sendungsbewußtsein ein spezifisch schweizerischer Wesenszug ist. 1914 geht Itten von Bern nach Stuttgart in die Lehre von Adolf Hölzel, und bereits zwei Jahre später zeigt er seine expressiven und abstrakten Bilder in Herwarth Waldens „Sturm" in Berlin.

Ab 1919 entwickelt Itten in Wien, in einer eigenen Kunstschule, seine neuartige Gestaltungslehre: Formen und Farben geraten nun in Bewegung, kristallisieren sich um einen Punkt, schwingen in sanften Wellen oder wirbeln in wilden Strudeln. Es ist eine neue Gestaltungslehre, die er vermittelt, eine Lehre, die auf dem Konzept einer allgemeinen, philosophisch fundierten Kontrastlehre fußt. Dann holt ihn Walter Gropius an sein soeben gegründetes „Bauhaus" nach Weimar, allerdings von der Ittenschen Lehre mehr angetan als von seinen farbigen und dynamischen Bildkompositionen. Denn während Itten, der Maler, ausgerechnet in seiner Bauhaus-Zeit zur figürlichen Malerei zurückkehrt, verficht er als Pädagoge seine mutigen und revolutionären *Programme.*

Farbe und Licht – das waren für diesen Künstler keine kostanten Werte, sondern Ausdruck einer in ständigem Wechsel begriffenen Natur. Mit dem Wechsel der Jahreszeiten verändern sich Dynamik, Tonhöhen und Zusammenklang der Farbfelder – von den lichtvollen gelbgrünen, rosa und blauen Frühlingsfarbtönen hin zu den kraftvoll leuchtenden Sommerfarben, endend bei den eisigen Tönungen des Winters.

Gerade diese Münchner Ausstellung zeigt, daß Itten immer wieder zum Naturstudium zurückkehrte. Die Zeichnungen, kalligraphisch locker hingesetzt, folgen immer einem inneren Rhythmus. Deutlich spürt man den Wechsel von Licht und Schatten, zwischen gefüllter Fläche und offenen Linienstrukturen. Seine Landschaftszeichnungen sind mal in helles Frühlingslicht getaucht, dann wieder ins nächtliche Dunkel gekehrt. In den vierziger und fünfziger Jahren verfestigen sich die Konturen seiner Werke immer stärker, beginnen sich einer strengen Geometrie unterzuordnen, klare Farbflächen werden nun gegeneinander gesetzt. Alle Formen streben vom Bildrand her einer leuchtend-hellen Mitte zu, ja, zu wahren Lichttoren. Am Ende seines Lebens lösen sich die Landschaften dann zu reinen Farbmustern auf. Streng geometrisch und nur auf die Form reduziert sind die Porträts, mehr Begegnungsstudien, ja maskenhafte Typisierungen.

Noch 1957 notiert Johannes Itten in sein Tagebuch: „Das Zufällige, Fließende in der Natur muß im Kunstwerk zu allgemein Gültigem stabilisiert werden. Nur das Wesentliche hat Ewigkeitsrecht, alles Unwesentliche ist dem Vergänglichen verpflichtet." So gesehen sind also auch die abstrakten, vor allem dem Rechten Winkel huldigenden Spätwerke Endpunkte einer Entwicklung, Summe einer Natur-Erfahrung und nicht Schemata einer Farbmusterlehre (bis 27. Mai, Katalog 20 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



„Die Schwester Marie" von Johannes Itten, aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

Der Düsseldorfer „Malkasten" zeigt bis zum 1. Juni rund 150 Arbeiten von 60 koreanischen Künstlern.

Das New Yorker Museum of Modern Art eröffnet mit einem „Internationalen Überblick über neue Gemälde und Skulpturen" am 17. Mai seine erweiterten Räume.

August Everding, Massimo Bogianckino und John Cox gehören zur Jury des 3. Internationalen Belvede-Wettbewerbs für Opernsänger, der vom 14. bis 20. Juli in Wien stattfindet.

Marcus Werner, Schriftsteller aus der Schweiz, erhält einen Förderpreis (15 000 Mark) der Jürgen-Ponto-Stiftung.

Claude Vigée von der Universität Jerusalem erhielt den mit 10 000 Mark dotierten Johann-Peter-Hebel-Preis des Landes Baden-Württemberg.

„Ich und Welt" ist das Thema der Frühjahrstagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung vom 16. bis 18. Mai in Regensburg.

Dem Maler Paul Delvaux im April aus seiner Lütticher Wohnung entwendete Gemälde sind von der belgischen Polizei wieder aufgefunden worden.

Der Palazzo Cini in Venedig wird zum Museum: Die Stiftung Cini wird dort ihre Gemälde der toskanischen Schule ausstellen.

Südsee-Laute dringen bis an die Alster

GISELA SCHÜTTE, **Hamburg**

„Ich lasse mir den Körper schwarz bepinseln, schwarz bepinseln und fahre nach den Fidschi-Inseln, nach den Fidschi-Inseln", sang Willy Fritsch 1930. Eine wichtige Hürde für derlei Exkursionen in die Südsee kann man jetzt in Hamburg nehmen: Das Seminar für indonesische und Südseesprachen bietet einen Intensivkurs für Fidschi an. 18 Studenten aus der Hansestadt, aus Berlin, Göttingen, Freiburg und Tübigen wollen es offenbar wie Willy Fritsch halten. Sie meldeten sich für die „Einführung in das Fischi" an. Immerhin ein Dutzend hat sich auch für „Fidschi II" vormerken lassen.

Eine Sprache mit viel Tradition

Einen passenden Lehrer für die Veranstaltung zu verpflichten, war ebenso kompliziert wie die Planung einer Reise nach Polynesien. Professor Albert Schütz, deutschstämmiger Amerikaner, kam als Gast für zwei Semester aus seiner Heimat Honolulu nach Hamburg.

Die Beschäftigung mit den Inselreichen im Pazifik und ihren Sprachen hat Tradition an der Elbe. Das Museum für Völkerkunde besitzt noch die Bücher des Handelshauses Godeffroy aus dem 19. Jahrhundert, die über Reisen und Geschäfte berichten, und die Unterlagen über die große Südsee-Expedition von 1906, für die Spender aus der sonst eher als knauserig geltenden Handelsstadt über eine halbe Million Mark zusammenbrachten. Lange vor Gründung der Hamburger Universität ermöglichte das „Kolonialinstitut" Vorlesungen über Sprachen aus der Südsee, 1911 standen bereits Samoanisch, Malaiisch und Javanisch auf dem Programm.

Hamburger Wissenschaftler waren auch Pioniere in der Erforschung der „austronesischen Sprachen", wie sie die Sprachfamilien zwischen Formosa und Australien, den Philippinen und Madagaskar nannten. Ein Stabsarzt, der in Neuguinea gearbeitet hatte, lieferte noch vor dem Zweiten Weltkrieg die erste vergleichende Lautlehre über austronesische Sprachen und das erste Buch über das Fidschi, das mit indonesischen und polynesischen Sprachen, nicht aber mit australischen und Neuguinea-Sprachen verwandt ist.

Auf den 300 Fidschi-Inseln (hundert sind bewohnt) leben etwa 600 000 Menschen. „E levu dina na veivosa mai viti", sagt Professor Schütz in Landessprache, das heißt schlicht, es gibt viele Fidschi-Dialekte. Manchmal kommuniziert nur ein Dutzend Menschen in genau derselben Mundart, und manche Südsee-Sprache wird nur von 60 bis 100 Menschen gesprochen. Für die Sprachforscher ist besonders reizvoll, daß die Bewohner der Inselreiche zuweilen aus taktischen Gründen Laute und Wörter ändern – um die Einwohner des Nachbardorfes vom Gespräch auszuschließen oder zu verhindern, daß der Feind mithört.

„Die genaue Bedeutung des Fidschi im Sprachraum ist noch nicht bekannt", sagt Schütz. Die Insulaner schreiben zwar lateinische Buchstaben, eine vergleichbare Grammatik aber gibt es nicht. Vor hundert Jahren, erzählt der Amerikaner, hatten Missionare versucht, das verwandte Altjavanisch in eine lateinische Grammatik zu zwängen. „Der Erfolg war, daß man so die Sprache ganz sicher nicht lernen konnte."

Forschung, Lehre und Lernen im Hamburger Seminar für indonesische und Südseesprachen umfaßt den gesamten Sprachraum zwischen Indonesien und den Philippinen, Dialekte, „historische" Sprachen und die Nationalsprachen Indonesisch und Philippino bis zu melanesischem Pidgin. Tradition und Verbundenheit können erklären, daß indonesische Studenten an der Elbe statt der obligatorischen Latein-Prüfung in den Geisteswissenschaften ein Examen für Sanskrit vorweisen dürfen, das in ihrer Heimat eine dem Lateinischen vergleichbare Bedeutung hat. 35 Hauptfachstudenten haben sich den Sprachen zwischen Südostasien und Australien verschrieben, obwohl es kaum Aussichten auf einträgliche Jobs gibt.

Lebenskünstler ohne Scheckbuch

„In Verbindung mit Fächern wie Jura, Wirtschaftswissenschaften oder Medizin", meint der geschäftsführende Direktor des Institutes, Peter Pink, „kann man es immer noch zum Fachübersetzer bringen." Ob das Exoten-Fach nun Lebenskünstler formt oder anzieht – jedenfalls ist der Mann, der sich ohne Scheckbuch, dafür aber mit Mundharmonika oder Gitarre im Gepäck seine Reisen erst unterwegs verdient, kein Außenseiter in den Räumen, die stilgerecht hinter palmwedelverzierten Glaswänden liegen.

Turnusmäßige Exkursionen der Studenten zu ihren Forschungsgebieten gibt es verständlicherweise nicht. Man fährt allenfalls ins Alte Land, nach Köln oder Leyden. Doch privat waren die meisten schon dort, wo die Godeffroys Handel trieben und Gauguin sich (ein paar Längengrade östlich von Fidschi) von der Zivilisation erholte.

Aufstiegs-Möglichkeiten FOTO: KARSTEN DE RIESE

Mit jedem Beben wächst die Angst

27 000 neue Obdachlose in Italien / Erste Plünderungen

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Italien ist aufgeschreckt. Die neue Erdbebenserie auf der Apenninenhalbinsel begann in Umbrien Ende April und verlagerte sich zwischen dem 6. und 11. Mai in die Abruzzen. Erst schien es so, als ob es sich um sogenannte „Ordnungsbewegungen" im Erdinneren handelte. Doch die fast ununterbrochene Serie von leichten und mittelschweren Beben bereitet jetzt den Behörden und vor allem der betroffenen Bevölkerung ernste Sorgen. Die Seismographen sind beinahe pausenlos in Bewegung. In den letzten 48 Stunden verzeichneten sie pro Minute zwei Schwingungen. Die meisten werden von der Bevölkerung nicht wahrgenommen. Einige aber eben doch und die Folge davon ist, daß man sich in ganz Mittelitalien vor der nahen wirklichen Katastrophe fürchtet. So erklärt es sich auch, daß von den insgesamt 27 000 Menschen, die in den betroffenen Zonen Umbriens und der Abruzzen aus ihren Häusern und Wohnungen ins Freie flüchteten, etwa die Hälfte nicht wegen der Zerstörungen, sondern nur aus Furcht vor dem nächsten Erdstoß obdachlos geworden ist.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen mußten 169 Ortschaften geräumt werden. Rund 7000 Häuser sind unbewohnbar geworden. Die Zivilschutzorganisation hat bis heute 1645 Wohnwagen und 1800 Zelte in die Katastrophengebiete gebracht. Als Notunterkünfte dienen auch 50 Eisenbahnwaggons. Die Sachschäden sind groß, aber noch nicht abzuschätzen. Verletzt wurden nur 65 Personen. Drei ältere Leute sind vor Schreck am Herzschlag gestorben. Die Situation wird durch die ungünstigen Wetterverhältnisse erschwert. Der Frühling bescherte Mittelitalien bisher auch nur Regen und Kälte.

Aus Angst vor neuen Erdstößen weigern sich viele Familien, in ihre zwar beschädigten, aber noch bewohnbaren Häuser zurückzukehren. Sie ziehen den Aufenthalt im Freien den Notunterkünften vor.

Zum Problem werden inzwischen auch die Plünderer, die wie Leichenfledderer ihr Unwesen in den Notstandsgebieten treiben. Sie schleppen aus verlassenen Wohnungen alles, was nicht niet- und nagelfest ist, fort. Besonders gefährdet sind die Kunstschätze in den beschädigten Dorfkirchen. Bisher sind sechs Plünderer auf frischer Tat ertappt und verhaftet worden.

Die Geophysiker sind ziemlich ratlos. Sie meinen zwar, daß nach den Erdstößen der letzten drei Wochen eine Ruhepause eintreten werde, riskieren aber keine sicheren Voraussagen. Tatsache ist, daß Italien in der Zeit vom 21. März 1982 bis zum 11. Mai 1984 nicht weniger als zwölf schwere und mittelschwere Erdbeben erlebt hat. Weite Teile der Apenninenhalbinsel gelten als Gefahrenzone ersten Ranges. Deshalb wird die Bevölkerung jetzt über das richtige Verhalten vor, während und nach Erdbeben aufgeklärt. Unter anderem wird empfohlen, keine schweren Gegenstände auf die Möbel zu stellen, Proviant, Wasservorrat und eine Hausapotheke bereitzuhalten, bei Erdstößen nicht die Treppen zu benutzen, im Auto außerhalb der Wohngegenden anzuhalten.

Die Hauptstadt Rom ist bisher und seit Jahrhunderten von Erdbeben verschont geblieben. Immerhin waren die Erdstöße in den betroffenen Zonen Mittelitaliens auch hier spürbar. Vor allem in den oberen Stockwerken. Und viele Leute zogen es vor, auf der Straße das Ende des leichten Schwankens abzuwarten.

Benimm-Kurse für die Taxifahrer New Yorks

Verwaltung will ihren ramponierten Ruf aufpolieren

rpl/rtr, **New York**

Die Stadtverwaltung von New York ist der vielen Klagen über ihre Taxifahrer müde. In einem dreitägigen Spezialkurs sollen den Männern und Frauen in den gelbschwarzen Wagen vernünftiges Fahrverhalten und gute Manieren beigebracht werden. Der Grund ist einfach: Die New Yorker Taxifahrer sind weit über die Stadtgrenzen hinaus gefürchtet und unbeliebt. Ihnen wird vorgeworfen, ist seien rücksichtslos, profitsüchtig und unehrlich. Es heißt, sie kümmerten sich weder um Ampeln noch um Fußgänger.

Vorläufig ist die dreitägige Taxi-Schule nur für Neuzugänger gedacht, die zum ersten Mal eine Lizenz in New York erwerben wollen. Aber auch altgediente Fahrer, deren Lizenz ausgelaufen ist, sollen den Sonderkurs mitmachen. Sie sind von dieser Idee überhaupt nicht angetan und finden, daß die Kritik an ihrem Benehmen und Fahrverhalten übertrieben ist. Die Bemühungen, sie nach so vielen Jahren Praxis noch zu ändern, halten sie für sinnlos. „Wie soll man denn das Benehmen eines Mannes ändern, der sein Leben lang unverschämt gewesen ist oder Probleme mit seiner Frau hat? Wie kann man einem solchen Mann in drei Tagen das austreiben, was er sich in 30 Jahren auf den New Yorker Straßen angeeignet hat?" sagt ein Taxifahrer. Dennoch glaubt die Stadtverwaltung, daß es die Mühe wert ist. Und so ist New York die erste amerikanische Stadt mit einer Taxi-Schule. Ihre Kurse können bis zu 8000 Schüler im Jahr aufnehmen.

Vor allem die Geldschinderei will man den Fahrern in der Schule austreiben. So gibt es etwa eine Menge, die glatt 100 Dollar von ahnungslosen Touristen für eine normale 20-Dollar-Fahrt vom New Yorker Kennedy-Flughafen in die Innenstadt nehmen. Taxifahrer fahren gelegentlich Umwege, um den Preis kräftig in die Höhe zu treiben. Außerdem weigern sich viele, Fahrten in die Außenbezirke anzunehmen, weil sie dort im Gegensatz zur Innenstadt, weniger Fahrgäste für eine Anschlußfahrt finden.

In dem Taxifahrer-Kurs sollen den Männern und Frauen aber auch bessere Umgangsformen, anständige Ausdrucksweise und Rücksicht im Straßenverkehr beigebracht werden. Der Leiter des für den Taxibetrieb zuständigen Dezernats in der Stadtverwaltung, Jay Turoff, hofft, durch die Schule auf eine spürbare generelle Verbesserung im Gewerbe.

Einer der Lehrer, Andrew Vollo – selbst seit elf Jahren Taxifahrer – gibt Unterricht über das Verhältnis zwischen Taxifahrer und Passagieren. Seine Grundregel: „Verlieren Sie Ihren Kunden gegenüber nie die Geduld." Und um seinen Schülern deutlich zu machen, wie schwer das manchmal sein kann, spielt er einen nervösen Fahrgast, der darauf besteht, daß der O'Hare-Flughafen in New York und nicht wie in Wirklichkeit in Chicago liegt.

Und der 81jährige Veteran Reuben Cohen – seit 50 Jahren im Geschäft – erklärt seinen Schülern, daß ein Taxifahrer vor allem ein dickes Fell und viel Humor haben muß.

Dabei ist das Leben von New Yorks gegenwärtig zugelassenen 11 787 Taxifahrer wirklich kein Quell reiner Freude. Zu den Nachteilen gehören die vielen Wochenstunden, gereizte Fahrgäste und vor allem die hohe Kriminalitätsrate in New York. 1983 wurden 426 Taxifahrer überfallen – und das macht nicht unbedingt freundlich und zuvorkommend.

Ist der „Orce-Schädel" ein Eselknochen?

AFP, **Madrid**

Der Schädel des „Orce-Menschen", dessen Fund vor zwei Jahren in Fachkreisen für großes Aufsehen gesorgt hatte, soll nach spanischen Zeitungsberichten in Wahrheit der Kopf eines jungen Esels sein. Der Knochenfund von Orce (Andalusien) im Jahre 1982 bedeutete für die Forscher einen Riesenfortschritt in ihrer Arbeit. Das Alter des Schädels war damals auf 900 000 bis 1,6 Millionen Jahre geschätzt worden. Untersuchungen des Schädels sollen aber nun ergeben haben, daß der Knochen von einem zwei bis vier Monate alten Esel und nicht von einem 17jährigen, etwa 1,50 Meter großen Menschen stammt, meldete am Wochenende die Zeitung „El Pais".

Ein für Ende Mai vorgesehener Kongreß in Granada, auf dem der Schädel der Fachwelt präsentiert werden sollte, wurde kurzfristig abgesagt. Die Einladungen, die an Forscher in aller Welt verschickt worden waren, wurden zurückgezogen. Zweifel sollen den Forschern bei der Reinigung des Schädelinneren gekommen sein, als sie eine Kalkschicht entfernten, schrieb „El Pais". Dabei sei ein Knochen zum Vorschein gekommen, den es nicht bei Menschen, wohl aber bei Pferden und Eseln gebe.

Rhein-Lachse

rtr, **Basel**

Am Wochenende werden die ersten in Basel aufgezogenen Atlantik-Lachse mit einer Kennmarke versehen im Rhein ausgesetzt. Einige tausend der rund 30 000 Lachse sollen nun ihren Weg zum Meer antreten. Das größte Problem für die Lachse seien, so hieß es, die vielen Sperren, nicht die Wasserqualität.

Explosion im Museum

dpa, **Florenz**

Nach einer mysteriösen Explosion im Palazzo Pitti in Florenz sind am Samstag alle Museen in der italienischen Kunststadt vorübergehend geschlossen worden. Die Besucher mußten die Gebäude während der Durchsuchung verlassen. Im Palazzo Pitti, einer Gemälde- und Kunstsammlung, wurden neun Menschen verletzt.

Raubmorde gestanden

dpa, **Berlin**

Ein unter Mordverdacht verhafteter 22jähriger hat am Wochenende drei Raubmorde an Berliner Rentnerinnen im März und April dieses Jahres gestanden. Laut Polizei suchte er sich seine Opfer auf der Straße, folgte ihnen bis in ihre Wohnungen, wo er sie ausraubte und tötete.

Dramatisches Tauziehen

AFP, **Lenzburg**

Abgerissene Hände und Finger und schwere Verbrennungen – das ist die Bilanz eines mißlungenen Weltrekordversuchs im Massentauziehen, bei dem am Samstag in Lenzburg im Schweizer Kanton Aargau etwa 40 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, weil das 330 Meter lange Seil, an dem auf beiden Seiten je 440 Menschen zogen, zerriß.

Hunde-Restaurant

AFP, **Nizza**

Die Stadt Nizza an der Cote d'Azur ist um eine Rarität reicher: Am Wochenende wurde dort das erste Luxus-Restaurant für Hunde eröffnet. Auf der Karte stehen unter anderem Rohgemüse, verschiedene Fleischgerichte, Fisch und mehrere Käsesorten. Auf feinem Porzellan serviert, tragen die Gerichte Namen wie „Rinderfilet mit Artischocken", „Puter-Geschnetzeltes mit frischen Nudeln" und „Wachteln mit Reis".

ZU GUTER LETZT

Weil er statt eines Jacketts nur eine Strickjacke trug, weigerte sich eine Kellnerin in Boston, Ex-Präsident Jimmy Carter einen Tisch zu geben. Als dessen Leibwächter die Frau darauf aufmersam machte, mit wem sie es zu tun hatte, meinte die nur: „Ein Grund mehr, warum er anständig angezogen sein sollte."

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: Das Schlechtwettergebiet eines Tiefs über Südeuropa beeinflußt den größten Teil Deuschlands. Ein Hoch über der Nordsee bestimmte das Wetter im Norden.

Deutscher Wetterdienst 13. Mai 1984, nachm.

Stationen 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, soll. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag

Küstenbereich: Heiter bis wolkig und trocken. Höchsttemperaturen um 14 Grad. Abkühlung nachts auf 5 bis 2 Grad. Frischer Wind aus Nordost.

Übriges Bundesgebiet und Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und Regen, der in Süddeutschland zum Teil länger andauert. Höchsttemperaturen 7 bis 12 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 6 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordost.

Weitere Aussichten

Auch im Norden unbeständig und kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	38°
Bonn	7°	Las Palmas	19°
Dresden	7°	London	13°
Essen	8°	Madrid	9°
Frankfurt	8°	Mailand	12°
Hamburg	12°	Mallorca	17°
List/Sylt	14°	Moskau	10°
München	7°	Nizza	15°
Stuttgart	7°	Oslo	15°
Algier	19°	Paris	9°
Athen	23°	Prag	8°
Barcelona	15°	Rom	11°
Brüssel	9°	Stockholm	14°
Budapest	14°	Tel Aviv	28°
Bukarest	19°	Tunis	19°
Helsinki	13°	Wien	9°
Istanbul	18°	Zürich	7°

***) Sonnenaufgang am Dienstag:** 5.31 Uhr, Untergang: 21.06 Uhr, **Mondaufgang:** 21.46 Uhr, Untergang: 5.42 Uhr.
*) in MESZ, zentraler Ort Kassel

In Neblina blieb die Zeit für Millionen Jahre stehen

AFP, **Caracas**

Im Grenzland zwischen Venezuela und Brasilien, auf dem Neblina-Hochplateau in 3000 Meter Höhe, arbeiten Wissenschaftler aus mehreren Ländern an der Auswertung einer biologischen Sensation: In dem von Nebelschwaden und dichten Wolken verdunkelten Gebiet in der Amazonasregion haben Pflanzen- und Tierarten überlebt, die man längst für ausgestorben hielt.

Rund 250 Naturwissenschaftler aus aller Welt bemühen sich seit Jahresbeginn um eine Bestandsaufnahme dieser biologischen Fundgrube: Sie katalogisieren alles, was in der Neblina kreucht und fleucht, hüpft, schwimmt, fliegt und wächst. Dabei stießen sie auf Arten, die wie vor Millionen Jahren leben und sich fortpflanzen. Neun von zehn Spezies, so hieß es, gebe es nur hier, im Süden Venezuelas.

Erdbeben und Einwirkungen der Erosion haben das von hohen Bergen umgebene Gebiet zu einer „Insel auf Erden" gemacht, wie einer der Naturforscher sagte. Hier finden sich sogar noch Spuren von Leben aus der Zeit vor der Trennung in einen amerikanischen und einen afrikanischen Kontinent.

Hinzu kommt, daß das 100 Kilometer lange und 70 Kilometer breite Plateau niemals von Menschen bewohnt wurde. Dies ermöglichte Pflanzen und Tieren eine ungestörte Entwicklung. Der Katalog aus diesem einmaligen Ökotop umfaßt bereits 600 verschiedene Vögel, bisher unbekannte Arten von Fledermäusen, Riesenspinnen, prähistorische Fische und Pflanzen.

Begonnen wurde mit den Arbeiten schon vor vier Jahren. Die Anregung kam von der „Royal Geographical Society" in London, die mit Hilfe international bekannter Forscher die ersten noch ungeordneten Arbeiten aus den fünfziger Jahren fortsetzen wollte. Die ursprünglich nur bis Ende des Jahres geplante Arbeit der Forscher dürfte sich angesichts der Fülle des Materials mindestens um ein Jahr verlängern.